Dienstag, 3. Dezember 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 281 - 49.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Dementi: Als „pure Desinformation" hat Bundestagspräsident Jenninger Berichte bezeichnet, in denen von Unzufriedenheit mit dem Besuchsprogramm der von ihm geführten Bundestagsdelegation in Moskau und Leningrad die Rede war. Es gebe keinerlei Überlegungen, die Reise vorzeitig zu beenden, sagte Jenninger der WELT in Leningrad. (S. 4)

Spionage: Wegen des dringenden Verdachts der geheimdienstlichen Tätigkeit für die „DDR" sind ein 62jähriger Angestellter aus Heidelberg und sein 34jähriger Sohn aus Mutterstadt/Pfalz verhaftet worden. Der Vater ist nach Angaben der Bundesanwaltschaft seit etwa 1965, sein Sohn seit 1970 für die „DDR" tätig.

Steuerrecht: Wer gemeinsam mit anderen ein Privatgrundstück erbt und seine Miterben auszahlt, kann nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs künftig Kreditzinsen als Werbungskosten steuerlich absetzen. (Az.: IX R 39/81)

Lebenshaltung: Die Teuerungsrate in der Bundesrepublik hat im November 1,8 Prozent betragen und ist damit gegenüber Oktober unverändert geblieben. Im September lag sie bei 2,2 Prozent.

Dialog: Frankreichs Staatspräsident Mitterrand wird morgen in Paris den polnischen Staats- und Parteichef Jaruzelski empfangen. Die erste Begegnung der Staatschefs beider Länder seit der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981 findet auf Wunsch der Warschauer Führung statt.

Nahost: Die UdSSR hat sich nach kuwaitischen Presseberichten in den Streit zwischen Ägypten und Libyen eingeschaltet. Der sowjetische Botschafter in Kairo habe Präsident Mubarak eine Note der Moskauer Führung überbracht, in der es hieß, Libyen sei zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen bereit. (S. 5)

Mordverdacht: Die geschiedene Frau des Anfang November in Moskau ermordeten mexikanischen Diplomaten Manuel Portilla Quevedo, die gebürtige Russin Walentina Portilla, und einer der drei Söhne des Diplomaten sind in Moskau unter Mordverdacht verhaftet worden.

Drohung: Mit dem Austritt aus dem Anzus-Pakt haben die USA für den Fall gedroht, daß amerikanische Schiffe mit Atomwaffen die neuseeländischen Häfen nicht mehr anlaufen dürfen.

WELT SERIE – Die lautlose Katastrophe

Seit 1974 meldet die Bundesrepublik Deutschland die niedrigsten Geburtenraten der Welt. Bis zum Jahr 2030, so die Prognosen, wird sie 20 Millionen Menschen weniger zählen. Sind die modernen Auffassungen von Ehe und Familie schuld am Kinderschwund? Oder die Ansprüche, die der einzelne heute an sein Leben stellt? Prämiert das gegenwärtige System unserer Alterssicherung die Kinderlosigkeit? Die Folgen der Baby-Baisse sind in jedem Fall bedrohlich. Seite 7

WIRTSCHAFT

Lambsdorff-Kritik: Auch der Wirtschaftsrat der CDU äußert Bedenken an der von einigen Landesregierungen geförderten Unternehmenskonzentration, macht sich jedoch die Kritik Lambsdorffs an Späth und Strauß nicht zu eigen. (S. 2 und 13)

„Kohlepfennig": Die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz wird am 1. Januar 1986 im Bundesdurchschnitt von 3,5 auf 3,3 Prozent abgesenkt. Die Maßnahme wird nach Angaben des Bonner Wirtschaftsministeriums tendenziell zu einer Verbilligung des Strompreises führen.

Bolivien: Nach den beachtlichen Erfolgen bei der Bekämpfung der Inflation – im Oktober betrug die Rate nur noch 1,87 Prozent – stellt der Verfall der Zinnpreise die Regierung Paz Estenssoros vor neue gewaltige Probleme. (S. 16)

Börse: Der Abwärtstrend an der deutschen Aktienbörse hat sich beschleunigt. WELT-Aktienindex 240,64 (245,39). Die Rentenwerte schlossen wenig verändert. BHF-Rentenindex 104,481 (104,767). Performance-Index 108,498 (108,454). Dollar-Mittelkurs 2,5030 (2,5120) Mark. Goldpreis je Feinunze 321,50 (325,30) Dollar.

KULTUR

Kaiserliche Schätze: Erstmals seit der überstürzten Abreise des letzten deutschen Kaisers nach Holland im November 1918 ist in Deutschland ein Teil des kaiserlichen Gold- und Silberschatzes zu besichtigen, den Wilhelm II. in sein Exil im Haus Doorn schaffen konnte. Die Ausstellung wurde vom Deutschen Goldschmiedehaus in Hanau organisiert. (S. 22)

Film: Altmeister Hitchcock hätte es nicht besser machen können. Mit „Wetherby" hat der englische Dramatiker und Romanschreiber David Hare einen Krimi von bestechendem Tiefgang, von Bildkraft und Intelligenz produziert. Es wurde ein Werk, wie man es von solch schöner und strikter Wahrheitsfindung bisher kaum sah. (S. 23)

SPORT

Rad: Der deutsche Profimeister Rolf Gölz wurde vom internationalen Verband in die erste Kategorie der 33 besten Rennfahrer der Welt eingeteilt.

Fußball-Bundesliga: Von den acht Nachholspielen aus der Hinrunde werden heute abend vier ausgetragen. Kurzfristig angesetzt: Frankfurt – HSV. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Fähren: Die Kanal-Fährreedereien machen Ernst mit ihrem Kampf gegen Pläne für den Bau eines Kanaltunnels. Die Fährverbindungen sollen noch billiger und komfortabler werden. Für 90 Millionen Mark läßt eine Reederei jetzt die beiden größten Kurzstreckenfähren der Welt in der Bundesrepublik bauen. (S. 24)

Fälscher: Mit großem Erfolg ist in Mailand die erste Versteigerung des italienischen „Fälscherkollektivs" zu Ende gegangen, bei der 400 Fälschungen von Meisterwerken abendländischer Malerei zum Verkauf standen. (S. 24)

Wetter: Meist bewölkt, im Norden zeitweise Regen. Bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

IG Metall übt Druck auf Gesprächsrunde bei Blüm aus

Arbeitsminister optimistisch über Annäherung beim Streikparagraphen 116

H. J. MAHNKE/DW. Bonn

Mit Aufrufen zu betrieblichen Arbeitsniederlegungen hat die IG Metall gestern den Versuch von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm begleitet, eine Annäherung im Streit um den sogenannten Streikparagraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes zu suchen. Schwerpunkt dieser Aktionen war Baden-Württemberg. Minister Blüm zeigte sich dennoch zuversichtlich über die Chancen eines Aufeinanderzugehens, für die es gestern Indizien gab. Arbeitgeberpräsident Otto Esser hatte in einem Beitrag für die WELT an die Bundesregierung appelliert, sich „der unverhohlenen gewerkschaftlichen Drohungen mit rechtswidrigen Streiks" nicht zu beugen.

Die Gesprächsrunde in Bonn, an der neben jeweils fünf Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auch noch die Minister Bangemann, Engelhard, Zimmermann und Schäuble teilnahmen, diskutierte nicht anhand einer konkreten Gesetzesänderung, sondern es wurden mögliche Fälle durchgespielt, in denen die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in der einen oder anderen Form tangiert sein könnte.

Notwendig ist eine Klärung vor allem durch den Arbeitskampf des vergangenen Jahres in der Metall- und Druckindustrie geworden. Und zwar ging die Auseinandersetzung darum, ob und in welchem Maße mittelbar von dem Streik bestroffene Arbeitnehmer, die vorübergehend arbeitslos geworden sind, Unterstützung von der Bundesanstalt für Arbeit erhalten.

Da aufgrund von Gerichtsentscheidungen zum Beispiel in Bremen selbst Metallarbeitern, die sich dort für die 35-Stunden-Woche eingesetzt hatten, Arbeitslosengeld gezahlt worden war, obwohl sie wegen des Streiks in der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden nicht arbeiten konnten, wurde nicht nur von Arbeitgeberseite eine Änderung des Streikparagraphen gefordert.

Gestern abend hat die Dreierrunde einzelne Fälle beraten. Übereinstimmung bestand darin, daß Streikende aus der Nürnberger Kasse keine Unterstützung bekommen sollen. Übereinstimmung bestand auch darin, daß jemand Geld bekommen soll, der unter einem Streik leidet, der weder in seinem Tarifgebiet noch in seiner Branche stattfindet. Zwischen diesen Extrempositionen gab es viele Fälle, bei denen die Meinungen auseinanderklafften.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann machte deutlich, daß er eine Gesetzesänderung selbst dann für notwendig hält, wenn über alle denkbaren Fälle Einigkeit zwischen den Tarifpartnern und der Bundesregierung erzielt werden könnte. Denn Gerichte würden auch in Zukunft anhand des Gesetzes entscheiden und nicht anhand von Übereinkommen in einer Dreierrunde. Auch das Präsidium der FDP hat unmittelbar vor seiner jüngsten Sitzung noch einmal betont, daß in jedem Fall, eine gesetzliche Klarstellung des Paragraphen 116 erfolgen müsse, um in Zukunft ein für allemal unterschiedliche Auslegungen durch die Richtung auszuschließen.

Der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Hermann Rappe, erklärte, eine Änderung des Paragraphen 116 AFG sei in sehr kurzer Zeit weder möglich noch notwendig. Es sei im übrigen in solchen Fällen bisher üblich gewesen, daß der Gesetzgeber höchstrichterliche Urteile abwarte. Rappe wies darauf hin, in diesem Streit denke niemand in der DGB-Spitze an einen Generalstreik.

DER KOMMENTAR

Zweifel

PETER ISELI

„Es ist besser, sich bei einem Freispruch zu irren als bei einer Verurteilung." Die drei zivilen Richter in Manila entledigten sich am Montag mit diesem lakonischen Hinweis auf die strafrechtliche Unschuldsvermutung ihrer Aufgabe, das Verhalten von 25 Militärs und eines Zivilisten zu beurteilen, die der Verschwörung zum Mord an Oppositionsführer Benigno Aquino angeklagt waren.

Freispruch für alle Angeklagten sowie die Feststellung, der von Sicherheitskräften noch auf dem Rollfeld des Flughafens von Manila erschossene Rolando Galman sei als kommunistischer Agent der Täter gewesen: War es wirklich so einfach? Massive Zweifel sind erlaubt.

Das Urteil – die Opposition hatte von Anbeginn eine „Weißwäscherei" von Generalstabschef Fabian Ver und seinen Mitangeklagten vorausgesagt – hatte juristische Vorspiele: Eine zivile Untersuchungskommission war zum Schluß gekommen, es gebe genügend Beweise für eine Verschwörung. Auf Betreiben der Verteidigung aber schloß der Oberste Gerichtshof im Sommer belastende Aussagen vom Verfahren aus. Letzte Woche verwarf derselbe Gerichtshof eine Petition, die Staatsanwälte und Richter beschuldigte, belastendes Material nicht oder nur ungenügend gewürdigt zu haben. Der Vorwurf der Beeinflussung des Gerichts liegt nahe, wird aber kaum je zu beweisen sein. Im Zweifel für die Staatsräson?

Der Fall Aquino ist damit für die Justiz abgeschlossen. Aus den Schlagzeilen verschwinden wird er damit aber nicht. Präsident Marcos hat zunächst das Problem, wie er Ver wieder in die Streitkräfte integrieren will; sowohl Ver als auch der amtierende Stabschef Fidel Ramos haben mächtige Anhänger.

Schwerer wiegt allerdings für Marcos, daß die Witwe des Ermordeten, Corazon Aquino, als aussichtsreichste Anwärterin für die Präsidentschaftskandidatur der Opposition gilt. Die Freisprüche geben ihr neuen Stoff für den Wahlkampf vor dem 7. Februar.

„Für Renaissance der Allgemeinbildung"

WELT-Gespräch mit Ministerin Wilms: Schüler lernen häufig zu wenig – oder das Falsche

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat in einem WELT-Gespräch für eine „Renaissance der Allgemeinbildung" plädiert. Diese dürfe sich nicht nur „auf einzelne Wissensinhalte oder den bloßen Erwerb sozialer Kompetenzen" beschränken, sondern müsse auch „den Menschen ein Wertraster mitgeben, das ihm Freiheit und Maßstab zum selbstverantwortlichen Handeln gibt". Viele Schüler lernten heute in den unterschiedlichen Fächern gleichzeitig zu viel, zu wenig oder das Falsche.

Als Beispiele nannte die CDU-Politikerin in diesem Zusammenhang die starke Differenzierung in der gymnasialen Oberstufe, aber auch die berufliche Bildung: In beiden Bereichen lernten die Jugendlichen heute oft von Speziellem zu viel und von anderen Dingen zu wenig. Dies gehe etwa „zu Lasten notwendiger Fächer, ob dies nun Geschichts- oder Literaturkenntnisse sind, naturwissenschaftliche Zusammenhänge oder Fragen weltanschaulicher Relevanz, die ebenfalls oft zu kurz kommen". Hinzu komme, daß es noch immer veraltete Lehrpläne und Ausbildungsordnungen gebe.

Zur Begründung für eine „Renaissance der Allgemeinbildung" verwies Frau Wilms auch auf die „technologische Entwicklung, die fragen läßt,

SEITE 2:
Das gutgemeinte Fiasko

was junge Menschen lernen müssen, damit sie den sehr schnell sich verändernden technischen Situationen beruflich und privat gewachsen sind". Und wenn „wir sehen, daß auch ethische Fragen zunehmend wieder Bedeutung erlangen – als Stichworte Gentechnologie, Umweltschutz, Technikfolgen, Kernenergie –, dann muß man auch überlegen, wie mehr sittliche Verantwortung vermittelt und über was sie transportiert werden kann".

Die Ministerin kündigte im WELT-Gespräch an, daß sie trotz der Kulturhoheit der Länder auch für sich darin eine Aufgabe sehe, „die Diskussion über die Allgemeinbildung mit zu beleben, anzuregen". Es sei auch „sicherlich möglich, daß ich Symposien, Gesprächskreise einlade, um darüber zu diskutieren". Denn heute habe „niemand das Rezept, was denn diese Allgemeinbildung eigentlich ist".

„Früher hatte man einen festen Bildungskanon, der gerade vom Gymnasium tradiert war. Aber der Konsens über diesen Bildungskanon ist zerbrochen – teilweise zu Recht, weil er aus einer Zeit stammte, die von ganz anderen Lebensbedingungen geprägt war; zum Teil zu Unrecht, weil er auch aus idelogischen Gründen zerbrochen worden ist." Sie wolle alle bildungspolitisch Interessierten, vor allem auch die Pädagogen auffor-

● Fortsetzung Seite 12

Freispruch im Prozeß um Mord an Aquino

DW. Manila

Im Prozeß um die Ermordung des philippinischen Oppositionspolitikers Benigno Aquino sind gestern alle 26 Angeklagten, darunter der Befehlshaber der Streitkräfte, General Fabian Ver, freigesprochen worden.

Das Sondergericht in Manila folgte damit der Version der Regierung, wonach Aquino im August 1983 bei seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil auf dem Flughafen Manilas von dem „kommunistischen Agenten" Rolando Galman getötet worden sei. Galman war unmittelbar nach der Ermordung Aquinos am Tatort von Sicherheitsbeamten erschossen worden.

In der Urteilsbegründung der drei Zivilrichter hieß es, es sei besser, sich beim Freispruch als bei einer Verurteilung zu irren. Vor dem Gericht hatten sich etwa 100 Demonstranten eingefunden.

Seite 5: Siegesgewiß

Telefongebühren: Vergünstigungen für die Wirtschaft

DW. Bonn

Mit einer neuen Telekommunikationsordnung (TKO) will die Bundespost ihre Fernmeldegebühren harmonisieren. Die darin vorgesehenen Vergünstigungen werden in erster Linie der Wirtschaft zugute kommen, doch sind auch Entlastungen für private Teilnehmer geplant. Das in mehrjähriger Arbeit entwickelte Konzept, das am 1. Januar 1988 in Kraft treten soll, bringt insgesamt Gebührensenkungen von 320 Millionen Mark jährlich.

Einen Vorteil für private Telefonkunden bringt die geplante Aufteilung der monatlichen Grundgebühren von 27 Mark, die künftig aus 24,60 Mark für den Anschluß und 2,40 Mark für einen Standardtelefonapparat besteht. Privatkunden können 2,40 Mark monatlich sparen, wenn sie auf den von der Post gelieferten Standardapparat verzichten und einen privat gekauften Apparat verwenden.

Signal aus Bonn in der Währungspolitik

Auf dem EG-Gipfel stellt Delors Liberalisierung im Kapitalverkehr in Aussicht

WILHELM HADLER, Luxemburg

Die Bundesregierung hat zum Auftakt des Luxemburger EG-Gipfels ihre Bereitschaft angedeutet, über die Einbeziehung einer „währungspolitischen Dimension" in den Römischen Vertrag mit sich reden zu lassen. Deutsche Delegationskreise meinten gestern, ein von den Niederlanden eingebrachter Kompromißvorschlag könne Basis für eine Übereinkunft bilden. Allerdings geht dieser Text Bonn offenbar noch erheblich zu weit.

Der Vorschlag versucht, die von einigen EG-Staaten gewünschte Verankerung des Europäischen Währungssystems (EWS) in den Vertrag durch einen Hinweis auf die langfristigen Pläne für eine Wirtschafts- und Währungsunion zu konkretisieren. „Die Mitgliedstaaten schafften durch ihre Wirtschafts- und Währungspolitik die notwendigen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion", heißt es. „Sie berücksichtigen dabei die dank der Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems gemachten Erfahrungen."

Neben diesem allgemeinen Hinweis enthält der Vorschlag jedoch auch Verfahrensvorschriften für den Ausbau der Union und die Schaffung eines gemeinschaftlichen Zentralbanksystems. Der Rat soll danach einstimmig über die Übertragung von Kompetenzen auf die Gemeinschaft entscheiden. „Um die Währungsstabilität in der Gemeinschaft zu garantieren", soll ferner durch eine Vertragsänderung über die Schaffung eines Zentralbanksystems entschieden werden.

Bisher hatte die Bundesregierung jede Ausdehnung der Währungskompetenzen der EG abgelehnt. Die Partner sollten zunächst der im EWG-Vertrag enthaltenen Verpflichtung zum Abbau der bestehenden Hemmnisse im Kapitalverkehr nachkommen. Kommissionspräsident Jacques Delors erklärte sich jedoch bereit, im Falle einer Einigung über die Änderung des Vertrages im Währungsbereich ein Programm zur beschleunigten Liberalisierung des Kapitalverkehrs vorzulegen.

Die Währungsproblematik erwies sich von Beginn an als eines der Schlüsselthemen für die zweitägigen Beratungen der Staats- und Regierungschefs. Zweites Kernthema bildete die Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments. Hier lagen den Regierungschefs mehrere Vorschläge vor, die den Straßburger Abgeordneten allerdings allesamt nicht weit genug gingen.

Italiens Premierminister Craxi hat sich gegenüber dem eigenen Parlament verpflichtet, einem Programm nur dann zuzustimmen, wenn die Vertragsänderungen auch die Billigung des Europaparlaments finden. Der dänische Regierungschef Schlüter, der eine Minderheitsregierung anführt, muß mit einem Veto seines Parlaments rechnen, wenn das gegenwärtige institutionelle Gleichgewicht in der EG verändert wird.

„DDR"-Minister Hoffmann tot

DW. Berlin

Der „DDR"-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann ist gestern im Alter von 75 Jahren gestorben. Die Nachrichtenagentur ADN meldete, Hoffmann sei unerwartet einem akuten Herzversagen erlegen.

Der gelernte Maschinenschlosser hatte erste politische Erfahrungen im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands. Nach 1933 arbeitete er illegal für die KPD und emigrierte 1935 in die Sowjetunion, wo er die Leninschule und die Frunse-Akademie besuchte. 1960 löste er Willi Stoph als Verteidigungsminister ab. 1973 berief Honecker Hoffmann ins Politbüro. Hoffmann galt als loyaler Weggefährte Honeckers mit dem er seit 1946 zusammengearbeit hatte.

Seite 4: Ein Mann Honeckers

Auch deutscher Brüter-Standort?

HH, Bonn

Falls sich die deutsche Elektrizitätswirtschaft in Zusammenarbeit mit Frankreich und anderen europäischen Partnern zum Bau eines zweiten Schnellbrut-Reaktors (SNR 2) entschließen sollte, wird es nach Meinung des Forschungsministeriums in der Bundesrepublik Deutschland auch einen Standort hierfür geben.

Das Ministerium nahm damit zu Meldungen über den Brief des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand an Bundeskanzler Helmut Kohl Stellung (WELT vom 30.11.). Darin hatte Mitterrand die Möglichkeit angedeutet, daß im Falle von Schwierigkeiten das Projekt auch außerhalb der Bundesrepublik realisiert werden könne, „damit kein Stillstand eintritt".

Pollards Material verwirrte Israelis

Peres und Shultz sprechen von „begrenzten und vorübergehenden Auswirkungen"

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die rasche Beilegung der Krise zwischen den USA und Israel, die durch den Spionagefall Jonathan Pollard entstanden war, hat einige interessante Details ans Licht gebracht. Der von den Amerikanern der Spionage bezichtigte Mitarbeiter der US-Marine wurde offensichtlich nicht von den Israelis angeworben, sondern hatte seine Dienste aus eigenem Antrieb angeboten. Das war 1983.

Pollard lieferte den Israelis derart aufschlußreiche Informationen, daß man in Jerusalem vermutete, sie würden ihnen vom amerikanischen Geheimdienst CIA selbst in der Absicht zugespielt, sie offiziell nicht aktenkundig zu machen. Das Material enthielt auch derart brisante Informationen über Israel, daß der Verdacht aufkam, ein amerikanischer Spion sitze im Zentrum des israelischen Nachrichtendienstes und füttere das CIA mit einigen der bestgehüteten Geheimnisse. Ein von Pollard beschafftes Dokument, daß diesen Verdacht begründete, zeigte Premierminister Shimon Peres dem amerikanischen Botschafter Thomas Pickering, als dieser in der vergangenen Woche mit ihm zusammentraf.

Die amerikanische Regierung war letztlich wohl auch daran interessiert, daß Kabinett in Jerusalem nicht durch zu harte Kritik in eine Regierungskrise zu stürzen. Sie selbst zieht aus der „legalen" Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst großen Nutzen. Diese Zusammenarbeit begann schon im Jahre 1956, als der israelische Geheimdienst „Mossad" die Protokolle des 20. Kongresses der kommunistischen Partei der Sowjetunion mit der später berühmt gewordenen Rede Chruschtschows über das tyrannische Regime Stalins in die Hände bekam und den Amerikanern übergab. Das CIA zeigte sich erkenntlich, schloß ein Abkommen über die Zusammenarbeit mit dem Mossad ab und gab ihm wertvolle technische Unterstützung durch Geräte, die die Israelis damals noch nicht besaßen. Aus dieser Zeit stammt auch das Abkommen, in dem Israel und die USA ihren Verzicht auf gegenseitige Spionage erklären.

Premierminister Shimon Peres und der amerikanische Außenminister George Shultz kamen gestern in einem Telefongespräch übereinstimmend zu der Überzeugung, daß der Fall Pollard nur „begrenzte und vorübergehende Auswirkungen" auf die Beziehungen zwischen beiden Ländern habe.

Nach israelischen Rundfunkberichten hat das Kabinett auch der Forderung der Amerikaner zugestimmt, wonach die US-Ermittlungsbehörden in die Geheimdienstaffäre verwickelte israelische Beamte und Diplomaten verhören dürfen. (SAD)

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die sanfte Lenkung

Von Peter Gillies

Die wirtschaftliche Bilanz der Ministerpräsidenten Strauß und Späth kann sich wahrlich sehen lassen. Und just diese beiden dienen dem Grafen Lambsdorff als abschreckende Beispiele einer zwar äußerlich marktwirtschaftichen, aber im Grunde zunehmend interventionistischen Politik. Der „Neomerkantilismus" komme heute im Gewande der Marktwirtschaft daher, kritisiert der grundsatztreue Graf. Verkoppeln die Landesfürsten heute wie im 17. oder 18. Jahrhundert Staatsmacht und Wirtschaftsprotektion?

Lambsdorffs Vorwürfe sind polemisch (sollen es wohl auch sein). Deutlich wird die Kritik erst in der Übertreibung. Müssen Ministerpräsidenten neue Bankgebilde schaffen, Konzerne schmieden, Technologien subventionieren, um Aufträge buhlen, die Wirtschaft ständig lenken und ihr Gutes tun? Der FDP-Politiker vermutete dahinter eine besonders listenreiche Variante einer marktwirtschaftsfeindlichen Politik.

Ob eine Technologie die Zukunft erobern wird, weiß niemand. Gelingt es ihr, wirft sie Gewinne ab, bedarf also keiner Subventionierung. Erweist sie sich dagegen als Sackgasse, ist sie erst recht nicht förderungswürdig. Aber: Wer weiß das vorher – Ministerpräsidenten einmal ausgenommen? Die sanfte Lenkung der (nicht nur im Süden beliebten) Industriepolitik kommt keineswegs gegen den Willen der Begünstigten zustande, vielmehr vermissen Unternehmer in Nordrhein-Westfalen schmerzlich das bayerische Industriebewußtsein.

Wenn Lothar Späth laut darüber nachdenkt, ob der Fiskus jemanden, der sein (ehrlich verdientes) Geld „verjubelt", mit Höchststeuersätzen bestrafen, den „Braven" dagegen, der seinen Gewinn wieder investiert, steuerlich begünstigen sollte, so verbirgt sich dahinter eine sanfte, aber nicht liberale Form der Investitionslenkung. Der Staat bevormundete die Einkommensverwendung, setzte falsche Signale für den Kapitalmarkt und hemmte die investive Beweglichkeit.

Auf diese und andere Anfechtungen der vermeintlich lupenreinen Marktwirtschaftler darf stets hingewiesen werden – sogar von einem Politiker, der ein gutes Jahrzehnt mitverantwortlich dafür zeichnete, daß saubere Ordnungspolitik unter die Räder kam.

Hysterie in Oslo

Von Enno v. Loewenstern

Man kann verstehen, daß Leute im Zwielicht sich ihrer Haut zu wehren suchen, aber die Sprache des norwegischen Nobelkomitee-Direktors Jakob Sverdrup ist von einer Unverschämtheit, die nun doch den Verdacht auf bösen Willen bei der Preisvergabe aufdrängt. Der Mann setzt allen Ernstes die Kritik eines demokratischen Regierungschefs an der Auszeichnung eines Helfershelfers von Folterknechten in vergleichende Beziehung mit der Kritik eines Diktators an der Auszeichnung seines von der Gestapo gefolterten Opfers.

Ein Schlüssel liegt wahrscheinlich im hilflosen Kommentar des norwegischen Außenministers Stray, der immerhin Kohls Recht auf eine eigene Meinung anerkennt – schön, daß das noch im freien Norwegen gilt –, der es aber „etwas merkwürdig" nennt, den Protest zu einem Zeitpunkt zu schicken, da das Nobelkomitee seine Entscheidung nicht mehr zurücknehmen könne.

Aber erstens: Wann hätte der deutsche Bundeskanzler denn seinen Protest äußern sollen – vor der Preisvergabe? Hätte er davon ausgehen sollen, daß das Nobelkomitee instinktlos genug ist, eine Gruppe auszuzeichnen, an deren Spitze ein Mann steht, der einen anderen Friedensnobelpreisträger ins Elend treiben, ihn dem Zugriff der Sowjet-Gestapo auszuliefern half? (Denn solange die anderen Akademie-Mitglieder den Professor Andrej Sacharow schützten, wagte selbst das KGB nicht, ihn in die Verbannung und die Quälerei von Gorki zu jagen). Zudem ist dieser Tschasow als stellvertretender Gesundheitsminister mitverantwortlich für die Folter in den sowjetischen psychiatrischen Instituten. Sie funktionieren gegenüber den Sowjetbürgern, die wirklich für Frieden und Freiheit eintreten, als Arm des KGB. Wie sollte der Bundeskanzler annehmen, daß der Friedenspreis einem aktiven Feind der wahren Friedensfürsprecher gegeben würde? Was mag das wohl für ein „Friedens"-Verein sein, dem er im Westen mit vorstehen darf?

Und zweitens: Wieso ist es zu spät? Weil das norwegische Nobelkomitee zu feige ist, seinen Fehler einzugestehen und die Preisvergabe rückgängig zu machen?

Der Staat als Manager

Von Carl Gustaf Ströhm

Von einem „Abgrund" ist die Rede, von „Misere" und „Schock". Bundeskanzler Sinowatz nahm sogar das Wort „Katastrophe" in den Mund. Gemeint sind die Verluste beim österreichischen Industriegiganten VÖEST-Alpine, dessen gesamter Vorstand den Hut nehmen mußte, als bei Ölspekulationen einer Tochterfirma ein gewaltiges Minus entstanden war. Während die Deutschen das Elend der Gemeinwirtschaft („Neue Heimat") zur Kenntnis nehmen müssen, bangt Österreich um die 70 000 Arbeitsplätze dieses staatlichen Stahl- und Industriekonzerns, der als Flaggschiff seiner Wirtschaft gilt.

Der Zorn entlädt sich auf die entlassenen Manager. Der für die verstaatliche Industrie zuständige Minister Lacina verkündete bereits, man werde in Zukunft deren Direktoren auch am Mißerfolg ihrer Unternehmungen beteiligen. Also: Wer rote Zahlen erwirtschaftet, dem werden hinfort die Bezüge gekürzt.

Der Versuch, die ganze Schuld dem Management anzulasten, klingt auf den ersten Blick plausibel und volkstümlich. In Wahrheit aber liegt das Problem nicht darin, daß der VÖEST-Vorstand etwa aus unfähigen Leuten bestanden hätte, im Gegenteil. Vielmehr waren den Managern die Hände gebunden, weil die verstaatlichte Industrie in Österreich nach politischen, beschäftigungspolitischen und sozialpolitischen Rücksichten und nicht nach Wirtschaftlichkeit zu handeln hatte.

Solange die große Konjunktur in den fünfziger und sechziger Jahren anhielt, war alles gut und schön. Seit aber Ölkrise und Stahlflaute über die Weltwirtschaft hereinbrachen, haben die Verantwortlichen in beiden großen österreichischen Parteien – seinerzeit der sozialistische Bundeskanzler Kreisky ebenso wie die der Volkspartei angehörenden betroffenen Länder-Regierungschefs – geglaubt, den harten Schnitt von Massenentlassungen umgehen zu können. Die VÖEST wurde nicht als Wirtschaftsbetrieb, sondern als Arbeitsplatzbeschaffer buchstäblich „ohne Rücksicht auf Verluste" behandelt.

Jetzt zeigt sich aber auch, daß Staatsbetriebe eine doppelte Last sind: Bei Privatunternehmen trägt der Staat die Arbeitslosenunterstützung, aber die Eigentümer tragen den Verlust. Bei VÖEST müssen alle Österreicher für den Verlust aufkommen.

Vertragsgemäß alles in Butter KLAUS BÖHLE

Das gutgemeinte Fiasko

Von Erich Geißler

Politisch betrachtet, ist das Gegenteil von „gut" keineswegs „schlecht", sondern, wie Brecht zu Recht fand, das „Gutgemeinte". Man möchte etwas Besseres und betreibt deshalb „Reformen", freilich allzu oft ohne den sachlich geschärften Blick für die Folgen des eigenen Tuns, und schafft auf solche Weise die Übel, für die man nachher die Gesellschaft, zumindest andere, auf keinen Fall sich selber anklagt.

Die reformfreudige Bildungspolitik der letzten zwanzig Jahre ist ein Musterbeispiel für solches „gutgemeintes" Herstellen eines Fiaskos. Eine ganze Generation junger Menschen wurde schlicht betrogen unter der Versicherung von „mehr Chancen". Aber für die Folgen stehen die Verantwortlichen nicht gerade. Die anderen werden angeklagt: die Wirtschaft, weil sie nicht so viel gehobene Stellen zur Verfügung stellt, wie Akademiker produziert worden sind: die Finanzminister, weil sie nicht so viel Lehrer einstellen, wie ausgebildet wurden.

Wir erleben zur Zeit einen neuen Akt in diesem Drama. Das Gymnasium, Bildungspolitikern bestimmter Couleur immer ein Dorn im Auge, weil angeblich privilegierend und elitär, hat sich allen „Reform"-Bemühungen zum Trotz als stabiler und qualifizierter erwiesen, als viele sich das wünschten. Ja, es hat, eine der sicherlich ungewollten Nebenwirkungen reformfreudiger Bildungspolitik, an Umfang und Bedeutung gewonnen; dies vor allem, weil seit der Humboldtschen Reform der Weg zur Hochschulreife über das Gymnasium führt.

Zwar sehen einige zu Recht Besorgte, daß die quantitative Zunahme keineswegs nur zu seinem Vorteil gereichte. Denn mit der „Öffnung" mußte notwendig die „Auslese" zurückgehen; eine auf die spezielle Aufgabe wissenschaftsorientierter Allgemeinbildung hin ausgerichtete Schulform aber wird ohne Auslese zum Widerspruch in sich. Deshalb war die Öffnung ein Danaergeschenk jener Bildungspolitik, die dem Gymnasium insgesamt nicht gewogen ist. Hoffnung war dabei sicherlich auch, es dadurch in seiner Besonderung aufzulösen, da seine speziellen Konturen dann zerfließen müssen, wenn man es zur „Hauptschule der Nation" erhebt. Dann hätte man auf solche Weise zugleich auch noch die „Gesamtschule", die als eine separate Schulform einzuführen so schwer fällt.

Indes: Seitdem der sogenannte „social demand"-Ansatz – wir produzieren unbekümmert so viel wie möglich Akademiker; irgendwie werden sie dann schon unterkommen – von der widerspenstigen Wirklichkeit widerlegt worden ist, geriet diese bildungspolitische Initiative rasch an ihr Ende. Mehr und mehr Heranwachsende orientierten sich realistisch und trauten den Versprechungen von „mehr Chancen" nicht mehr. Deshalb müssen jetzt neue Initiativen her, damit das Basteln an der Gesellschaft weitergehen kann, die man, am Richtmaß eigener Utopien gemessen, nach wie vor für eine ungerechte hält.

Und damit kommen wir zum derzeit letzten Akt der bildungspolitischen Attacken gegen das bestehende und gerade auch im internationalen Vergleich bewährte differenzierte Schulsystem. Man kann das Gymnasium nämlich dadurch wirksam treffen, daß man die mit ihm institutionell verknüpfte besondere Qualifikationsaufgabe der Hochschulreife von ihm ablöst und auf andere schein-gymnasische oder nicht-gymnasiale Schulformen verteilt. In Nordrhein-Westfalen werden bald dreizehn verschiedene Institutionen Hochschulreife vermitteln.

Da Hochschulreife seit den Reformen zur gymnasialen Oberstufe und der dort gebotenen Möglichkeit individueller Curricula formalisiert worden ist – folglich gibt es auch zwischen den verschiedenen Institutionen keine objektiv genügend vergleichbaren Kriterien von Einheitlichkeit –, hofft man, nicht zu Unrecht, auf eine egalisierende Wirkung solcher Maßnahmen, durch die die Eigenständigkeit des Gymnasiums unterlaufen wird. Entweder verliert das Gymnasium an Attraktivität – weil andere Institutionen es einfacher machen – oder es muß sich den anderen Institutionen angleichen, sei es durch Veränderung der Fächerstruktur, sei es durch Absenken der Leistung. Was Bremen schon geleistet hat, versucht auch die Regierung Nordrhein-Westfalens: Das grundständige Gymnasium soll verschwinden. Die Gesamtschule soll durchgesetzt werden.

Daß die Nebeneffekte solcher Art von Politik über kurz oder lang die Gesellschaft insgesamt belastend treffen müssen, spielt bei solcher im Glanzlicht von Utopien getroffenen Entscheidung keine Rolle. So wenig, wie man sich für eine verantwortungslose Schuldenpolitik verantwortlich weiß, so wenig für eine ruinöse Bildungspolitik. Mag gleich die Wirklichkeit es allerorten anders zeigen. Sei's drum: Desto schlimmer für die Wirklichkeit!

Wir haben allen Grund, den realitätsvergessenen bildungspolitischen Zauberlehrlingen ihren Besen aus der Hand zu nehmen. Wer Gleichheit fordert, müßte sie zunächst einmal selber praktizieren. So müßte notfalls ein Zentralabitur für tatsächlich vergleichbare Leistungen Sorge tragen. Das Gymnasium brauchte sich vor solchen Vergleichen nicht zu fürchten.

Oder wir müßten doch zu ebenfalls wenig geliebten Studieneingangsprüfungen kommen. Die Organisation solcher Prüfungen würde zwar sicherlich viel Mühe bereiten. Aber als Gegengewicht gegen eine Bildungspolitik, wie sie nunmehr verstärkt auch in Nordrhein-Westfalen betrieben wird, ist eines von beiden unentbehrlich.

Die Reaktion der Kultusminister einiger Länder, die auf Qualität Wert legen, war deshalb richtig: keine Anerkennung von Berechtigungen, die unter Mißbrauch des Namens etwas vortäuschen, was sie nicht sind.

GAST-KOMMENTAR

Professor Dr. Erich Geißler ist Direktor des Instituts für Erziehungswissenschaft der Universität Bonn FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Xavier Louis Suarez

Die Nation der Einwanderer

Von Günter Friedländer

Die Stadt Miami (400 000 Einwohner) hat es gern, wenn man ihr klangvolle Beinamen gibt. Für die Südamerikaner ist sie das „Einfallstor in die USA" und die „Hauptstadt der Exilkubaner", zugleich auch, nach Havana, die „zweitgrößte kubanische Stadt der Erde". Für viele Amerikaner wurde Miami erst eine wirkliche Großstadt, als es im vorigen Jahr Schauplatz der preisgekrönten Fernsehserie „Miami Vice" (Rauschgiftbekämpfung Miami) wurde. Man empfand es anfangs im Miami als peinlich, an Miamis Rolle als größtem Umschlagplatz des illegalen Rauschgifthandels erinnert zu werden. Aber die schön gefilmten Aufnahmen von Miami erwiesen sich als erstklassige Gratis-Propaganda für den Fremdenverkehr.

Miamis Bürgermeister aus Kuba: Suarez FOTO: AP

Nun wartet Miami mit einer neuen Erstleistung auf. Es ist die erste Großstadt der USA mit einem kubanischen Bürgermeister: Xavier Louis Suarez (36), verheiratet, vier Kinder. Miami ist in sozialen oder politischen Fragen konservativ, was der abtretende Bürgermeister Ferre (50) bestätigen kann: Er wurde sechsmal hintereinander gewählt. Vor zwei Jahren meldeten die vor Fidel Castro nach Miami geflohenen Kubaner zum ersten Mal ihren Anspruch an, entscheidend in der Verwaltung der Stadt mitzureden, in der fast die Hälfte der Wähler Exilkubaner sind.

Suarez, der neunte Sohn einer Familie mit vierzehn Kindern, kandidierte zum ersten Mal – und verlor. Diesmal traten gleich zwei in Kuba geborene Kandidaten gegen Ferre an: Suarez und Raul Masvidal (43). Beide schlugen Ferre in der ersten Runde; die Stichwahl war nur noch eine kubanische Angelegenheit.

Nun, vielleicht doch mehr eine amerikanische als eine kubanische. Suarez und Masvidal kamen vor fünfundzwanzig Jahren als Kinder mit ihren aus Kuba fliehenden Eltern in Miami an. Beide haben „Amerika gemacht" und dabei Zeit gefunden, in Wohlfahrtsorganisationen ihren Mitmenschen zu helfen. Der schlanke, stets elegante Suarez studierte Jura in Harvard und ist Teilhaber einer großen Anwaltsfirma. Sein untadeliges Englisch ist besser als sein Spanisch. Der etwas untersetzte Masvidal ist die Hauptperson eines amerikanischen Traums. Als Kind armer Einwanderer ging er vor Miamis große Hotels, um mit dem Einparken von Autos Trinkgelder zu verdienen. Heute ist er ein Bankier mit einem Privatvermögen von mehr als vier Millionen Dollar. Beide zusammen gaben mehr als eine Million Dollar für den Wahlfeldzug aus, obwohl der Bürgermeister von Miami im Monat nur ein Honorar von 500 Dollar erhält.

Allgemein ist man mit dem Wahlausgang zufrieden. Die 625 000 Kubaner in Florida jubeln: Sie sind in den USA politisch mündig geworden und werden den Sprung in die nationale Politik wagen; die dreißig Prozent Neger sehen in den Kubanern neue politische Verbündete, und die dreißig Prozent „weißen Nichtspanier" sehen noch in ihrer Niederlage, daß ihr Prinzip, dem sie die Größe der USA zuschreiben, sich abermals bewährte: sich als eine Nation von Einwanderern zu verstehen. In wenig mehr als zwanzig Jahren haben sie die Kubaner, die aus einer völlig anderen Welt kamen, in ihre Gesellschaft integriert. Eine beneidenswerte Leistung.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung schreibt zu den Forderung der Gewerkschaften:

Die schrillen Worte, die man in diesen Wochen von einigen Gewerkschaften und der SPD zu hören bekam wegen eines angeblichen „Anschlags" der Bundesregierung „auf das Streikrecht", zeigen eine erschreckende Maßstablosigkeit. Sie ist ein altes deutsches Übel. Wenn der Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, ernst genommen werden will mit seinen Äußerungen, dann müßte man einen Rückfall in die politische Verwilderung früherer Zeiten befürchten.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie kommentiert die Entlassungen an polnischen Hochschulen:

Die Säuberungswelle an den polnischen Universitäten macht um so betroffener, als in Ministerpräsident Messner und vor allem Außenminister Orzechowski zwei Hochschullehrer in das Zentrum der Macht vorgerückt sind, die sich als Wissenschaftler auch im Ausland einen Namen gemacht haben. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die tatsächlichen Verhältnisse in Polen, daß keiner von beiden als Anwalt für die entlassenen Exkollegen auftrat.

ABENDZEITUNG

Das Münchner Blatt geht auf das Kohlekraftwerk Ibbenbüren ein:

Das Kohlekraftwerk, das NRW-Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau am Wochenende im westfälischen Ibbenbüren in Betrieb setzte, ist ein übler Stinker. Es ist ganz allein in der Lage, 18 000 Tonnen Stickoxyd jährlich in die Luft zu pusten – mehr als die Hälfte dessen, was durch eine Beschränkung sämtlicher Autos der Bundesrepublik auf Höchsttempo 100 eingespart werden könnte (32 000 Tonnen). Die Entschuldigungen, die Rau und seine Truppe vorbringen, sind dürftig: Der Bau des Werkes habe schon 1974 begonnen, als man noch nichts von der Gefahr durch Stickoxyde wußte. Außerdem sei es ganz vorzüglich entschwefelt und kriege in ein paar Jahren auch einen Katalysator ... Aber die ganze Angelegenheit stinkt nicht mehr nur nach Gift, sondern auch nach Verlogenheit, wenn dieses einzige Werk in echte und aussichtsreiche Konkurrenz zur gesamten Autofahrerschaft der Bundesrepublik tritt. Diese Tatsache gibt erneut Aufschluß darüber, in welchem Verhältnis die Schuld zwischen dem (zumeist eher aus ideologischen Gründen) verteufelten Auto und den ganzen Verbrennern fossiler Energie-Quellen ... zu verteilen ist.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung findet Gründe für die Rolle der Sowjetunion im südlichen Afrika:

Trotz des amerikanischen Drucks auf eine Lösung regionaler Konflikte, wie ihn Präsident Reagan beim Genfer Gipfel und anderswo deutlich gemacht hat, ist ein frühzeitiges Ende der sowjetischen Einmischung in Südafrika unwahrscheinlich. Wegen der für den Westen höchst bedeutenden Gold- und Mineralienvorkommen und wegen vitaler Handelsinteressen solcher Länder wie Großbritannien bleibt das Kap ein lockendes Ziel für die sowjetische Außenpolitik.

Eine Mediengewerkschaft, daß der DGB sich durchsetze

Die Pläne derjenigen, die „andere Ordnungen" wollen / Von Gernot Facius

Die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Kunst wollen sich heute in Düsseldorf zur Dachgewerkschaft IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst zusammenschließen. Für drei Jahre amtieren der IG-Druck-Chef Erwin Ferlemann und der erste Mann der Gewerkschaft Kunst, Alfred Horné, als gleichberechtigte Vorsitzende. „Verlobungszeit" nennen beide die Übergangsphase, aber Horné hat schon vor dem Vereinigungskongreß keine Zweifel daran aufkommen lassen, daß er den Ehevertrag längst unterschrieben hat. Er definiert die neue DGB-Säule weniger als Organisation zur Vertretung beruflicher und sozialer Interessen denn als „kampfstarken Gegenpol" zu den Medienunternehmen.

Hier agiert er in schöner Eintracht mit dem Ideologen hinter seinem künftigen Mit-Vorsitzenden. „Die privatwirtschaftliche Ordnung ist interessengebunden", hatte der Dr. iur. Detlef Hensche, Ferlemanns Vize, 1977 gewerkschaftsoffiziell in Augsburg verkündet. „Andere Ordnungen und Eigentumsverhältnisse sind denkbar und notwendig, wenn andere Kontrollmittel nicht reichen."

Gemünzt ist der Satz auf die freie Presse, die in ein Korsett von Reglementierungen gepreßt werden soll. Von Augsburg 1977 über den IG-Druck-Kongreß 1983 von Nürnberg, wo mit dem „politischen Streik" gedroht wurde, zieht sich eine direkte Linie. Zum „politischen Streik" möchte man sich einstweilen noch nicht voll bekennen, um die auf Distanz zur IG Medien bleibenden Journalisten nicht vollends zu verprellen.

Ferlemann, Hensche und Horné reden gern vom „Klima geistiger Freiheit", das es zu schaffen gelte. Es war die Gewerkschaft Kunst, die im Sommer dieses Jahres ein eigenartiges Verhältnis zur geistigen Freiheit erkennen ließ. Zur Kulturpflege hieß es in einem Initiativantrag, vorgelegt für den Gewerkschaftstag in Fellbach bei Stuttgart: „Einer Privatisierung dieser Aufgabe ist entgegenzuwirken. Werden private Mittel für diesen Aufgabenbereich eingesetzt, so muß auch diese Kunstförderung unter qualifizierter inhaltlicher Mitbestimmung der Betroffenen und in öffentlich-rechtlichen Formen erfolgen."

Öffentlich-rechtlich, also mit „gesellschaftlicher Kontrolle" verbunden, ist das Schlüsselwort auch in der Medienpolitik. Daß man sich in die politische Isolierung begibt, scheint Horné nicht zu schrecken. „Die Gewerkschaften sind ja dafür bekannt, daß sie – vielleicht neben den Kirchen – die einzige gesellschaftliche Gruppierung sind, die am öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem festhält", verkündete er via „Vorwärts".

Im „Klima geistiger Freiheit", wies es die künftige IG Medien sich vorstellt, sind private Sender, die zur Herstellung der elektronischen Meinungsvielfalt beitragen, Störenfriede. Da hilft es nichts, wenn in dem Satzungsentwurf für die sogenannte Übergangsstufe der Industriegewerkschaft Medien und Kunst unter „Grundsätze und Ziele" formuliert wird: „Sicherung der Kunst und Unterhaltungsfreiheit sowie deren Schutz vor bloßem Rentabilitätsdenken und marktbeherrschenden Medienstrukturen ... Demokratisierung aller Betriebe, Unternehmen und Einrichtungen im Bereich von Presse, Hörfunk, Fernsehen, Film und sonstigen elektronischen Medien."

Demokratisierung heißt hier Verstärkung des Einflusses der Gewerkschaft. Das gilt auch für die gewünschte „überbetriebliche Mitbestimmung in Form von Kunst-, Kultur- und Theaterbeiräten in Kommunen und Ländern, Erweiterung der Mitbestimmungsrechte in allen Bereichen".

„Wir alle wissen, die Gründung einer Mediengewerkschaft ist von grundsätzlicher Bedeutung für den gesamten DGB und seine Durchsetzungsfähigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft", sagte DGB-Chef Breit in Fellbach. Geradezu enthüllend ist, wie der baden-württembergische IG-Druck-Vorsitzende Werner Pfennig in der Broschüre „Arbeitskampf und Arbeitszeit" künftige Gewerkschaftsarbeit beschrieb: „Wir werden beispielsweise die Frage der Betriebsbesetzungen noch mehr ins Zentrum unserer Überlegung stellen müssen ... Wir werden uns vor kommenden Arbeitskämpfen noch mehr um die Drucker kümmern, denen offensichtlich heute die frühere Schlüsselrolle der Setzer zukommt. Wir werden uns um die Angestellten und die Journalisten noch mehr kümmern müssen."

Besetzungen und Blockaden werden als „legitime Mittel" bezeichnet, „wobei die beste Wahrnehmung von Rechten ihre massenhafte Inanspruchnahme ist". Man kann sich Streiks der IG Medien ausmalen. Die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaftsbewegung, vor allem die „Väter" der IG Medien, dürfen sich nicht wundern, wenn ihre Politik bei den Journalisten – und bei Demokraten generell – auf Abneigung stößt.

Es rumort in der Unionsfraktion

Steht die Unionsfraktion vor einem außenpolitischen Richtungskampf zwischen „Genscheristen" und „Stahlhelmern"? Eine Frage, die überpointiert, ja gewagt erscheint – doch im Hintergrund rumort es. Briefe werden gewechselt, die zur Entschärfung der Diskussion bestimmt sind. Doch da sie an die Öffentlichkeit gelangen, bieten sie neuen Nährstoff.

Von MANFRED SCHELL

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich bislang nicht eingeschaltet. Er empfindet die Vorgänge als lästig, er ärgert sich darüber, daß solchen Entwicklungen nicht eher die Spitze genommen wurde. Aber Richtungskämpfe befürchtet Helmut Kohl nicht. Ein anderer nennt den Grund: „Die Figuren reichen dazu nicht aus."

Wer sind diese „Figuren"? Karl Lamers, über die nordrhein-westfälische CDU-Landesliste in den Bundestag eingezogen, spielt eine Rolle. Der Führung der Unionsfraktion ist „gesteckt" worden, Lamers habe schon vor Wochen ein „Hintergrundgespräch" in der Wohnung eines Journalisten in Bonn geführt. Dabei soll auch von Frontstellungen zwischen der angeblich „schweigenden Mehrheit" in der Fraktion und jenen Abgeordneten die Rede gewesen sein, die öffentlichkeitswirksam ihre Positionen ausbreiteten. Dabei sollen auch Überlegungen angeklungen sein, wie Abgeordnete, die sich als Repräsentanten dieser „schweigenden Mehrheit" verstehen, Zug um Zug Einflußpositionen in den für die Außenpolitik zuständigen Gremien der Fraktion erringen könnten.

Lamers soll von acht bis zehn Abgeordneten, also „Genscheristen", gesprochen haben. Der Name des Bundesaußenministers von der FDP soll in diesem Falle Synonym für einen „moderaten Kurs" Bonns gegenüber Osteuropa sein. Aber so genau läßt sich der Kreis um Karl Lamers nicht ausmachen. Volker Rühe, der für die Außenpolitik verantwortliche stellvertretende Fraktionsvorsitzende, beteiligt sich nicht an solchen Zirkeln, obwohl er in der Sache durchaus so wie Lamers denken dürfte. Aber Rühe weiß, daß er mit einer solchen einseitigen Haltung seiner Führungsfunktion für die gesamte Fraktion nicht gerecht würde. Genannt werden noch die Abgeordneten Karl-Heinz Hornhues und Lutz Stavenhagen, als Staatsminister im Auswärtigen Amt für die Europa-, nicht für die Ostpolitik zuständig. Wenn Stavenhagen tatsächlich zu den „Genscheristen" zählen sollte, dann hält er sich jedenfalls sehr bedeckt.

Es ist wohl kein Zufall, daß der hintergründig schwelende Streit zu einem Zeitpunkt öffentlich gemacht wurde, zu dem die Fraktionsführung nicht in Bonn präsent ist. Alfred Dregger und sein erster Stellvertreter Theo Waigel sind mit Bundestagspräsident Jenninger in Moskau. Nach vorliegenden Informationen hat Dregger ein paar Stunden vor seiner Abreise am Freitag Rühe, Lamers und Hornhues zu sich in sein Büro im Bundeshaus gebeten und dabei auf mehrheitlich getroffene Entscheidungen der Fraktion verwiesen. Lamers: „Ein gutes und angenehmes Gespräch. Ich habe nicht die Absicht, die Sache weiterzukochen."

Die „Genscheristen", das wurde auch dabei deutlich, ärgern sich über „Randfiguren", die ihrer Meinung nach zu Unrecht mit ihren Erklärungen die Haltung der Gesamtfraktion bestimmen. Als solche „Randfiguren" sehen sie die Abgeordneten Hupka und Czaja, aber auch den Abgeordneten Jürgen Todenhöfer an, dessen publizistische Aktivitäten andere mit Neid erfüllen. Hauptsächlich diese drei Parlamentarier sind als „Stahlhelmer" – Lamers: „Ich habe niemand so bezeichnet" – gemeint, in Erinnerung an den Bund der Frontsoldaten.

Gescheut haben sich die „Genscheristen" bislang, den Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger in den Kreis der „Stahlhelmer" einzubeziehen. Allerdings paßt ihnen seine rigorose Haltung zum Beispiel in Fragen der Ostpolitik nicht. Dregger hat zum Beispiel vor der Fraktion und vor dem Bundestag die Aussage von Rühe von der endgültigen politischen Bindungswirkung des Warschauer Vertrages auch für die polnische Grenze zurückgewiesen. Lamers und seine Mitstreiter meinen hingegen, die Rühe-Position würde in Wirklichkeit der Mehrheitsmeinung der Fraktion entsprechen.

Sie haben auch registriert, daß Dregger bei seiner kürzlichen Reise nach Polen keinen Gesprächspartner der Regierung in Warschau getroffen hat. Warschau hatte sich verweigert, was nicht verhindern konnte, daß Dregger – der mit Repräsentanten der Kirche und der Solidarität gesprochen hatte – im nachhinein von seiner „politischsten" Reise spricht. Übrigens: Dregger hat sich dann gegenüber dem Mitglied des Politbüros, Barcikowski, dennoch offen gezeigt, als dieser im September Bonn besuchte. Er empfing ihn in seinem Bundeshausbüro.

Aufschluß über dieses Treffen geben Erklärungen, die Barcikowski nach seiner Rückkehr nach Warschau dem deutschen Botschafter gegenüber abgegeben hat: „Eine große Überraschung sei für ihn die Begegnung mit Dr. Dregger gewesen. Dr. Dregger habe ihn so liebenswürdig empfangen, daß er sich eigentlich von vornherein anders verhalten habe, als er es sich vorgenommen hätte: „Es war eine der angenehmsten Unterhaltungen, die ich jemals mit einem ausländischen Politiker geführt habe." Zwar seien die Meinungsverschiedenheiten geblieben, aber die Atmosphäre sei so gut gewesen, daß niemand auf den Gedanken gekommen wäre, sich ihretwegen „in die Haare zu geraten". Soweit die Aussagen des Politbüromitgliedes Barcikowski über Alfred Dregger.

Auftrieb hat die Diskussion innerhalb der Union durch einen Brief bekommen, den Hans Klein, der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, an seinen Kollegen Lamers gerichtet hat. Er sei, so schreibt Klein in dem neun Seiten starken Brief, „bestürzt" über die „publizistische Mobilmachung" der „Genscheristen" gegen den „Stahlhelm". Natürlich gebe es auch innerhalb der Fraktion ein „Meinungsgefälle" in außenpolitischen Fragen und gegensätzliche Auffassungen. „Fangen wir aber an, in unserer Fraktion öffentlich von ‚Flügeln' zu sprechen, die einander dann womöglich noch abwertende Bezeichnungen geben, so besorgen wir das Geschäft zumindest unserer innenpolitischen Gegner." Aber dafür, so schreibt Klein, „haben uns die Wähler von CDU und CSU – die ihrerseits ein breites Meinungsspektrum bilden – nicht ins Parlament geschickt".

Volker Rühe und Herbert Czaja: Außenpolitische „Flügel"-Männer in der Unionsfraktion?
FOTOS: SVEN SIMON/POLY PRESS

„Dies ist als besorgte Warnung gemeint"

Der Brief des CSU-Bundestagsabgeordneten Hans Klein an seinen Fraktionskollegen Karl Franz Lamers hat in Auszügen folgenden Wortlaut:

Lieber Herr Kollege Lamers, da mich die publizistische Mobilmachung der „Genscheristen" gegen den „Stahlhelm" sehr bestürzt hat, habe ich mir eine sofortige Reaktion versagt. Mit 14tägigem Abstand, der mir Zeit zur Bewältigung des ersten Ärgers und zum sorgfältigen Nachdenken ließ, nehme ich zu Ihrer Aktion Stellung.

Natürlich gibt es nicht nur zwischen den Koalitionsparteien, sondern auch innerhalb unserer Fraktion ein Meinungsgefälle in außenpolitischen Fragen, in einigen Bereichen auch gegensätzliche Auffassungen. Und selbstverständlich muß das mitunter auch öffentlich ausdiskutiert werden.

Fangen wir aber an, in unserer Fraktion öffentlich von „Flügeln" zu sprechen, die einander dann womöglich noch abwertende Bezeichnungen geben, so besorgen wir das Geschäft zumindest unserer innenpolitischen Gegner. Daß sich an diesem Vorgang auch außenpolitische Gegner der Bundesrepublik Deutschland delektieren und in ihrer Argumentation die ihnen jeweils sympathische Gruppierung zum Zeugen wider die andere anrufen, liegt auf der Hand. Dafür haben uns die Wähler von CDU und CSU – die ihrerseits ein breites Meinungsspektrum bilden – nicht ins Parlament geschickt. Damit unterstützen wir nicht die von uns doch insgesamt gutgeheißene Politik der Bundesregierung . . .

Hier die jungen, fortschrittlichen Kollegen um Volker Rühe, dort die alten, rückschrittlichen Politiker hinter Herbert Czaja – dieses Bild ist einfach falsch. Würde es weiter propagiert, müßten sie schnell feststellen, daß es in unserer Fraktion eine „75-Prozent-Mehrheit" für eine Gruppierung nicht gibt. Daran ändert nichts, daß sich Junge wie Alte (wie problematisch die Inanspruchnahme des Jugendlichkeits-Prädikats ist, geht beispielsweise daraus hervor, daß Sie fünf Jahre älter sind als Todenhöfer) auf Regierungserklärungen und andere Äußerungen des Bundeskanzlers stützen.

Nach meiner Einschätzung steht die Mehrheit unserer Fraktion, die allerdings weit größer ist als 75 Prozent, hinter der außenpolitischen Linie, die Konrad Adenauer vorgezeichnet hat und die von Helmut Kohl, dem Inhaber der Richtlinienkompetenz, unter Berücksichtigung seither eingetretener Entwicklungen konsequent weiterverfolgt wird . . .

In Einzelfragen mag sich immer wieder die Notwendigkeit zur Erarbeitung operativer Kompromisse mit dem Koalitionspartner ergeben. Daß wir dazu fähig sind, haben wir in dieser Legislaturperiode mehrfach (etwa in der Mittelamerikapolitik oder der Politik gegenüber dem südlichen Afrika) bewiesen. Wer aber versucht, diesen Standort an den Rändern zu zerfransen oder substantiell zu verändern, gefährdet die im deutschen Interesse begründete Konsensfähigkeit der Union als stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland.

Damit ich nicht mißverstanden werde: Dessen zeihe ich weder Sie noch sonst einen Kollegen in der Fraktion. Dieser Satz ist als besorgte Warnung gemeint.

Da die Neben- und Gegenaußenpolitik der SPD, von der linken Irrationalität der Grünen angepeitscht, in vielen Bereichen nur noch unseriös ist und auch von der Masse der grundsoliden deutschen Arbeitnehmerschaft nicht mehr verstanden, geschweige denn getragen wird, muß die Union verstärkt um die Zustimmung breitester Bevölkerungskreise bemüht sein. Das schließt in Sonderheit auch jene Millionen Deutscher ein, die aufgrund völker- und menschenrechtswidriger Vereinbarungen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden und die mit ihrer Charta schon vor 35 Jahren beispielhaft Zeugnis für Friedenswillen und europäische Gesinnung abgelegt haben.

Daß ihnen – aber nicht nur ihnen – ein besonders hohes Maß an Sensibilität eignet, wenn es im weitesten Sinn um deutsche Fragen geht, sollten wir würdigen und nicht schelten. Daß sie aber auch, in der rechten Weise angesprochen, außerordentliches Verständnis, ja menschliches Einfühlungsvermögen für unsere osteuropäischen Nachbarvölker aufbringen, beweist das Engagement etwa der Kollegen Czaja und Hupka bei Hilfe in drängender Not.

Mit dem politischen Vorgehen des Kollegen Czaja – von der Presseerklärung über die Krakauer Rühe-Rede bis zu der Art und Weise, wie er seinen Standpunkt in der Arbeitsgruppe vertritt – habe ich mich in einem Schreiben an ihn direkt auseinandergesetzt. Eines sollten wir allerdings nicht unterschätzen: Er empfindet sich als unser aller Gewissen, wenn es um Deutschland geht.

Von ihm – der im übrigen gar nicht in die Reihe der sonst von Ihnen aufgeführten Namen paßt – erwarte ich indes, was ich auch mir selbst abverlange und von allen anderen Kollegen oder Grupppierungen erwarte, daß wir einbinden und nicht ausgrenzen. Damit rede ich nicht einer Wischiwaschi-Politik das Wort, sondern einer sauber erarbeiteten Gemeinsamkeit. Damit widerrate ich auch nicht der notwendigen öffentlichen Darstellung, wohl aber der Profilierung auf Kosten der Gesamtheit.

Das grundsätzliche Ja des Bundeskanzlers zu SDI (Regierungserklärung vom 18. April 1985: „Das amerikanische Forschungsprogramm ist daher aus unserer Sicht gerechtfertigt; politisch notwendig und liegt im Sicherheitsinteresse des Westens insgesamt."), das natürlich noch der Erkundung und der Abmachung deutscher Mitwirkungsmöglichkeiten im Detail bedurfte, ist durch öffentliche Überbetonung von Bedenken relativiert worden. Und weil sich die gegensätzlichen Meinungsbekundungen dazu nach der Gesetzmäßigkeit Pawlow'scher Effekte bedingten, wurde der Fixierung der Rahmenbedingungen für eine deutsche Beteiligung an der Forschungsphase eine Bedeutung zugesprochen, von der die längst getroffene politische Regierungsentscheidung überschattet wurde.

Für mich steht bei der deutschen Haltung zur SDI-Frage im Vordergrund: Wir dürfen sie nicht so diskutieren, daß die Position der USA geschwächt und die Sowjetunion, ähnlich wie vor der Nachrüstung, dazu verleitet wird, statt ernsthaft zu verhandeln, mit Hilfe der öffentlichen Meinung in Westeuropa – wenn wohl auch wieder vergeblich – Druck auf die Amerikaner auszuüben.

Für die von Ihnen öffentlich angesprochenen publizistischen Aktivitäten des Kollegen Todenhöfer gilt, was für uns alle zu gelten hat: Jeder frei gewählte Abgeordnete darf, wann immer er es für richtig hält, seine Meinung äußern. Schärfster Einspruch ist dann geboten, wenn einer den Eindruck erweckt, für die Fraktion zu sprechen, obwohl von ihr eine solche Meinung nicht gestützt, abgelehnt oder gar als schädlich empfunden wird.

In 13 Monaten finden die nächsten Bundestagswahlen statt. Die Bilanz dieser Regierung und der sie tragenden Parlamentsmehrheit ist, auch in der Außenpolitik, positiv. Wenn wir jetzt in einen öffentlichen Streit darüber eintreten, wer des Kanzlers bester Adjutant ist und wer sich um die deutsche Frage am pflichtbewußtesten bemüht, dann arbeiten wir genau jenen Kreisen in die Hände, für die die deutsche Frage mit der Vielteilung unseres Vaterlandes bereits geschlossen ist und die dann auch einen anderen Kanzler mit anderen Adjutanten präsentieren würden.

Da dies mit Sicherheit weder Sie noch irgendein anderer Kollege unserer Fraktion wollen, bleiben wir alle (das ist das friedenstiftende Element demokratischer Prozesse) auf vernünftige Zusammenarbeit angewiesen. Ohne diese Voraussetzung wäre ich weder imstande noch bereit, sozusagen den konsensschaffenden Teil der außenpolitischen Arbeit unserer Fraktion zu leisten und die öffentliche Artikulation „Flügel"-Männern zu überlassen . . .

Sorge um den Konsens: Kleins Brief an Lamers

Franz Josef Strauß und Lothar Späth: Für Otto Graf Lambsdorff sind beide keine guten Marktwirtschaftler
FOTO: MAUCHER

Strauß und das Wohl „seiner" bayerischen Firmen

Fehlgeleiteter industriepolitischer Ehrgeiz, wichtigtuerische Selbstüberschätzung, staatskapitalistische Renaissance durch vermeintliche Marktwirtschaftler, Späth-Kapitalismus: Diese Vorwürfe von Otto Graf Lambsdorff richten sich gegen die Ministerpräsidenten Strauß und Späth, gemeint ist deren Mitwirkung an Fusionen und Fusionsplänen in ihren Ländern.

Von DANKWARD SEITZ

Den Unmut Lambsdorffs über Bayern haben ganz offensichtlich zwei Ereignisse aus der jüngsten Vergangenheit erregt: Die im Juli dieses Jahres vollzogene Neuordnung bei dem bis dahin zur Flick-Gruppe gehörenden Münchner Panzer- und Maschinenhersteller Krauss-Maffei AG. Und die Sondierungsgespräche des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß mit dem BMW-Vorstandsvorsitzenden Eberhard von Kuenheim über eine Beteiligung bzw. mehrheitliche Übernahme des Luft- und Raumfahrtkonzerns MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH durch den Münchner Automobilkonzern.

Sicherlich dürfte der FDP-Politiker auch an Zeitungsmeldungen gedacht haben, die im Sommer dieses Jahres von einem – inzwischen längst dementierten – möglichen Engagement von MBB bei anderen deutschen Rüstungsfirmen wissen wollten. Von MBB-Beteiligungen an der Berliner Diag oder deren Tochter Fritz Werner und vielleicht an dem Kanonenproduzenten Rheinmetall war da die Rede. Da feierte der „allgewaltige Rüstungsgigant", der von München aus angeblich von dem luft-, raumfahrt- und rüstungsbewußten Ministerpräsidenten Strauß zusammengezimmert werden soll, eine Wiederauferstehung.

Begonnen hatte alles damit, daß die Flick-Gruppe Anfang 1984 signalisierte, Krauss-Maffei verkaufen zu wollen – die wichtigste Produktionsstätte für schwere Panzer (vor allem den Leopard 2) der Bundeswehr und einiger anderer Armeen. Als Hauptinteressent trat MBB auf den Plan. Unterstützt wurde diese Lösung vehement von Strauß, begründet mit der Sicherung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze in München.

In Bonn wurde dieser Fall verständlicherweise etwas anders bewertet. Man sah die Gefahr, daß die Bundeswehr in eine zu große Abhängigkeit von einem industriellen Partner geraten könnte.

Als dann das Bundeskartellamt auch noch Bedenken gegen eine Mehrheitsbeteiligung von MBB an Krauss-Maffei anmeldete, gab man sich an der Isar noch lange nicht geschlagen. Nach monatelangen Verhandlungen wurde mit tatkräftiger Unterstützung des gesamten bayerischen Kabinetts eine Lösung gefunden, die niemand mehr beanstanden konnte.

Statt MBB beteiligte sich die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA), deren eigentliche Aufgabe es ist, kleine und mittelständische Unternehmen zu unterstützen, mit über 25 Prozent an Krauss-Maffei. Hinzu kamen noch zwei andere Banken (Dresdner Bank, Bayerische Vereinsbank) und die Buderus AG.

Von MBB als mehrheitlichem Krauss-Maffei-Partner war längst nicht mehr die Rede. Das Engagement des Luft- und Raumfahrtkonzerns war auf eine indirekte Beteiligung zusammengeschrumpft. Die RTG Raketentechnik GmbH, die je zur Hälfte der Nürnberger Diehl-Gruppe und MBB gehört, erwarb lediglich 24,95 Prozent – eine Größenordnung, die noch nicht einmal beim Kartellamt angemeldet werden mußte. Strauß, sein Finanzminister Max Streibl – beide zugleich Aufsichtsratsmitglieder bei MBB – und Wirtschaftsminister Anton Jaumann, Verwaltungsratsvorsitzender bei der LfA, konnten aufatmen: Krauss-Maffei blieb in bayerischen Händen.

Die Konstruktion hinterließ dennoch ein ungutes Gefühl. Denn trotz der nur indirekten Beteiligung von MBB dürfte der Ottobrunner Rüstungskonzern das Sagen bei Krauss-Maffei haben, denn die Banken sind auch MBB-Gesellschafter. Interessenskollisionen über die Geschäftspolitik bei Krauss-Maffei sind kaum zu erwarten.

Und wie sehr Strauß das Wohlergehen „seiner" bayerischen Firmen am Herzen liegt, verdeutlichte er erneut erst in jüngster Vergangenheit. Auf die Frage, ob er eine Verbindung von BMW mit MBB begrüßen würde, antwortete er mit einem uneingeschränkten „Ja". Wie konnte er auch anders, hatte er doch unlängst auf einer China-Reise dem BMW-Chef seine Vorstellungen schmackhaft gemacht. Diese Kunde, daß sich die zwei bayerischen Spitzenfirmen zu einer Ehe zusammenfinden sollten, hat in den letzten Wochen viel Staub aufgewirbelt. Die Vermutung liegt nahe, daß man es Daimler-Benz gleichtun und in andere Bereiche hineinexpandieren will.

Bei BMW gab man sich allerdings erst einmal recht zurückhaltend. Eine Verbindung beider Unternehmen wird als eine durchaus interessante Sache gesehen. Doch „Junior-Partner der öffentlichen Hand" zu werden, das möchte Eberhard von Kuenheim auf keinen Fall. Seitdem er dies öffentlich verkündet hat, soll seine Freundschaft mit Strauß Risse bekommen haben.

Daß der bayerische Ministerpräsident diese Fusion so vehement betreibt, kann er durchaus mit Privatisierungsbemühungen begründen.

Denn von Kuenheim wird nur seine Mehrheit an MBB bekommen, wenn neben Bayern sich Bremen und Hamburg von ihren MBB-Anteilen ganz oder zumindest teilweise trennen. Doch die beiden Stadtstaaten wird MBB-Aufsichtsratsvorsitzender Max Streibl nur schwer davon überzeugen können, im Sinne von Strauß einiges von ihren Quoten abzugeben, um den Weg für BMW freizumachen. Die beiden nicht gerade über eine florierende Wirtschaftsstruktur verfügenden Städte sind an einer regionalen Ausgewogenheit der Beteiligungsverhältnisse zwischen Süd und Nord durchaus interessiert. Denn MBB unterhält in ihren Städten große Werke und ist Garant für Tausende von Arbeitsplätzen. Letztendlich werden sie davor zurückschrekken, daß in Bayern allein darüber entschieden werden kann.

Pleite oder Fusion: Späth ist dabei

Von WERNER NEITZEL

Die Attacke aus dem Lager der Verfechter der reinen Lehre marktwirtschaftlicher Prinzipien kommt so überraschend nicht. Fordern doch die vielfältigen Programme, Pläne und Maßnahmen des umtriebigen Stuttgarter Regierungschefs, der sich im übrigen zum Wettstreit der Bundesländer um die Absicherung und die Stabilität ihrer wirtschaftsstrukturellen Basis bekennt, in Kreisen der südwestdeutschen Wirtschaft nicht nur Beifall sondern auch – wenngleich etwas verhaltener – Kritik heraus.

Das heißeste Eisen mit den meisten Kanten wird derzeit zweifellos in Sachen Landesbank geschmiedet. Hier versucht Späth gewissermaßen nach dem dem Motto, daß es die Mächtigen stets auch zum Gelde drängt, in zäher und langwieriger Arbeit eine Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Bankensystems in Baden-Württemberg zu bewerkstelligen. Seine These: Der Anteil der baden-württembergischen Banken am gesamten Kreditvolumen entspreche nicht dem Bevölkerungsanteil und der Wirtschaftskraft des Landes. Auch seien sie an der Bruttowertschöpfung des Landes unterdurchschnittlich beteiligt und lägen im Auslandsgeschäft – für das exportbeflissene Bundesland nicht unwichtig – weit unter dem Bundesdurchschnitt.

Späth steuert unbeirrt auf die Verschmelzung bestehender Bankinstitute des öffentlich-rechtlichen Sektors zu einer großen Landesbank zu, wie sie sich inzwischen in anderen Bundesländern – mit mehr oder minder guter Erfolgsbilanz – etabliert haben. Zu welchem Ziel seine Bemühungen führen werden, steht in Anbetracht der vielen Schwierigkeiten noch in den Sternen.

Getreu der Späthschen Devise, dort, wo nötig, der Industrie mit reichlich dotierten Programmen bei der Anpassung und Umstrukturierung auf moderne Zukunftstechnologien unter die Arme zu greifen, ist der Technologietransfer von den zahlreichen Hochschulen des Landes zur Wirtschaft und umgekehrt beträchtlich forciert worden. Eine Reihe von „Technologie-Fabriken" ist hierfür ein äußeres Merkmal. Wie effektiv und nutzbringend jene Anstrengungen letztlich sein werden, wird sich erst noch herausstellen müssen. Sind doch auch Stimmen aus im Südwesten stark vertretenen Branchen und Wirtschaftsbereichen (z. B. dem Maschinenbau, dem Textilsektor, der Landwirtschaft) vernehmbar, die an jener in ihrer Betrachtung einseitigen Bevorzugung sogenannter High-Tech-Sparten Kritik anmelden.

Dabei versäumte Späth nicht, sein besonderes Augenmerk auf die Vorgänge im Bereich der Großunternehmen zu lenken. Spektakulär war insbesondere seine Moderatoren-Rolle, als es darum ging, den infolge des Zwists der Familiengesellschafter fast ins Trudeln geratenen Luft- und Raumfahrtkonzerns Dornier unter die Fittiche von Daimler-Benz zu bringen. Die vierprozentige Beteiligung des Landes an Dornier ist zwar einigermaßen überflüssig, resultiert aber aus dem komplizierten Tauziehen um die Beteiligungsquoten und hätte bei einer Dreingabe den labilen Kompromiß – so Späths Begründung – wieder in Gefahr bringen können.

Auf jeden Fall trug Späth dazu bei, Dornier auf festem Boden – und dazu noch in Baden-Württemberg – zu verankern. Mit Genugtuung hatte er bereits die volle Übernahme des MTU-Konzerns durch den Stuttgarter Autokonzern Daimler-Benz registrieren können, wie auch die Einverleibung des AEG-Konzerns durch die Untertürkheimer natürlich auf sein Wohlwollen stößt.

Zahlreich sind die Stützungs- und Auffangbemühungen des Landes in den Fällen von Firmenzusammenbrüchen: Beispiele für solche mit unterschiedlichem Nachdruck betriebenen Rettungsaktionen sind die von Neff, Zanker, Dual, oder auch die Sanierung der durch den Kollaps des Korf-Stahlimperiums in Mitleidenschaft gezogenen Badischen Stahlwerke in Kehl. Letztere haben es – was für die relativ strukturschwache Region am Oberrhein wichtig ist – geschafft, durch massiven Einsatz der Instrumente der Landesregierung, sich auf eine neue und gesunde wirtschaftliche Basis zu stellen. Ein Erfolg, von dem beispielsweise die um ihr Überleben kämpfende Arbed noch weit entfernt ist.

Hans Freiländer, Vorsitzender des Landesverbandes der Baden-Württembergischen Industrie, meint zur Politik der Stuttgarter Landesregierung: „Es liegt in der Natur der Sache, daß Industrie und politische Entscheidungsträger nicht in allen Einzelfragen übereinstimmender Meinung sein können. Wichtig erscheint uns jedoch, daß ein Grundkonsens über die notwendigen Rahmenbedingungen besteht." Dankbar nimmt die Industrie des Landes beispielsweise die Aktivitäten des Landes bei der Veranstaltung von Auslandsmessen (u. a. Landesausstellungen in China und der Sowjetunion) an.

Heinz Hoffmann (links) war seit 1960 Verteidigungsminister der „DDR". Heinz Keßler (65) ist einer von zwei Nachfolge-Kandidaten.

FOTOS: POLY PRESS/AP

Der Nachfolger wird ein Mann Honeckers sein

„DDR"-Verteidigungsminister Hoffmann gestorben

WERNER KAHL, Bonn

Sein Platz unter den greisen Genossen des SED-Politbüros war auch im zwölften Jahr seiner Mitgliedschaft im obersten Führungsgremium der Einheitspartei unangefochten, aber jetzt forderte die physische *Konstitution ihren Tribut* – vier Tage nach seinem 75. Geburtstag starb „DDR"-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann gestern nach Mitteilung der amtlichen Ostberliner Nachrichtenagentur ADN an „akutem Herzversagen".

Die strikte Geheimhaltung, mit der die SED-Führung ihre Sitzungen zu umgeben weiß, ließ die Frage offen, ob der loyale Weggefährte Erich Honeckers noch am Plenum des SED-Zentralkomitees am 22. November teilnahm und über den Sturz des Ostberliner Parteibezirkschefs Konrad Naumann mit abstimmte. Mit dem Tod Hoffmanns verringerte sich die Mitgliederzahl des Politbüros auf 18 Funktionäre, zwei mehr als es bei der Aufnahme in den Führungskreis 1973 waren.

Auf die Krönung seiner Parteikarriere hatte der in Mannheim geborene Maschinenschlosser 13 Jahre nach seiner Ernennung zum Minister im Jahre 1960 warten müssen. Seine militärische Karriereleiter begann für ihn schon mit 20 Jahren als Agent für den militärischen Apparat der kommunistischen Bewegung im deutschen Untergrund. In Moskau erhielt *er deshalb nach der Emigration aus* Deutschland 1935 einen Platz an der Frunse-Akademie. Die Feuertaufe bestand er 1936–1937 im spanischen Bürgerkrieg. Auf der iberischen Halbinsel kämpfte er in der Internationalen Brigade als Bataillonskommandeur und Politkommissar unter dem Befehl Wilhelm Zaissers, des nach dem Juni-Aufstand 1953 in der „DDR" gestürzten Ministers für Staatssicherheit. Von den deutschen Genossen an der spanischen Front wurde Erich Mielke – mit 77 Jahren Senior des Politbüros – ab 1957 Chef des Staatsicherheitsdienstes.

Nach dem Sieg Francos setzte sich Hoffmann zunächst in den Untergrund in Frankreich ab und ging 1939 wieder in die Sowjetunion, wo er auf der Schule der kommunistischen Internationale für die Aufgaben nach der Besetzung Deutschlands vorbereitet wurde. Die Sowjets fühlten sich später in ihren Erwartungen bestätigt, daß Hoffmann die politisch-ideologische Zuverlässigkeit der späteren Armee-Kader ebenso wie das äußere Bild der „DDR"-Streitkräfte bestimmen würde.

In seine Kompetenz fiel im August 1961 die „Sicherung der Staatsgrenze" beim Mauerbau; Hoffmann koordinierte auch die Integration seiner Armee in die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten und ließ regelmäßig das Feindbild, den Haß auf den „imperialistischen Gegner" und den „revanchistischen Militarismus" in der Bundesrepublik Deutschland aufpolieren.

SED-Generalsekretär Erich Honecker ernannte den Armeegeneral anläßlich des 65. Geburtstages zum „Helden der DDR" und lobte Hoffmanns Konzeption, eine hochmoderne und schlagkräftige, jederzeit gefechtsbereite Truppe unter Waffen zu wissen.

Mit der Nachfolge für Heinz Hoffmann im Amt des Verteidigungsministers wird sich zunächst der „DDR"-Ministerrat beschäftigen; als Kandidaten werden Generaloberst Heinz Streletz, 59jähriger Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee, und der 65jährige Generaloberst Heinz Keßler genannt. Beide waren Stellvertreter, gehören dem SED-Zentralkomitee an und gelten als Honecker loyal ergeben.

Keßler ist bereits seit 1957 stellvertretender Verteidigungsminister. Der gelernte Maschinenschlosser war gleich zu Beginn des Krieges zur Roten Armee übergelaufen und führte Stoßtrupps im Partisanenkampf. Der gebürtige Schlesier war im Mai 1945 mit Markus Wolf, dem Chef der „DDR"-Spionage, nach Berlin zurückgekehrt *und bringt die besten* Voraussetzungen als Chef der Politischen Hauptverwaltung mit. Wer auch Nachfolger wird, das SED-Zentralkomitee muß auf seiner nächsten Sitzung im Frühjahr entscheiden, ob der Neue die Weihen eines Politbüromitgliedes erhält.

Franke-Prozeß: Alle Einwände zurückgewiesen

PETER PHILIPPS, Bonn

Am Ende des Prologs vor der Ersten Strafkammer des Bonner Landgerichts – bevor der ehemalige Innerdeutsche Minister Egon Franke beginnen konnte, seinen Lebenslauf darzustellen – stand gestern die erwartete Ablehnung der „Besetzungsrügen". Die Verteidiger von Frankes ehemaligem Abteilungsleiter Edgar Hirt sowie die Anwälte des früheren Ministers hatten mit der Ablehnung eines beisitzenden Richters, eines Ersatzrichters sowie sämtlicher Schöffen alle verfahrensmäßigen Wege für spätere Revisionsmöglichkeiten offengehalten.

Der Vorsitzende Richter Wilfried Manthei benötigte 40 Minuten mit seinen Beisitzern zur endgültigen Formulierung, ehe von ihm um 14 Uhr 40 „beschlossen und verkündet" wurde, daß alle „Einwände zurückgewiesen" werden. Die „Besetzung der Kammer" sei „vorschrifts- und ordnungsgemäß", es gebe nichts, was auf die unterschwellig beargwöhnte „unzulässige Einzelzuweisung" der Ersatzrichter „hindeutete". Eine dreiviertel Stunde lang verlas Manthei in allen Verästelungen die Begründung. In feiner Ironie stellte er anschließend fest: „An Ermüdbarkeit" habe sein Vortrag der Erläuterung der Rüge am zweiten Verhandlungstag vor einer *Woche durch Hirt-Anwalt „Mehle in* nichts nachgestanden".

Frankes Verteidigung hatte sich bei dieser ganzen Prozedur mit deutlich gedämpfter Begeisterung und nur pro forma beteiligt. *Co-Verteidiger Hermann Höcherl war gestern* nicht einmal erschienen und wird erst heute morgen wieder neben Franke sitzen, wenn es zur Person und dann irgendwann auch zur Sache vorangeht.

Ist es schon die Anrede „Angeklagter Franke", die dem aufrechten Sozialdemokraten auch körperlich Pein bereitet – das letzte Mal geschah dies im Dritten Reich, und am Ende stand das Strafbattaillon 999 –, so kam an den ersten Verhandlungstagen noch das zermürbende juristische Vorgeplänkel hinzu: Der schwerkranke alte Mann litt sichtlich, sein Verteidiger Neumann bat ausdrücklich um schnelle Behandlung der Verfahrensdinge, um endlich zur Sache zu kom*men.*

Franke sitzt mit Bedacht genau dem Richtertisch gegenüber, weil ihn Manthei genau im Auge behalten will, um bei Konzentrationsabbau notfalls die Verhandlung sofort unterbrechen zu können. Die Fürsorge kann sehr weit gehen: Als Franke einmal während der mit allen juristischen Spitzfindigkeiten durchsetzten Besetzungsrügen irgendwann die Augen schloß, geriet er schnell in die Rolle des *unaufmerksamen* Schülers, den „Lehrer" Manthei aufschreckte.

„Ich habe kein Verhältnis zu dem, was vorgetragen wird", lautete die fast um Verzeihung bittende Antwort eines Mannes, der einst eher durch deftige Selbstsicherheit auftrat. Dies sei ihm alles zu „monotönend". Und seinem alten Kämpen Höcherl, obwohl in diesem Metier inzwischen wieder zuhause, muß es ähnlich gegangen sein: Auch er hatte schon zwischendurch schwere Augenlider bekommen.

Bischof Schönherr mahnt: Mit dem Wort Deutschland behutsam umgehen

PETER SCHMALZ, München

Eine gute Sonntagspredigt wolle er halten, also eine, die den Alltag reflektiert, verspricht der ehemalige Vorsitzende der Evangelischen Kirche der „DDR", Bischof Albrecht Schönherr, auf der Bühne der Münchner Kammerspiele. Unwillkürlich aber gerät der Kirchenmann dabei in einen Alltag, der keineswegs alltäglich ist, wenngleich auch sein Zustand bereits Jahrzehnte währt und bedauerlicherweise weiter währen wird. Denn der Alltag, über den er zu sprechen kam, ist die Unnormalität der deutschen Teilung.

„Reden über das eigene Land: *Deutschland" lautet der Titel, unter* dem nun im dritten Jahr eine herbstliche Vortragsreihe über die Kammerspielbühne lief. Diesmal erschien eine zumindest beruflich heterogenere Gruppe, beginnend mit dem von West nach Ost und zurück gewanderten Literaturprofessor Hans Mayer, über den von einer Fan-Gemeinde gefeierten Fettbildner Josef Beuys und die Frankfurter Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich-Nielsen bis zu Schönherr, dem diesjährigen Schlußpunkt.

Die Feindbilder

Fast scheint es, als wolle sich der Kirchenführer vom Thema distanzieren, wenn er die „lieben deutschen *Freunde" mahnt, behutsam mit dem* Wort Deutschland umzugehen, und wenn er fragt, ob die deutsche Nation nur ein Anspruch sei oder ein gemeinsames Nationalgefühl. Und ob der Wunsch nach Wiedervereinigung über das Gebot im Grundgesetz hinaus für die Menschen in der Bundesrepublik eine Realität sei, für die sie Opfer zu bringen bereit wären.

Schönherr wußte sich mit der Unnormalität Deutschlands zu arrangieren, mit seinem Namen ist der Verlust der Einheit der evangelischen Kirche Deutschlands untrennbar verbunden. Er sieht jetzt sogar einen „ganzen Schwarm von Frühlingsboten", wenn er an den in Gang gekommenen Dialog zwischen Christen und Marxisten denkt, den er „erfreulich und fruchtbar" nennt.

Von ihm stammt die Losung für die Protestanten drüben: Wir wollen nicht Kirche gegen, nicht neben, sondern im Sozialismus sein. Immerhin hält er an Deutschland als Dach über der gegensätzlichen politischen Entwicklung fest und sieht die gemeinsame Aufgabe der Deutschen auf drei Feldern: in der Haftungsgemeinschaft für die gemeinsame Geschichte, in der Verantwortungsgemeinschaft für die Gegenwart und in der Hoffnungsgemeinschaft.

Sorgsam aber schiebt er dabei die größere Last der Verantwortung in die Bundesrepublik, wenn er vor dem Aufbau und der Pflege von Feindbildern warnt und dabei den „tiefverwurzelten Antikommunismus" als Wurzel des Übels ausmacht, der ein Mittel sei, die Menschen zu manipulieren. Wohl erwähnt Schönherr auch die Haßerziehung in der „DDR", die er aber sogleich mit der absonderlichen Theorie verharmlost, dieser Haß werde rational vermittelt und könne sich daher nicht emotional verwurzeln, weshalb er nicht so gefährlich, weil leichter abzubauen sei.

Die Hoffnung des Bischofs mündet in eine „fruchtbare und freundliche Nachbarschaft" und in die Erwartung, daß Deutsche in Ost und West ihren Beitrag leisten, damit sich die Bündnisse, deren Grenze mitten durch Deutschland geht, einander annähern. Schönherr spricht vom „Saatkorn der Hoffnung".

Bei Beuys war von einem Deutschland nichts zu spüren, er fand schon Beifall, wenn er Politik als des Übels Anfang darstellte und über seiner fixen Idee vom künftig freien und kreativen Menschen als der Lösung aller Probleme in solches Schwärmen geriet, daß auch der *unvermeidliche* Hut die wirr purzelnden Gedanken nicht zu bündeln vermochte.

Hans Mayers Trauer

Margarete Mitscherlich griff den fast zwei Jahrzehnte alten Titel ihres – gemeinsam mit ihrem Mann Alexander verfaßten – Buches über die „Unfähigkeit zu trauern" an: Ohne die Vergangenheit zu verarbeiten, hätten die Deutschen sich der „Beschäftigungstherapie Wiederaufbau" hingegeben, hätten verdrängt, anstatt das Ertragen und Verarbeiten von Leiden zu erlernen.

Hier spannt sich der Bogen zu dem Germanisten Mayer, ein Jude aus Köln, vor den Nazis in die Schweiz und in die Staaten geflüchtet, aber zurückgekehrt der Sprache wegen und wegen eines Gefühls, das vor ihm noch keiner auf dieser Bühne angesprochen hatte: der vertrauten Landschaft wegen. Und so habe er zwar kein eigenes Land, wohl aber eine *Landschaft.*

Er trauert um eine zerstörte Verbindung, die ihm unheilbar erscheint. Um die deutsch-jüdische Symbiose, deren Anfänge er in der Freundschaft von Lessing und Moses Mendelssohn sieht, eine Symbiose, die ein Zeitalter der Aufklärung hervorgebracht habe und die am 30. Januar 1933 zu Ende gegangen sei.

Bundestagsdelegation trifft Gromyko

Jenninger bestreitet Verärgerung über das Besuchsprogramm in der Sowjetunion

GÜNTHER BADING, Leningrad

Als „pure Desinformation" hat Bundestagspräsident Philipp Jenninger Berichte bezeichnet, in denen von Unzufriedenheit mit dem Besuchsprogramm der von ihm geführten Bundestagsdelegation in Moskau und Leningrad die Rede war. Es gebe „keinerlei Überlegungen, die Reise vorzeitig zu beenden. Wir haben dazu auch keine Veranlassung." Der CDU-Politiker räumte zwar ein, das vor Wochen ausgearbeitete Programm werde in der Tat nicht allen Wünschen gerecht. „Aber maßgebend ist, was uns gesagt wurde. Und *danach können wir mit guten* Gesprächen in den nächsten Tagen rechnen." Im übrigen sei man bei dem Besuch – es ist der erste einer Bundestagsdelegation mit Vertretern aller Fraktionen seit 1973 – „sehr gastfreundlich" empfangen worden, sagte Jenninger im Gespräch mit der WELT.

Als Beispiel für wichtige, im ausgedruckten Besuchsprogramm nicht aufgeführte Termine nannte Jenninger das für die Mitte der Woche in Moskau anberaumte Gespräch mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Staatspräsident Gromyko. Es gebe nicht nur „ein Signal, sondern es wurde uns deutlich gesagt, selbstverständlich werde der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet zu Gesprächen zur Verfügung stehen".

Auf der gleichen Gesprächsebene hatte sich 1973 die Bundestagsdelegation unter Leitung der damaligen Parlamentspräsidentin Annemarie Renger (SPD) bewegt, als sie von Staatspräsident Podgorny empfangen worden war.

Schon im Vorfeld des jetzigen Besuches war in der Delegation gerätselt worden, ob es neben den festgelegten Gesprächsterminen mit dem Vize-Ministerpräsidenten und Vorsitzenden des Staatskomitees für Wissenschaft und Technik, Martschuk, mit ZK-Sekretär Simjanin und mit den beiden Kammerpräsidenten des Obersten Sowjet, Tolkunow und Voß, weitere Unterredungen geben werde. Jenninger hatte schon in Bonn als „ausdrücklichen Wunsch" übermit*teln lassen, daß der Delegation* auch an Begegnungen mit Parteichef Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse gelegen sei. Gegenüber der WELT sagte der Bundestagspräsident in Leningrad, man „muß Verständnis haben, daß nach den Vorgängen der letzten Tage mit Politbüro-Sitzungen und Aufarbeitung des Genfer Gipfeltreffens die Vorbereitung unseres Besuches nicht das Vordringlichste bei der sowjetischen Führung war". Zur Atmosphäre innerhalb der Delegation sagte Jenninger: „Wir haben eine gute Stimmung, und zwar querbeet durch alle Fraktionen."

Leichte Verärgerung war bei einigen Teilnehmern allenfalls über das Verhalten der Fraktionssprecherin der Grünen, Hannegret Hönes, spürbar. Diese hatte den Besuch auf dem deutschen Soldatenfriedhof Lublino in Moskau boykottiert, war aber bei der Kranzniederlegung für die gefallenen sowjetischen Soldaten auf dem Leningrader Gedenkfriedhof Piskarjowskoje dabei. Hier schrieb sie in das Kondolenzbuch: „Zur Erinnerung an die Opfer des deutschen Faschismus."

Der CSU-Landesgruppenvorsitzender Theodor Waigel äußerte gegenüber der WELT ebenfalls Unverständnis über das offenbar durch unzutreffende Agenturmeldungen in Deutschland *entstandene Bild einer* Delegation, die angeblich durch enttäuschte Hoffnungen auf eine Begegnung mit Gorbatschow frustriert worden sei. Diese Delegation werde „keinen Deut schlechter gestellt" als die von 1973. Sie umfasse alle Fraktionen, sie sei weder eine Partei- noch eine Regierungsdelegation, sagte Waigel. Er spielte damit darauf an, daß der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau bei seinem Moskau-Besuch von Parteichef Gorbatschow empfangen worden war.

Kultusminister der SPD gegen kürzere Schulzeit

dpa. Hannover/Bonn

Die Kultusminister der SPD-regierten Länder lehnen eine kürzere Schulzeit bei einem auf 18 Monate verlängerten Wehrdienst ab. Dies erklärte der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier gestern in einem Rundfunkinterview. Er nahm damit Stellung zu entsprechenden Überlegungen in der SPD-Bundestagsfraktion.

In einem Gespräch mit der „Neuen Presse" (Hannover) hatte der stellvertretende Franktionsvorsitzende Willfried Penner (SPD) die Überlegungen aus den unionsregierten Ländern als „erwägenswert" bezeichnet. Mit der Verkürzung des 13. Schuljahres soll ein Leerlauf zwischen Wehrdienst und Berufsausbildung vermieden werden.

Berlin – „Apartheid einer einzigen Stadt"

idea. Berlin

Der frühere Landespropst der deutschen evangelisch-lutherischen Kirche in Südwestafrika (Namibia) und jetzige Hamburger Pastor Kurt Kirschnereit hat großen Teilen der evangelischen Kirche in Deutschland vorgeworfen, am Unrecht in vielen Gegenden der Welt immer konsequenter vorbeizusehen und sich nur auf Südafrika zu konzentrieren. Als Beispiel hierfür nannte er die Situation in Berlin.

Die gewaltsame Trennung zwi*schen West-Berlinern und* Ost-Berlinern stelle „alles in den Schatten, was die Medien über Rassentrennung in Südafrika berichten". Kirschnereit erklärte, man habe ihm noch keine überzeugenden theologischen Gründe nennen können, „weshalb in Südafrika das als Sünde bekämpft werden soll, was bei uns als Realität anerkannt wird". Während in Südafrika Völkern mit völlig unterschiedlicher Sprache und Kultur eine getrennte Entwicklung verordnet werde, geschehe in Berlin die „Apartheid einer einzigen Stadt".

Der Hamburger Pastor kritisierte an dieser Haltung vor allem, daß dabei ein Fanatismus aufkomme, in dessen Rahmen jeder zum Rechtsextremisten gestempelt werde, der es wage, in der „emotional aufgeheizten Diskussion einige naheliegende Fragen zu stellen".

Hierbei nannte er die Frage nach den Ergebnissen des Engagements in der evangelischen Kirche für marxistische Widerstandsbewegungen in Angola, Mosambik und Zimbawe, die nun in den inzwischen „befreiten" Staaten die Macht ausübten. Überall dort hätten sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse drastisch verschlechtert. Darum aber, so Kirschnereit, kümmere man sich in der Kirche heute nicht mehr.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Marcos weist auf Erfolge und gibt sich siegesgewiß

Im Volk wächst der Unmut / Opposition ist zerstritten

CHRISTEL PILZ, Manila

Es sei klar, schrieb Präsident Marcos in einem Brief an das philippinische Parlament, daß sein Mandat von 1981 dem Volk zur Überprüfung vorgelegt werden müsse. Damit beugt Marcos sich dem wachsenden Druck gegen sein autoritäres Regime, das die Glaubwürdigkeit in breiten Kreisen seiner 54-Millionen-Nation verloren hat. Neuwahlen wären erst 1987 fällig. Als Tag zum Urnengang für das Amt des Präsidenten wie des Vizepräsidenten hat Marcos den 7. Feburar bestimmt. Der Druck zu Neuwahlen kommt von drei Fronten:

1. Von der politischen Opposition, die seit dem Mord an ihrem Führer, Benigno Aquino, im August 1983 zum Rücktritt von Marcos ruft. Jetzt aber, da Marcos Neuwahlen erklärt, protestiert sie, das sei verfrüht.
2. Von dem militanten Untergrund, der sich in allen 73 Provinzen dieser Inselnation organisierte und mit blutigen Angriffen einen Volkskrieg entfachen will.
3. Von der amerikanischen Regierung, die sich über die Stabilität dieses Landes sorgt, in dem Amerika die letzten beiden Militärbasen in Südostasien hat (den Luftwaffenstützpunkt Clark und den Flottenstützpunkt Subic).

Marcos hat sich entschieden, dem Druck nach Erneuerung seines Mandates nachzugeben, keineswegs jedoch sein Amt abzugeben. Er ist überzeugt, daß er siegen wird und entschlossen, diesen Sieg zu sichern. Er mokiert sich über die Opposition, die sich in Träumen wiege, habe sie doch in den letzten zwanzig Jahren keinen einzigen Wahlsieg errungen. Marcos läßt unerwähnt, daß er neun Jahre davon unter Kriegsrecht regierte, daß er in den Präsidentschaftswahlen von 1981 sich ohne Gegenkandidaten nur zur Bestätigung stellte, daß die Opposition in den Parlamentswahlen von 1984 höchstwahrscheinlich gewonnen hätte, wäre die Wahlauszählung nicht kräftig manipuliert worden.

Marcos hat die gesamte Staatsmaschine für seine Wahl in Bewegung gesetzt. Marcos blüht auf im Wahlkampffieber, er umgibt sich mit Statistiken seiner Propagandisten, wieviele Kilometer Straßen, Brücken, Schulen und Hospitäler sein Regime dem Volk schon beschert habe. Marcos berauscht sich am Lächeln der Menschen, die ihn nach asiatischer Sitte freundlich empfangen. Er sieht nicht, daß diese lächelnden Gesichter bittere Enttäuschung und Zorn verdecken. Selbst offizielle Statistiken geben zu, daß das Pro-Kopf-Einkommen von 830 US-Dollar im Jahr 1983 auf 650 gefallen ist, daß von acht Millionen Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 24 Jahren der größte Teil keine Arbeit hat. Die Wirtschaft ist im vorigen Jahr um 5,5 Prozent geschrumpft, in diesem Jahr dürfte das Minuswachstum vier Prozent betragen. Zwar stehen die Zeichen jetzt auf Erholung, aber die Grundsatzfrage bleibt: Wird die Unternehmerschaft dem Marcos-Regime erneut vertrauen? Die Banken schwimmen im Geld. Nur: Keiner will investieren.

So siegesgewiß sich Marcos gibt, so entschlossen ist er, jegliche Risiken von vorneherein auszuschalten und seinen Machtapparat in Stellung zu bringen. Dazu gehört die Mitte November verkündete Reorganisation der Streitkräfte. Marcos-Kritiker sehen darin einen Schachzug, die Reformbewegung der Jungtürken zu zerschlagen und Spitzenpositionen mit neuen Loyalisten zu besetzen. Wichtiger noch, Marcos hat sich per Kabinettsbeschluß über die Bestimmung der Verfassung hinweggesetzt, daß im Falle vorzeitiger Präsidentschaftswahlen der Präsident zurücktreten und die zeitweilige Amtsführung und die Durchführung der Wahlen dem Parlamentssprecher überlassen muß. In seinem Brief an das Parlament hat Marcos zwar seinen Rücktritt erklärt, doch erst für den Tag, da der neugewählte Präsident sein Amt übernimmt.

Freispruch mangels Beweisen: General Ver FOTO: AFP

Die Opposition nennt Wahlen unter solchen Umständen verfassungswidrig. Der oberste Gerichtshof soll entscheiden. Jedermann aber weiß, das diese höchste Instanz der philippinischen Justiz so entscheiden wird, wie es Marcos will. Wenn Marcos tatsächlich wählen will, wird der Gerichtshof gegen die Verfassungswidrigkeit stimmen. Mehr noch: Entsprechend dem zur dritten Lesung im Parlament vorliegenden Wahlgesetz dürfte die Kontrolle der Wahllokale der Wahlkomission – Comelec – unterstehen, einem ausschließlich von Marcos' Loyalisten besetzten Gremium. Das stellt die Opposition vor die Frage: Soll sie die Präsidentschafts-Wahlen boykottieren? Die Parteien selbst sowie Flügel der gemäßigten und radikalen außerparlamentarischen Opposition hoffen, die Massen zur Stimme gegen Marcos mobilisieren zu können.

Die Vereinigung der im Parlament sitzenden Oppositionsparteien „Unido" ist in zwei Flügel zerstritten, von denen der eine den Exsenator Salvador Laurel, der andere die Aquino-Witwe Cory als Kandidaten will. Die Unfähigkeit der Opposition, sich auf einen Gegenkandidaten zu einigen, bestärkt die Siegesgewißheit des Marcos-Lagers. Oder wird sich die Opposition geschlossen hinter Cory stellen? Die große Unbekannte bleibt der Untergrund. Wird er still halten? Angesichts solcher Unwägbarkeiten befürchten viele Bürger, daß die Wahlen blutig werden.

„Museweni will alles"

Kontakte zu Khadhafi / Nur ein Zerrbild von Uganda?

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der vielfach als Schlüsselfigur im ugandischen Drama genannte Guerillaführer Museweni unterhält Beziehungen zu Libyens Revolutionsführer Khadhafi. Das erfährt die WELT aus mehreren übereinstimmenden Quellen. Am 18. November bestieg Museweni kurz vor zehn Uhr in Nairobi die Maschine zum Flug AZ 850 nach Tripolis. Dort, so das Führungsmitglied der an der Regierung beteiligten „Uganda Freedom Movement", Denis Katongole, habe er mit Khadhafi über eine weitere Finanzierung seiner Guerrillatruppen verhandelt.

Katongole, der sich zur Zeit in der Bundesrepublik aufhält und in Bonn mit mehreren Politikern gesprochen hat, bezeichnet Museweni als „ehemaligen Kampfgefährten". „Wir kämpften alle gegen Obote. Aber Museweni will jetzt die Macht nicht teilen, er will sie allein." Ein Friedensvertrag läge vor, von allen akzeptiert außer Museweni. Er sieht die Entwaffnung aller Guerrillaverbände vor. Museweni fordere jedoch, daß seine Truppen die Waffen behalten dürften. Katongole: „Das ist nur ein Vorwand. Museweni will eine andere Gesellschaftsform, und zwar eine sozialistische." In den von ihm kontrollierten Gebieten habe er eine strikte Erfassung der Haushalte mit Hilfe von Blockwarten eingeführt, wie es auch in Nicaragua oder in manchen Ländern des Ostblocks üblich ist.

In der westlichen Presse werde Museweni oft als Befreier dargestellt, seine Guerrillaverbände als diszipliniert und kampftüchtig gepriesen. Die Erfolge Musewenis beruhten jedoch darauf, daß nach dem Sturz Obotes die Regierung keine Kampfhandlungen mehr führen wollte. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei und jetzige Innenminister Paul Ssemogerere habe als Bedingung für seine Beteiligung an der Regierung und an Verhandlungen den sofortigen Stopp aller Kampfhandlungen gefordert, und sei es nur von seiten der Regierungstruppen. Katongole hält die bisherige Armee im übrigen für „sehr schlecht". Infolge der passiven Haltung der Regierung konnten die Verbände Musewenis kampflos die Kasernen von Fort Portal, Mubende, Mbarara und Masaka einnehmen.

Katongole sieht eine Ursache der „verzerrten Berichterstattung über Museweni und Unganda" in der „einseitigen Haltung" der Zeitungen in Nairobi. Die größte Zeitung in der Hauptstadt Kenias, der „Standard", habe sich zu „einem Kampfblatt für Museweni" entwickelt. Der Verleger dieser Zeitung, der auch in anderen Wirtschaftsbereichen tätig ist, habe offensichtlich Zusagen erhalten, daß er im Falle der Machtübernahme die seit drei Jahren brachliegenden Kupferminen von Kilembe ausbeuten dürfe. Es handele sich um den Chef der Lonroh-Gruppe, die auch in Zimbabwe die Kupferminen ausbeutet.

Museweni findet offenbar auch Unterstützung bei sozialistischen Parteien im skandinavischen Raum. Seine Frau wohnt in Göteborg. Ihm wird nachgesagt, die Wiederbegründung einer ostafrikanischen Union unter der Führung Ugandas anzustreben. Das gefährde nach Meinung politischer Beobachter die Stabilität in der Region und lasse „militärische Auseinandersetzungen in Ostafrika" voraussehen, „sollte sich Museweni erst einmal etabliert haben".

Diese Zielsetzung steht im Gegensatz zu dem Wunsch der jetzigen Regierung, sich vor allem an der Europäischen Gemeinschaft zu orientieren und eine Blockfreiheit nach der Art Österreichs anzustreben. Wegen dieser politischen Gegensätze ist es nach Ansicht dieser Beobachter wahrscheinlich, daß „im Falle eines Erfolges Musewenis zwangsläufig neue Untergrundbewegungen entstehen".

Moskau vermittelt zwischen Kairo und Tripolis

PETER M. RANKE, Kairo

Moskau hat sich vermittelnd in den Streit zwischen Ägypten und Libyen eingeschaltet. Der aus Moskau zurückgekehrte Sowjetbotschafter hat der ägyptischen Regierung mitgeteilt, der libysche Revolutionsführer Khadhafi sei zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen bereit.

Das geht aus einem Bericht der kuweitischen Zeitung „El Rai" hervor, die im allgemeinen gut unterrichtet ist. Khadhafi war kürzlich in Moskau. Zwischen Kairo und Tripolis bestehen seit 1977 keine diplomatischen Beziehungen mehr.

Seit dem blutigen Flugzeug-Drama in Malta und dem folgenden ägyptischen Truppenaufmarsch an der libyschen Grenze sind die Beziehungen zwischen Ägypten und Libyen gespannt. Kairo bezeichnet die Libyer als Hintermänner der Flugzeug-Entführung vom 23. November und hat „Strafmaßnahmen" angedroht. Das scheint die sowjetische Vermittlung beschleunigt zu haben.

Moskau ist nicht daran gelegen, daß sein „Schützling" Khadhafi, mit einem großen sowjetischen Waffendepot in Libyen, gegenüber den Ägyptern nachgeben muß oder das Gesicht verliert. Libyen ist als sowjetisches Einflußgebiet an der Südflanke der NATO und in Nordafrika äußerst wichtig, wie auch die Lieferung moderner Luftabwehrraketen des Typs SA-5 mit 300 Kilometer Reichweite beweist.

Präsident Mubarak kann auch ohne freundschaftliche Beziehungen zu Khadhafi leben. Allerdings empfindet er die libyschen Terror-Aktionen und die politischen Einmischungsversuche in Ägypten als Provokation. Mubarak sucht aber seit langem ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion. In diesem Zusammenhang hofft er auf eine Einladung nach Moskau. Allerdings muß Präsident Mubarak jetzt wohl erkennen, daß er das nur über bessere Beziehungen mit Libyen erreicht, auf keinen Fall aber durch militärische Strafaktionen.

Das Haupthindernis für einen Ausgleich zwischen Kairo und Tripolis ist hingegen der stille, aber erbitterte Machtkampf um den Sudan. In Khartum ist die Entscheidung über eine stärkere Einflußnahme Ägyptens oder Libyens noch nicht gefallen. (SAD)

Im Pandschab schlagen die Sikhs wieder zu

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„Jetzt ist die Zeit gekommen, in der wir einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Terroristen führen müssen", kommentiert der Pressesekretär der Aklai-Dal-Partei im indischen Pandschab, Surjit Singh Sokhi, die neue Terrorwelle, die diesen Bundesstaat überflutet. Mehr als zehn Todesopfer werden nach zahlreichen Attentaten jener Sikh-Extremisten gezählt, die noch immer von einem Staat „Khalistan" auf indischem Territorium träumen.

Die seit Wochen andauernde Terrorwelle erreichte einen Höhepunkt, als Schüsse im Goldenen Tempel den Oberpriester dieses größten Sikh-Heiligtums verletzten und dessen Leibwächter töteten. Moderate Sikh-Führer, Priester und hohe Polizeioffiziere sind die Opfer der Extremisten, deren Zahl weltweit auf nur wenige Hundert geschätzt wird. Und trotz schärfster Sicherheitsvorkehrungen finden die Kugeln immer wieder ihr Ziel, zuletzt am Sonntag, als zwei Polizisten Opfer eines Terroranschlags wurden.

Die Aklai-Dal-Regierung in Pandschab unter Ministerpräsident Sing Barnala, die erst vor zwei Monaten in ihr Amt gewählt worden war, hat nach Meinung der Polizei die neue Situation in dem nordindischen Bundesstaat selbst mitverschuldet. Als einen „Akt des Ausgleichs" und eine versöhnende Geste hatte Barnala vor einigen Wochen die Gefängistore für Hunderte Verdächtiger Sikh-Extremisten geöffnet, die seit der „Operation Blue Star", dem Sturm auf den Goldenen Tempel, und die anschließende Säuberungsaktion der Armee in Pandschab hinter Gittern saßen. „Viele von den jetzt Entlassenen", kommentiert ein ranghoher Polizeioffizier, „waren aktive Terroristen. Jetzt schlagen sie wieder zu."

Viele nehmen auch Rache an der Polizei, unter deren Aufsicht sie länger als ein Jahr standen und die nicht gerade zimperlich mit ihren Extremisten-Häftlingen umgeht. Der Haß der Extremisten auf Regierung und Sicherheitskräfte, so befürchten viele in Neu-Delhi, werde jetzt entfesselt, wenn die Regierung Barnala nicht umgehend scharf durchgreift. Doch das hat sie bisher noch nicht getan.

Indiens Premier Rajiv Gandhi zeigt sich besorgt über die neue Entwicklung in Pandschab. „Ich bin nicht glücklich darüber", so erklärte er während seiner Japan-Reise, „daß die Landes-Regierung wahllos zahlreiche Terroristen freigelassen hat". Dies habe den Standpunkt der Regierung gegenüber dem Terrorismus aufgeweicht. Aber eingreifen will die indische Zentralregierung noch nicht.

In Budapest fragt man wieder nach Ungarns Volksgruppen in Rumänien

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Das Scheitern des Budapester „Kulturforums" der KSZE durch die Weigerung Rumäniens, einer vom Gastgeberland Ungarn vorgelegten, für West und Ost akzeptablen Schlußresolution zuzustimmen, hat das Problem der ungarischen Volksgruppe in Rumänien und die gespannten Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Nachbarn wieder vor Augen geführt.

In Rumänien leben etwa zwei Millionen Ungarn, größtenteils in einem geschlossenen Siedlungsgebiet Nordsiebenbürgens – hauptsächlich im sogenannten „Szekler Land". Das von Deutschen („Sachsen"), Ungarn und Rumänen besiedelte Siebenbürgen hat eine wechselvolle Geschichte. Bis 1918 gehörte es – seit dem „Ausgleich" von 1867 – zu Ungarn. Die Ungarn waren also das herrschende Volk, wobei Budapest eine Magyarisierung der nicht-ungarischen Bevölkerung betrieb. Durch den Friedensvertrag von Trianon 1920, der heute im kommunistischen Ungarn als „Diktat" bezeichnet wird, gingen nicht nur jene ungarischen Gebiete verloren, in denen fremde Völker unter ungarischer Herrschaft gelebt hatten (Slowakei, Kroatien). Den Ungarn wurden auch rein ungarische Siedlungsgebiete weggenommen.

Das führte wiederum im Rumpf-Ungarn zu heftigen nationalen Reaktionen und zum ungarischen Revisionismus unter der Parole: „Nein, nein, niemals". Es war es nur logisch, daß sich Ungarn der europäischen revisionistischen Großmacht annäherte – dem Dritten Reich, das die Änderung der durch Versailles geschaffenen Grenzen auf seine Fahnen geschrieben hatte. Das Ungarn des „Reichsverwesers", Admiral Nikolaus von Horthy, profitierte von der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 (Rückgewinnung der Karpato-Ukraine und der ungarisch besiedelten süd-slowakischen Gebiete). 1940 erhielt Ungarn durch den Wiener Schiedsspruch auch Nord-Siebenbürgen zurück. Ungarische Truppen zogen in der nordsiebenbürgischen Hauptstadt Klausenburg (Cluj) ein.

Mit dem Frontwechsel Rumäniens 1944 und dem Einmarsch der Roten Armee endete die ungarische Herrschaft in Siebenbürgen. Die Rumänen nahmen das Land wieder in Besitz. Dabei verübten sie derartige Racheakte an der magyarischen Bevölkerung, daß die sowjetischen Truppen eingreifen mußten, um Ruhe im Hinterland ihrer Front zu erzielen. Der Pariser Friedensvertrag reduzierte Ungarn wieder auf den Trianon-Status. Siebenbürgen wurde rumänisch, aber die rumänischen Kommunisten richteten zeitweise eine „ungarische autonome Region" in den ungarischsprachigen Gebieten ihres Landes ein.

Diese tolerante Phase der rumänischen Nationalitätenpolitik war nur von kurzer Dauer. Als es 1956 zum Aufstand in Budapest kam, gab es auch in Siebenbürgen bei den Ungarn Unruhe. Das führte zu einem scharfen Durchgreifen der rumänischen kommunistischen Polizei und in der Folge zur Schließung der ungarischen Universität in Klausenburg.

Unter Ceausescu verschärfte sich die Situation noch mehr. Der rumänische Parteichef erklärte die nicht-rumänischen Volksgruppen zu „mitwohnenden Nationalitäten". Durch den kommunistischen totalitären Staat ihrer sozialen Grundlagen – vom privaten Landbesitz bis zu den privaten Vereinen, Sparkassen, Genossenschaften – beraubt, gerieten die zahlenmäßig schwachen Deutschen ebenso wie die zahlenstarken Ungarn in eine immer schwierigere Situation. Das kommunistische Rumänien erschwerte Kontakte und Reisen nach und von Ungarn. Ungarische Fernseh- und Rundfunksendungen im rumänischen Rundfunk wurden eingestellt oder stark eingeschränkt, ungarische Schulen und Kindergärten geschlossen, der Import von ungarischen Büchern aus dem Mutterland weitgehend unterbunden. Zwei amerikanische Sprecher auf dem Budapester Kulturforum beschuldigten Rumänien, ungarische Intellektuelle, die sich für das Recht ihrer Landsleute einsetzen wollten – wie etwa den Dichter Geza Szöcs – zu verfolgen sowie unersetzliche Baudenkmäler, die an die ungarische beziehungsweise deutsche Vergangenheit Siebenbürgens erinnern, systematisch zerstört zu haben.

Für das Budapester kommunistische Regime ist die Siebenbürgen-Frage inzwischen zu einem innenpolitischen Problem erster Ordnung geworden. In der Bevölkerung wächst nach Jahrzehnten der Lethargie wieder das Nationalbewußtsein. Eine ungarische Regierung, die dieser Stimmung nicht Rechnung trägt, müßte sich eine höchst unerwünschte Diskussion darüber gefallen lassen, ob und wie sie die ungarischen Interessen vertritt.

Aus Oslo scharfe Töne gegen den Bundeskanzler

dpa, Oslo

Die Kritik Bundeskanzler Kohls und anderer christdemokratischer Politiker an der beabsichtigten feierlichen Übergabe des Friedensnobelpreises an den sowjetischen Arzt Jewgenij Tschasow ist in Norwegen zurückgewiesen worden. Der Direktor des Nobelinstituts, Jakob Sverdrup, betonte, Kohl sei der erste Regierungschef überhaupt, der sich gegen eine Preisvergabe ausspreche, seit 1935 Adolf Hitler die Verleihung an den deutschen Publizisten und Pazifisten Carl von Ossietzky verurteilte.

Der norwegische Außenminister Svenn Stray, der an der Zeremonie am 10. Dezember in Oslo nicht teilnehmen wird, wies darauf hin, daß nicht Tschasow persönlich ausgezeichnet worden sei, sondern die internationale Organisation „Ärzte gegen den Atomkrieg", deren Mitbegründer Tschasow ist. Stray erkannte das Recht eines Politikers auf eine eigene Meinung an, nannte es aber „etwas merkwürdig", ein Protestschreiben zu einem Zeitpunkt zu schicken, da das Nobelkomitee seine Entscheidung nicht mehr zurücknehmen könne und wolle.

„Interkommunion" eine Glaubensfrage

dpa, Rom

Die Frage nach der Zulassung von evangelischen Gläubigen zur katholischen Eucharistiefeier ist nach den Worten von Kardinal Johannes Willebrands in erster Linie ein Glaubens- und kein kirchenrechtliches Thema. Mit diesem Hinweis machte der Präsident des vatikanischen Sekretariats für die Einheit der Christen gestern vor Journalisten klar, daß von der im Vatikan tagenden Synode keine praktischen neuen Vorschläge zur Frage der „Interkommunion" erwartet werden können.

Der niederländische Kurienkardinal meinte, es sei bereits ein Beweis des Fortschritts der ökumenischen Bewegung, daß diese Forderung gestellt werde. Früher sei von lutherischer Seite die Form der katholischen Meßfeier als „Götzenanbetung" betrachtet worden. Diese Form sei allerdings aus dem Glauben erwachsen, der nicht so ohne weiteres geändert werden könne.

Über 100 Lufthansa-Flüge von Deutschland nach Nordamerika. Woche für Woche.

Das bietet Ihnen keine andere Fluggesellschaft: Woche für Woche fliegt Lufthansa zu 15 Zielen in USA und Kanada. Insgesamt über 100mal. Alle Flüge nonstop oder direkt. Die meisten davon ab Frankfurt, eine ganze Reihe aber auch ab Düsseldorf, Hamburg und München. Wenn Sie also demnächst den Atlantik überqueren wollen, nutzen Sie das umfangreichste Nordamerika-Angebot ab Deutschland: nach Anchorage, Atlanta, Boston, Calgary, Chicago, Dallas, Houston, Los Angeles, Miami, Montréal, New York, Philadelphia, San Francisco, Toronto, Vancouver. Bei so vielen Flügen ist bestimmt auch für Sie der richtige dabei.

Lufthansa

Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.

Seit 1972 sterben in der Bundesrepublik Deutschland mehr Menschen als geboren werden, und nichts deutet darauf hin, daß sich dieser Trend abschwächen oder gar umkehren könnte. Bald ein Fünftel der Ehen bleibt kinderlos, mehr als ein Viertel begnügt sich mit einem Kind. Nur jede sechste Familie zieht drei oder mehr Kinder auf – verglichen mit fünfen zu Ende des letzten Jahrhunderts und dreien noch 1910 liegt unser statistisches Mittel bei kaum 1,5 Kindern auf ein Ehepaar.

Elternfreuden: Wer ja zum Kind sagt, der sagt nein zu Lebensangst und Zukunftszweifeln.
FOTO: KLAUS BEHR

Wenn die Familie zur Restanschaffung wird

Von HORST STEIN

Die Halbierung der Geburtenzahl in den vergangenen zwanzig Jahren bewirkt eine Halbierung der Elternzahlen in den nächsten Jahrzehnten.

Die Prognosen der Bevölkerungswissenschaftler sind folglich düster: Schon in 15 Jahren wird die Bundesrepublik zwischen 3,2 und fünf Millionen weniger Deutsche zählen, bis zum Jahre 2030 sogar 13,7 bis 20 Millionen weniger.

So kraß und so folgenreich diese Prozesse indes ablaufen mögen – daß sie das Leben der jetzt Zwanzigjährigen und Jüngeren völlig umkrempeln werden, steht weithin außer Zweifel – so wenig eindeutig sind die Ursachen dieser Entwicklung auszumachen. Und jede Deutung hängt, wie man weiß, irgendwie auch von den Deutern ab. Im Prizip geht die Sache so:

Da sind die gleichsam „natürlichen" Faktoren wie Kriege, Seuchen, Hunger- und Naturkatastrophen, die erodierend auf jenes Gebilde einwirken, als das sich der Altersaufbau eines Volkes im Prinzip darstellen läßt: die Pyramide. An ihren Einschnürungen, Kerben und Überhängen läßt sich ablesen, wie es einem Volk durch die Jahrhunderte ergangen ist. So haben die Pestzüge des Mittelalters, die Invasionen des Schwarzen Todes, allen Völkern Europas schwere Wunden geschlagen. Ein Drittel der Menschen wurde ausgelöscht. Bei den Deutschen dann starb ein weiteres Drittel – die Population hatte sich gerade von der Pest erholt – in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges.

Für die machtentrückten Zeitgenossen des zwanzigsten Jahrhunderts, die jede geburtenfördernde Bevölkerungspolitik schon für den Anfang von nationalistischen Expansionsgelüsten halten, mag der Hinweis nicht überflüssig sein: Die Folgen der beiden Katastrophen, die Europas Landkarte entscheidend prägten, illustrieren deutlich, wie die Wechselbeziehung von Volkszahl und Geschichte beschaffen ist. Die drei Hauptvölker Europas nämlich, die Deutschen, die Franzosen und die Briten, würden heute zusammen nicht 190 Millionen zählen, sondern unvorstellbare 1,2 Milliarden Menschen. Südamerika und Afrika, um nur dies zu sagen, wären ethnisch sichtbar heller.

Die Alterspyramide der Deutschen nun, mit dem Beginn des industriellen Aufschwungs bis zum Ersten Weltkrieg durch Geburtenüberschüsse von zwölf und 15 Prozent geradezu modellhaft geworden, war von da an den heftigsten Veränderungen ausgesetzt. Schicksalskerben. Abzulesen sind noch heute die Opfer des Ersten und die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges, der Geburtenausfall aus der Zeit 1914/18 (als die Männer an der Front waren), der Geburtenausfall im Gefolge von Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit und schließlich die Ausfälle um das Ende des Zweiten Weltkrieges herum. Durch die Einführung des „Fronturlaubes" hatte die Führung des Dritten Reiches dafür gesorgt, daß auch die

WELT SERIE
Die lautlose Katastrophe

Kinder-Produktion während des Krieges – anders als 14/18 – auf Hochtouren blieb.

Und dann bekam die Kurve der Bevölkerungsentwicklung jenen vielzitierten Knick, der schon eher einem Absturz glich: Von 1965 (+6,2) über 1970 (+1,3) lief sie endgültig ins Minus: -2,2 (1975); -2,4 (1978); -1,6 (1981); -1,5 (1982). Ist das der berüchtigte Pillenknick? Die Bevölkerungswissenschaftler sagen: nein. Das handliche Verhütungsmittel schlägt, wie geschätzt wird, nur mit etwa 20 Prozent zu Buche, auch wenn sich der Ausdruck Pillenknick für den gesamten Geburtenrückgang eingebürgert hat, der aber „auf wesentlich mehr und anderen Gründen beruht" (Prof. Schmid).

Sie reichen von der Säkularisierung der Ehe, die, wie die Scheidungsstatistiken ausweisen, keineswegs mehr als ein „ewiger Bund" begriffen wird, bis zur Aufhebung des Sexualprivilegs eben dieser Ehe. Und man weiß, daß Zahl wie Zeitpunkt der Geburten heute nach individuellen Erfordernissen planbar sind. Schmid: „Die sorgfältige Abwägung der Lebenschancen, die nur mit einem gewissen Maß an Ungebundenheit wahrgenommen werden können, macht Familie und Kinder zur ‚Restanschaffung', mit dem Ergebnis, daß das ‚Ersatzniveau' nicht mehr erbracht wird ... Offenbar reagiert heute die Elterngeneration viel sensibler auf politische und wirtschaftliche Entwicklungen als früher und verspricht sich von einer kleinen – zu kleinen?! – Kinderzahl ein größeres Maß an Unabhängigkeit, Beweglichkeit und Wohlergehen – letztendlich auch für den geringeren Nachwuchs."

Wenn zur Erklärung des Geburtenrückgangs häufig „Zukunftsangst" und „Verantwortungsgefühl" angeführt werden, die es verböten, Kinder all diesen nuklearen, ökologischen oder sonstigen Risiken auszusetzen – so sind doch die Demographen einigermaßen unschlüssig, was sie von solchen Erklärungen halten sollen. Die Bedingungen des Urteils, nämlich die eigenen Wertvorstellungen, spielen da mit hinein. Die Mehrzahl sieht den Geburtenrückgang als eine demographische Begleiterscheinung zum alles ergreifenden Prozeß des sozialen, ökonomischen und kulturellen Wandels, der mit dem Fauchen der ersten Dampfmaschine in Gang kam und die Welt von Grund auf verwandelt hat. „Wenn die Geschichte des Geburtenrückganges etwas lehrt", folgert Schmid, „dann sicher, daß bei der Entscheidung für weniger Kinder immer der sichtbare Vorteil für Eltern den Ausschlag gab und nie die Lage der Nation oder sonstige Deutungen der allgemeinen Weltlage." Ein Beleg dafür sind für ihn die Fehlschläge staatlicher Maßnahmen zur Geburtenförderung, „die sich über den individuellen Willen und die privaten Haushaltsrechnungen der Bürger hinwegsetzen und es statt dessen mit weltgeschichtlichen Parolen schaffen wollen".

Tatsächlich machen ja alle Industriestaaten eine vergleichbare Entwicklung durch, und selbst die Unterscheidung in katholisch oder protestantisch dominierte Länder, die früher in diesem Zusammenhang plausibel war, hat sich allmählich als obsolet erwiesen, nun, da sogar das Land-Stadt-Gefälle merkbar abgenommen hat.

Wo freilich die spirituelle Bindung an Rom mit einer relativen Industrieferne einhergeht, wie im EG-integrierten Irland, da sind die alten Verhaltensmuster noch wirksam. Da werden noch, einsame Spitze, 21 Kinder auf je tausend Einwohner geboren. Frankreich, das traditionell eine aktive Bevölkerungspolitik treibt, liegt mit 15 Geburten auf Platz zwei; die „DDR" verdankt ihrem Subventionsprogramm immerhin 14 Geburten je tausend Bürger. Die Bundesrepublik liegt, wen würde das nach dem bisher Gesagten noch überraschen, mit zehn Kindern am Schluß.

Es muß, ergo, ein ganzes Bündel von Faktoren und Motiven für den Geburtenrückgang angenommen werden, wobei zwei Tendenzen, wie die „Zeit" einmal hervorhob, zusammengekommen sind: „eine demographische, nämlich ein Rückgang bei jenen Jahrgängen, die ins heiratsfähige Alter kamen, auf Grund der Geburtenausfälle im Gefolge des Zweiten Weltkrieges; und ein Wandel des generativen Verhaltens, weil die Frauen, die Mütter werden könnten, nur noch wenige, oft gar keine Kinder wollen".

Gehört den Senioren die Zukunft? Schon bald sind sie in der Mehrzahl
FOTO: NIKO DUMKOW

Morgen in der WELT:
Vom Exodus der Arbeitskräfte oder In den Werkhallen und Kontoren wird es leer.

Ermacora-Bericht belastet Kabul und Moskau

Wie die Sowjets in Afghanistan die Menschenrechte verletzen / Anerkennung des Widerstands durch die UNO?

WALTER H. RUEB, Bonn

Der vor kurzem vorgelegte UNO-Sonderbericht des österreichischen Völkerrechtlers und ÖVP-Parlamentsabgeordneten Professor Felix Ermacora über Menschenrechtsverletzungen der Sowjets in Afghanistan hat das Bonner Friedensforum veranlaßt, die Vereinten Nationen aufzufordern, aus den völkerrechtswidrigen Zuständen in dem besetzten Land Konsequenzen zu ziehen und die afghanische Widerstands-Bewegung anstelle des kommunistischen Karmal-Regimes als Vertretung Afghanistans in die UNO aufzunehmen.

Die jetzige Regierung in Kabul sei gegen die afghanische Verfassung, gegen den Willen des Volkes und gegen das Völkerrecht durch eine fremde Macht installiert worden, stellt das Friedensforum fest. Die Freiheitskämpfer beherrschten 80 Prozent des afghanischen Territoriums und der Widerstand, der seit Sommer 1985 über eine geeinte Spitze und gemeinsame Vertretung verfüge, sei somit die legitime Vertretung des afghanischen Volkes.

Die Forderungen des Friedensforums stützen sich ausschließlich auf Ermacoras Berichte. Darin heißt es unter anderem, das Regime in Kabul sei nicht legitimiert und werde bis heute nur durch ausländische Truppen an der Macht gehalten. Ferner bestätigten die Ermacora-Berichte, daß die Regierung Karmal lediglich Großstädte und Hauptverbindungsstraßen kontrolliere.

„Die in diesen Berichten aufgeführten erschütternden Menschenrechtsverletzungen machen Konsequenzen unumgänglich", heißt es in dem Schreiben des Bonner Friedensforums an die UNO. Im Resumee vertritt die Bonner Organisation die Ansicht, eine politische Lösung sei offensichtlich mit der gegenwärtigen Regierung in Kabul nicht möglich.

Chemische Waffen

Die folgenden Auszüge aus dem Ermacora-Bericht sind in ihrer deutschen Fassung vom UNO-Sonderbeauftragten autorisiert:

„So werden elektrische Schocks im allgemeinen bei Männern an die Geschlechtsteile und bei Frauen an die Brüste verabreicht; die Nägel von Fingern ausgerissen und letztere unter Elektroschocks gesetzt; Gefangene daran gehindert, ihre Notdurft zu verrichten ...; Holzteile in den After von Männern gesteckt ..., Bärte ausgerissen; Gefangenen wird die Kehle zugedrückt, um sie zum Öffnen des Mundes zu zwingen, in diesen urinieren dann die Wachen; Polizeihunde werden auf Häftlinge gehetzt; Häftlinge werden für eine unbestimmte Zeitspanne an den Füßen aufgehängt; Frauen werden vergewaltigt ... verschiedene Gegenstände in die Scheide eingeführt" (Ziffer 86 des Berichts).

„... Frauen in Gegenwart von Familienmitgliedern vergewaltigt" (Ziffer 105).

„Der Sonderberichterstatter fand Beweise für den Gebrauch von chemischen Waffen ..." (Ziffer 117).

„... daß gefangene Widerstandskämpfer systematisch getötet werden" (Ziffern 102 und 175).

„... Rekrutierungsalter für die Armee 15 Jahre. Es gibt Militärpflicht und die Zeit des Militärdienstes wurde ... auf vier Jahre erhöht" (Ziffer 93).

„bei einem Aufstand ... wurden unbewaffnete Schulmädchen durch die Miliz erschossen" und

„systematische Bombardierung etlicher Dörfer" (Ziffer 95).

„... wiederholte Bombardierungen ... planmäßige Regierungspolitik mit dem Ziel der leichteren Kontrolle der Opposition ..." (Ziffer 96).

„... Vergeltungsmaßnahmen, wahllose Bombardierungen, fehlende Achtung vor Krankenhausbezirken, Mißhandlungen von während der Kämpfe gemachten Gefangenen" (Ziffer 100).

„... Bombardierung mit dem Ziel und der Wirkung einer Zerstörung von teilweise mit einem roten Kreuz gekennzeichneten Krankenhauskomplexen ..." (Ziffer 119).

„... Massakern an Zivilpersonen während der Bombardierungen ..." (Ziffer 114).

„Die gegenwärtigen Feindseligkeiten ... (haben) ... mit dem Einmarsch ausländischer Truppen einen beispiellosen Umfang" (angenommen) (Ziffer 97).

„Die Kämpfe ... (haben) eine Anzahl von Handlungen, welche hier zusammengefaßt werden, mit sich gebracht: Absichtliche Tötung, Mord eingeschlossen; Folter und unmenschliche Behandlung, Verweigerung eines fairen Verfahrens; willkürliche Verhaftung und Vollzug von Strafen; Geiselnahme (Ziffer 99).

„Die systematische und ständige Bombardierung ... (hat) buchstäblich zu einer Lähmung des landwirtschaftlichen Sektors geführt" (Ziffer 122).

„Kindersterblichkeitsrate von nahezu 85 Prozent im Verlauf des Winters 1985" (Ziffer 128).

„Aufgrund des akuten Nahrungsmangels mehr als 500 000 Personen in Afghanistan vom Tode bedroht ..." (Ziffer 128).

Lösungsvorschläge

Zur Lösung des Konflikts empfiehlt das Rechtsgutachten Ermacoras:

– Respektierung der Verpflichtungen aus dem Internationalen Menschenrechtsabkommen, dem Afghanistan als Vertragsland angehört (Ziffer 187);
– Beendigung der ständigen Folterungen (Ziffer 187);
– Beachtung humanitärer Grundsätze (Ziffer 189);
– Freier Zugang für das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (Ziffer 191);
– die Anwesenheit fremder Truppen, einer der Hauptgründe für die gegenwärtige Menschenrechtslage, soll gemäß den UNO-Resolutionen beendet werden (Ziffer 195).

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ethisch nicht vertretbar

„Kind und Kommerz": WELT vom 27. November

Sehr geehrter Herr v. Loewenstern,

mit Interesse habe ich Ihren Kommentar über die Meinung der CDU, den Paragraphen 218 nicht zu ändern, und die Ablehnung von Leih- oder Ersatzmüttern durch die Benda-Kommission gelesen.

Ich meine aber, daß Sie hier eine Verbindung herstellen, die nicht gerechtfertigt ist. Man mag zum Paragraphen 218 und zum Prinzip der Abtreibung stehen wie man will, eine Verteidigung des Austragens von werdenden Menschen durch Leihmütter ist ethisch nicht vertretbar. „Ehrfurcht vor dem Leben 1985" zeigen wir nicht, wenn wir es zulassen, daß man künftig die Gebärmutter einer Frau per Telefon mieten kann.

Man denke sich nur den Fall einer Schauspielerin oder eines Fotomodells, die sich eine neunmonatige Schwangerschaft beruflich nicht leisten kann oder will. Ein Baby zur Pflege des Images fände sie aber nicht verkehrt. Für solch eine Frau wird es nun also ein Leichtes, sich eine Ersatzmutter zu mieten, die das Kind ihrer Partnerschaft austrägt. Ist dies kein „Kommerz"?

Interessant ist auch die bis heute nicht völlig geklärte Frage, ob die Schwangerschaft beim Embryo eine physische und psychische Beziehung zur austragenden Person herstellt. Die Mutter-Kind-Beziehung ergibt sich, wie ich meine, nicht nur durch genetische Verwandtschaft.

Auch juristisch bleiben etliche Fragen völlig unklar. Wer trägt denn die Verantwortung dafür, sollte dem Embryo während der Schwangerschaft etwas zustoßen? Dies kann durch einen Unfall der Leihmutter geschehen oder auch durch ungesunde Lebensweise während der Schwangerschaft. Was passiert mit dem dann vielleicht geistig oder körperlich behinderten Kind? Wer sorgt für sein späteres Leben? Was geschieht, wenn die genetische Mutter eine Annahme des Kindes plötzlich verweigert?

Sehr geehrter Herr v. Loewenstern, es bedarf in unserem Lande bestimmt einer noch drastischeren Kurskorrektur in der Familienpolitik. Dies darf aber nicht nach dem Prinzip gehen „Kinder, egal woher – Hauptsache wir haben sie". Jedes System von Leihmüttern ist ohne Abstriche abzulehnen.

Hochachtungsvoll
Christian Tietje,
Mitglied im Bezirksvorstand der Jungen Union, Stade

*

Sehr geehrter Herr v. Loewenstern,

ich möchte Ihnen, auch im Namen meiner Freundin Christa Meves und der Deutschen Liga für das Kind, für Ihre vorbildliche Haltung danken. Ein freier Journalist kann bei uns seine Meinung auch dann sagen, wenn sie der Meinung der von ihm favorisierten Parteimehrheit widerspricht. Er muß es sogar, wenn er mutig und moralisch ist.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Strech,
Wissen (Sieg)

*

Bevölkerungswissenschaftler haben ausgerechnet, daß bei andauernder gleichbleibender Geburtenrate die Westdeutschen bis zum Jahre 2030 auf rund 30 Millionen, zumeist alte Leute, zusammengeschrumpft sein werden, und das bei gleichzeitiger Explosion der übrigen Weltbevölkerung.

Man versucht die Wale, die Robben, die Pandas und anderes Getier, als Geschöpfe Gottes, vor dem Aussterben zu retten.

Doch wer rettet die Deutschen?

Hochachtungsvoll
Winfried Reinke,
Böblingen 4

Unterschiede

„Nur 7,7 Prozent Etat-Zuwachs in vier Jahren": WELT vom 26. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist eine erfreuliche Tatsache: die Leistung unseres Bundesfinanzministers und seine Standhaftigkeit können nicht genug hervorgehoben werden. Die Geldwertstabilität, die geringe Teuerungsrate geben dem Bürger, selbst wenn er am unteren Ende der Einkommensskala steht, ein Gefühl der Sicherheit.

Dennoch ist Vorsicht geboten: hört man bereits wieder die ÖTV-Truppen marschieren. Aus sicherem Hort kommt der moralische Flankenschutz des DBB. Zwar ist das Vorgefecht Lufthansa mehr oder weniger taktisch abgebrochen worden; nun jedoch fordert man sechs Prozent für 1986 bei einer prognostizierten Teuerungsrate von 1,5 Prozent. Ein Gespenst geht um in der Bundesrepublik: die „Gesellschaft der Unkündbaren"!

Da werden nun zunächst die sogenannten unteren Tarifgruppen ins Feld geführt. Die Munition ist der Schlager von der „Nähe der Sozialhilfesätze"!

Als ob es diese adäquaten Lohngruppen nicht auch in der freien Wirtschaft gäbe. Hier beginnt eben die berufliche Qualifikationsskala. Oder wollen wir den Einheitslohn?

Wo eigentlich liegen diese so oft zitierten Sozialsätze konkret mit Grundbetrag und den verschiedenen Zuschlägen?

Der Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft hat mit seinem Arbeitgeber ein Gehalt (Lohn) vertraglich vereinbart: das ist sein Bruttolohn, davon zahlt er Steuern und drei Sozialversicherungsbeiträge; vom Nettolohn muß er leben, allein oder mit Frau und gegebenenfalls einer Anzahl von Kindern, ein klar definierter Betrag. Vorsorgend kann er hiervon dann auch noch zusätzlich etwas für das Alter tun. Bei größeren Firmen (etwa staatlichen Einrichtungen vergleichbar) wird in unterschiedlichen Regionen mit gleicher Elle gemessen; es gibt weder Orts- noch sonstige Zuschläge.

Völlig undurchsichtig dagegen ist doch die Besoldung der Staatsdiener mit Grundgehaltssätzen, Ortszuschlagstarifklassen, Dienstaltersstufen, Besoldungszusatzordnungen, Ortszuschlägen und einem ganzen Katalog von sonstigen Zuschlägen. Hinzu kommen die staatliche Altersvollversorgung bei den Beamten und die aus Steuermitteln bezahlten Beiträge für die Zusatzversorgungsanstalt des nichtbeamteten öffentlichen Dienstes.

Hier liegt die Ausgangsbasis für das Argumentationswirrwarr der Funktionäre der Staatsdiener, gleichzeitig aber auch die Verärgerung breiter Teile der übrigen Arbeitnehmerschaft. Bei einem Vergleich der verschiedenen Altersversorgungen sind die Unterschiede bekanntlich noch viel gravierender.

Wo nun findet der Bundesfinanzminister bei seinen strengen Haushaltsansätzen im Falle der Personalkosten eine Unterstützung? Beim Beamtenminister, beim Arbeitsminister?

Mit freundlichen Grüßen
B. W. Schuwe,
Hamburg 1

Wort des Tages

„Im Bestreben, ein vollkommenes Werk zu gestalten, finden wir näher zu Gott."

Michelangelo Buonarroti, italienischer Maler, Bildhauer und Architekt (1475–1527)

Arbeitsteilung

„Notwendiger Flankenschutz": WELT vom 27. November

Sehr geehrte Herren,

ich habe mit Erstaunen den Kommentar zum Welttextilabkommen gelesen. Mein Erstaunen bezieht sich nicht auf einzelne Darstellungen oder Formulierungen, meine Verwunderung bezieht sich auf die gesamte Argumentation.

Ich vermisse in diesem Kommentar das notwendige Maß an marktwirtschaftlicher Denkweise, die ich sonst von Ihrer Zeitung gewohnt bin; marktwirtschaftliches Denken auch und gerade bezogen auf die Weltwirtschaft, d. h. internationale Arbeitsteilung und Nutzung der damit verbundenen komparativen Kostenvorteile, Entwicklungschance für Länder der Dritten Welt vor allem durch freien Welthandel.

Man kann den Eindruck haben, daß der Autor nur die Textil- und Bekleidungsbranche in der Bundesrepublik einschließlich ihrer Gewerkschaft kennt; und das wohl auch nur teilweise, wenn ich an die eigenen Exporte und die hohen Eigenimporte in diesem Bereich denke. Er scheint aber nicht die Exportorientiertheit der deutschen Wirtschaft insgesamt, die Notwendigkeit des freien Welthandels für unsere Wirtschaft, den zunehmenden Druck in der Welt auf uns angesichts unserer hohen Außenhandels- und Leistungsbilanzüberschüsse zu kennen.

Wir haben im Bundeswirtschaftsministerium immer wieder betont, daß freier Welthandel selbstverständlich keine Einbahnstraße sein kann. Und 25 Jahre von den normalen Gatt-Regeln abweichender Sonderschutz sind wohl sicher auch keine Vernachlässigung der Probleme der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie.

Mit freundlichen Grüßen
Volker Franzen,
Pressereferat, Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn

Personalien

EHRUNGEN

Die höchste Auszeichnung seines Verbandes, die Ehrenmedaille, hat Niedersachsens Landvolkpräsident **Friedrich Rode** im Beisein von Ministerpräsident **Ernst Albrecht** auf der Mitgliederversammlung des Landvolkverbandes in Hannover Landwirtschaftsminister **Gerhard Glup** (CDU) und dessen Amtsvorgänger **Klaus-Peter Bruns** (SPD) verliehen. Mit dieser Auszeichnung, die bisher erst viermal vergeben wurde, würdigt das Niedersächsische Landvolk herausragende Verdienste.

*

Der Rat der Stadt Düsseldorf hat den von ihm gestifteten Heinrich-Heine-Preis für das Jahr 1985 dem Schriftsteller **Günter Kunert** verliehen. Der Preis wird am Geburtstag Heines, am 13. Dezember, überreicht.

*

Professor **Kurt Aland**, emeritierter Lehrstuhlinhaber für Geschichte der Alten Kirche und Neutestamentliche Textforschung und langjähriger Direktor des Instituts für Neutestamentliche Textforschung der Universität Münster, erhielt anläßlich des 275jährigen Jubiläums der von Cansteinschen Bibelanstalt für seine „Verdienste um die Erforschung des neutestamentlichen Textes" in einer Festveranstaltung in Berlin die von Canstein-Medaille. Außerdem wurde ihm vom Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) die Luther-Medaille verliehen.

*

Der Dekan und ärztliche Direktor des Fachbereichs Humanmedizin der Universität Marburg, Professor Dr. **Hans-Jürgen Hering**, ist in Würdigung seiner außergewöhnlichen und langjährigen Verdienste um die Entwicklung der Kieferchirurgie in der Bundesrepublik zum Ehrenmitglied des Bundesverbandes deutscher Ärzte für Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie ernannt worden.

*

Mit der Verleihung der von **Franz Mikorey** gestalteten Pygmalion-Medaille wurde in München der Bildhauer **Heinrich Faltermeier** (76) geehrt. Die mit einer Ehrengabe von 1000 Mark ausgestattete Auszeichnung wird von der 1974 gegründeten „Deutschen Kunststiftung der Wirtschaft" in unregelmäßigen Zeitabständen verliehen. Faltermeier, der viele Jahre in Spanien lebte und wirkte, will weiterhin Plastiken „nicht für Museen, sondern für die Menschen" schaffen. Eines seiner Hauptwerke, eine überlebensgroße Perikles-Statue in Marmor, steht vor der Universität in Athen.

*

Von der Wirtschaftsvereinigung Bergbau wurde der Helmuth Burckhardt-Preis an Bergassessor Dipl.-Ing. **Michael Preisler** verliehen, der im Juli 1985 in Bonn die Große Staatsprüfung für den Höheren Staatsdienst im Bergfach ablegte. Der Preis wird von der Wirtschaftsvereinigung Bergbau jedes Jahr für hervorragende Examensleistungen im Rahmen der Diplom-Hauptprüfung der Fachrichtung Bergbau oder der Großen Staatsprüfung für den höheren Staatsdienst im Bergfach verliehen. Der Preis ist mit einer Studienreise verbunden.

*

Der Felix-Wankel-Tierschutz-Forschungspreis ist in diesem Jahr an die Wissenschaftler **Bruno Graf** (München), **Bernd Zimmermann** (Berlin) und **Ronald Kilgour** (Neuseeland) vergeben worden. Die mit je 3000 Mark dotierte Auszeichnung wird für wissenschaftliche Arbeiten verliehen, die dazu beitragen, Versuche mit dem lebenden Tier zu vermeiden oder zu verringern. Der Preis wurde von dem Erfinder **Felix Wankel** gestiftet und 1973 erstmals verliehen.

*

Die Preise im Bundeswettbewerb Gesang des Verbandes Deutscher Musikerzieher und konzertierender Künstler sind in Berlin in den Fächern Musical, Chanson und Song vergeben worden. Die Preisträger der Kategorie A – Anfänger und bis zu zwei Jahren Ausbildung –, mit einer Förderprämie von 4000 Mark, sind die 19jährige **Anke Sieloff** aus Stuttgart und der 21jährige **Wilhelm Wiedl** aus München. Je 3000 Mark Förderprämie gewannen **Annette Heusig** (21) aus Berlin und **Martin Diekow** (20) aus Hamburg. Die 21jährige **Andrea Weiss** aus Berlin bekam die mit 3000 Mark dotierte Förderprämie der Franz-Grothe-Stiftung. In der Kategorie B für Fortschrittene und Teilnehmer mit einer abgeschlossenen Ausbildung wurde der erste Preis nicht vergeben. Der zweite Preis, dotiert mit 3000 Mark, ging an **Ann-Katrin Naidu** (23) aus Stuttgart. Im Fach Chanson/Song fielen sowohl der erste Preis in Höhe von 5000 Mark als auch der Preis für den besten Vortrag eines Günter-Neumann-Chansons in Höhe von 3000 Mark an den 26jährigen **Michael Drux** aus Köln. Den zweiten Preis in Höhe von je 3000 Mark gewannen **Susanne Weinhöppel** (27) aus München, **Claudia Knipp** (24) aus Köln und **Tankred Schleinschock** (27) aus Castrop-Rauxel. **Birgit Bücker** (29) aus Oberhausen bekam den Bühnen-Song-Preis der Günter-Neumann-Stiftung (3000 Mark).

*

Professor Dr. med. Dr. h. c. **Cuno Winkler**, Direktor des Instituts für klinische und experimentelle Nuklearmedizin der Universität Bonn, wurde anläßlich eines internationalen Kongresses in London die „Von-Hevesy-Medaille" als höchst renommierte Auszeichnung seines Fachgebietes zuerkannt.

EINLADUNG

Eine seltene Aufmerksamkeit wird dem ehemaligen sozialdemokratischen Bremer Regierungschef **Hans Koschnick** zuteil: Niedersachsens Ministerpräsident **Ernst Albrecht** hat ihn für den 3. Dezember zu einem Abschiedsessen in sein Privathaus in Beinhorn bei Hannover eingeladen. Mit dabei werden auch die Mitglieder der niedersächsischen Landesregierung sein. Als Grund für diese Geste gab Albrecht an, er habe sich im Kreis der Regierungschefs mit Koschnick besonders gut verstanden.

ERNENNUNG

Renate Wilkes-Valkyser ist von dem neuen Vorsitzenden der rheinischen CDU, **Dieter Pützhofen**, zur Pressereferentin ernannt worden. Frau Wilkes war Redakteurin der „Rheinischen Post" in Krefeld und gab zuletzt eine Illustrierte für den Niederrhein heraus. Gleichzeitig gab Pützhofen bekannt, daß erstmals in der 40jährigen Geschichte der CDU Rheinland ein Büro der Partei in der Landeshauptstadt Düsseldorf eröffnet wird.

Wie man ungebetene Gäste aus ihren Schlupflöchern vertreibt

Gezielte Blockade der Virusvermehrung ermöglicht eine Therapie von Herpes-Infektionen

Von JOCHEN AUMILLER

Vor den Herpes-Viren bleibt kaum ein Zeitgenosse verschont. Das bedeutet freilich nicht, daß jeder Infizierte eine schwere Infektionskrankheit zu erwarten hat. Der erste Kontakt mit den beiden wichtigsten Vertretern aus der Familie der Herpes-Viren, Herpes simplex Typ I und Herpes simplex Typ II, verlaufen unmerklich, ohne besondere Beschwerden hervorzurufen.

Vor allem das Herpes-simplex-Virus vom Typ I vermag aber das Immunsystem auszutricksen: Die Viren verkriechen sich in Nervenknoten (Ganglien) und ruhen. Sie vermehren sich dort nicht und geben daher auch der Körperabwehr keinen Anlaß, sich zu wehren. Verschiedene Auslösemechanismen sind jedoch in der Lage, die Viren zu reaktivieren. Dann kommt es zu den vielfältigen Ausprägungsformen der Herpesinfektion.

Am bekanntesten sind die typischen wässrigen und juckenden Lippenbläschen, die sowohl durch psychischen Streß als auch durch Einwirkung von ultraviolettem Licht, aber auch noch durch andere Faktoren ausgelöst werden. Lediglich wenn das Immunsystem geschwächt ist, sei es durch eine chronische Erkrankung oder durch eine abwehrhemmende Pharmakotherapie, resultiert eine generalisierte Herpes-Virus-Infektion, die zahlreiche Organsysteme schädigen kann.

Nicht jeder Infizierte leidet an Beschwerden

Gefürchtet ist die Infektion mit dem Herpes simplex Virus vom Typ II. Sie zählt zu den durch Sexualverkehr übertragenen Erkrankungen und bleibt meistens auch auf die Genitalregion beschränkt. Der Herpes genitalis gilt heute als die häufigste Geschlechtskrankheit. Nach einer Inkubationszeit von zwei bis sieben Tagen kommt es zu Fieber und Lymphknotenschwellungen, gelegentlich auch zu Beschwerden beim Wasserlassen.

Wie der Hamburger Gynäkologe Dr. H.-H. Bräutigam im Rahmen einer Fortbildungstagung der Medica 85 in Düsseldorf betonte, erleidet nur jeder Vierte der mit Herpes genitalis Infizierten Beschwerden. Und wer selbst nichts merkt, kann bekanntlich andere nicht warnen. Deshalb sind die symptomlos Infizierten die größte Streuquelle für den Herpes genitalis. Besonders gefährlich wird es, wenn die Herpes-genitalis-Infektion in einer Schwangerschaft auftritt. Denn die Neugeborenen können beim Durchtritt durch den Geburtskanal infiziert werden. Sie sind meistens diesem Virus hilflos ausgeliefert und erkranken an einer schweren, oftmals tödlichen Infektion.

Gynäkologen empfehlen deshalb immer noch eine Schnittentbindung, wenn bei der Mutter ein Herpes genitalis diagnostiziert wurde. Obwohl heute die Herpes-Infektion therapeutisch sehr erfolgreich angegangen werden kann, ist dieser sogenannte Herpes neonatorum immer noch ein großes Problem, denn man scheut sich, das wirksamste Herpes-Medikament, das Aciclovir, in der Schwangerschaft einzusetzen: Eine Schädigung des Ungeborenen durch das Medikament kann heute noch nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Alle anderen Herpes-Infektionen lassen sich dagegen mit Aciclovir erfolgreich therapieren. Für Prof. Dr. Hagen Tronnier (Dortmund) zählt Aciclovir neben den neuen Pilzbekämpfungsmitteln, der Lichttherapie und den Retinoiden zu den größten Therapiefortschritten der Dermatologie in den letzten Jahrzehnten. Neben seiner zuverlässigen Wirkung ist vor allem die Tatsache bemerkenswert, daß bisher keine Nebenwirkungen bekannt geworden sind.

Das liegt vor allem am Wirkungsmechanismus dieser Substanz. Sie wirkt nämlich ausschließlich auf Viren der Herpes-Familie und greift andere Organismen wie auch die Körperzellen nicht an. Die Herpes-Viren verwandeln Aciclovir in Aciclovir-Triphosphat, das die Virusvermehrung blockiert. Erst im Herpes-Virus wird Aciclovir also zum scharfen Geschoß.

In den letzten Jahren war viel von einer möglichen Resistenzentwicklung gegen Aciclovir die Rede. Man glaubte, daß die Viren ebenso gegen diese Substanz immun werden können wie beispielsweise Gonokokken gegen Penicillin. Das ist aber, wie der Münchner Virologe Prof. Dr. Gert Frösner belegte, nicht der Fall.

Es kann zwar zur Wirkungsabschwächung kommen, nicht jedoch zu einer Resistenz im klassischen Sinn. Im Reagenzglas hat man zwar Herpes-Viren gefunden, denen Aciclovir wenig ausmacht, sie spielen aber im klinischen Alltag keine Rolle. Der Grund: Sie sind klinisch bei weitem nicht so gefährlich wie jene Herpes-Stämme, die auf Aciclovir ansprechen. Ein Problem kann lediglich dadurch entstehen, daß es Schwierigkeiten bereitet, Aciclovir so hoch wie nötig zu dosieren. Natürliche Schranken werden hier durch die Aufnahmebereitschaft der Darmwand gesetzt.

Die Wirksamkeit wird noch weiter verbessert

Die Darmzellen nehmen nur eine begrenzte Menge von Wirkstoff aus den Aciclovir-Tabletten auf. Dieses Hindernis soll durch einen galenischen Trick künftig umgangen werden. Die „neue Generation" von Aciclovir kommt allerdings erst in den nächsten Jahren in den Handel.

Besonders schlimm, weil mit Folgeschäden belastet, ist die Herpes-Infektion des Auges. Befallen wird vor allem die Cornea, die „Hornschicht" des Augapfels. Sehstörungen können die Folge sein. Für dieses Krankheitsbild hat sich die Interferon-Therapie bewährt. Vor allem das Alpha-Interferon hat sich in klinischen Studien als besonders wirksam erwiesen.

Zweifellos die schmerzhafteste Herpes-Erkrankung ist die Gürtelrose, der Herpes zoster. Das Zoster-Virus ist mit dem Erreger der Windpokken identisch und gehört mit ihm zur Herpes-Familie. Diese Viren nisten sich in die Nervenwurzeln ein und können immer wieder reaktiviert werden.

Dabei wandert das Virus entlang den Nervenfasern bis zur Haut, wo es die schmerzhaften Rötungen und gruppenförmig angeordneten Knötchen hervorruft. Auch für den Herpes zoster ist Aciclovir ein wertvolles Therapeutikum, das umso besser wirkt, je frühzeitiger es eingesetzt wird.

NOTIZEN

„Sieben gegen sieben"

Stuttgart (L.L.) – Ein Aktionsprogramm gegen Zivilisationskrankheiten hat die Delegiertenversammlung der baden-württembergischen Landesärztekammer beschlossen. Das Programm unter dem Motto „Sieben gegen sieben" ruft alle Bürger des Bundeslandes zur aktiven Mitarbeit auf. Sieben Aktionsschwerpunkte richten sich gegen die nach dem Zweiten Weltkrieg angestiegenen Wohlstandskrankheiten wie Herzinfarkt, Schlaganfall, Bluthochdruck, Beindurchblutungsstörungen, Stoffwechselkrankheiten sowie Gelenk- und Leber-Leiden.

Kino zum Anfassen

Mülhausen (AFP) – Einen holographischen Film entwickelten Wissenschaftler unter Leitung von Prof. Paul Smigielski in den Laboratorien des deutsch-französischen Forschungsinstituts (ISL) von Saint Louis im Elsaß. Anders als beim „3-D-Verfahren" entsteht für den Betrachter bis in eine Tiefe von viereinhalb Metern eine plastische Szene. Einsatzbereiche sind z.B. Materialforschung, Verkehrswesen und Medizin.

Kompakte Information

Bonn (D.T.) – Einen Kommunikationshelfer im Westentaschenformat stellt das neu herausgegebene „Pressetaschenbuch Datentechnik" dar. Nicht nur Journalisten und Medienleute, sondern auch Firmen, Verbände und Behörden profitieren von diesem Nachschlagewerk. Man erfährt Details über die Fülle der Fachzeitschriften und Infodienste dieses Themenkreises mit Anschriften von Verlagen, Redakteuren und Pressestellen zahlreicher Unternehmen im Hard- und Softwarebereich. (Presse-Taschenbuch Datentechnik; Kroll Verlag, 8031 Seefeld; 300 Seiten; 32 Mark)

Ein Beispiel aus der Forschungspalette des Kernforschungszentrums. Es handelt sich hier um ein sogenanntes Kompaktzyklotron, einer Art Isotopenfabrik, mit der kurzlebige, für die medizinische Diagnostik wichtige Radioisotope wie Jod 123 oder Thallium 201 hergestellt werden können. Daneben dient die Anlage auch zur Durchführung von Verschleiß- und Korrosionsversuchen an Maschinenteilen. FOTO KFK

Einstieg in die Technik der Zukunft

Das Kernforschungszentrum Karlsruhe stellt sein neues Schwerpunktprogramm vor

Von URSULA DEGEN

Die Schwerpunkte im Forschungsprogramm des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) werden sich in den nächsten Jahren deutlich verschieben. Bis Anfang der 90er Jahre wird die klassische Kernenergietechnik auf 30 Prozent des Programmbudgets geschrumpft sein. Der Löwenanteil geht dann an Festkörper- und Materialforschung, an Umweltthemen, aber auch an Entwicklungen in Mikro- und Robotertechnik sowie an die Kernfusion.

Dies betonte jetzt der Vorstandsvorsitzende der KFK, Professor Horst Böhm, in seinem Jahresrückblick. Dies sei keineswegs ein Umschwenken auf Modetrends, sondern eine schlüssige Konsequenz der bisherigen Aktivitäten im Bereich der klassischen Kerntechnik.

Die verbleibende Kernenergietechnik beschränkt sich auf Arbeiten zur nuklearen Entsorgung und zum Schnellen Brüter. Der Budgetanteil für das Projekt Nukleare Entsorgung bleibt für die betrachteten nächsten vier Jahre ungefähr konstant, allerdings werden sich die Inhalte verändern. Bisher habe man sich mit der Entsorgung radioaktiver Abfälle aus Leichtwasserreaktoren befaßt. Diese Arbeiten seien in die Konzeption der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) eingeflossen und hätten maßgeblich zur ersten Teilerrichtungsgenehmigung der in Wackersdorf geplanten WAA beigetragen.

Das Projekt Nukleare Sicherheit, das im Moment noch etwa zehn Prozent des Budgets ausmacht, wird 1986 eingestellt. Die Arbeiten zum Trenndüsenverfahren, einer im KfK entwickelten Methode zur Urananreicherung, dürften 1988 abgeschlossen sein. Die Grundlagenforschung zu diesem Thema mit einem Anteil von etwa 4.5 Prozent bleibt von der Umschichtung unberührt.

Die neuen Schwerpunkte können nicht losgelöst von den bisherigen Forschungen gesehen werden. Die Arbeiten zum Projekt Sicherheit Kerntechnischer Anlagen beinhalteten auch Messungen der Schadstoffemissionen und ihrer Ausbreitung. Darauf aufbauend befaßt sich nun der neue Arbeitsschwerpunkt Technik–Mensch–Umwelt mit klimatologischen Untersuchungen und mit der Verbreitung von Schadstoffen in Luft, Wasser und Boden.

Ein kommunalpolitisch wichtiges Umweltproblem ist die Entsorgung von Haus- und Gewerbemüll. Das KfK baut daher eine Modell-Müllverbrennungsanlage, um geschlossene Schadstoffkreisläufe zu testen. Ziel dabei ist es, eine Recyclingmethode für Schwermetalle zu finden und die beim Verbrennungsvorgang entstehenden organischen Substanzen zu reduzieren. So soll etwa das sich bildende Dioxin durch erneutes Einspeisen der Gase in die Brennkammer vernichtet werden.

Noch ziemlich am Anfang ihrer Entwicklung stehen die Mikro- und die Handhabungstechnik. Diese beiden Sparten sollen bis zum Ende des Planungszeitraums zusammen etwa 15 Prozent des Programmbudgets ausmachen. Unter Handhabungstechnik ist die Weiterentwicklung von ferngesteuerten Manipulatoren zu verstehen, die das Arbeiten bei extrem hohen Temperaturen oder in giftigen Athmosphären erst ermöglichen. Hierfür wird eine elektronische Steuerung entwickelt.

Im selben Projekt wird ein elektrischer Master-Slave-Manipulator entwickelt, der sich durch hohe Arbeitsgeschwindigkeit und Geschicklichkeit auszeichnet. Die Bewegungen sind koordinierbar und durch eine Kraft-Verstärkung hat der Operateur das Gefühl, direkt eingreifen zu können. In der Mikrotechnik liegt der Akzent auf der Massenherstellung komplizierter Mikrobauteile. Man hofft mit einer Technik, die für das Trenndüsenverfahren entwickelt wurde, bisher mechanisch nicht herstellbare Mikroteile bauen zu können.

Der positiven Bilanz im Forschungsbereich steht eine positive Entwicklung im Technologietransfer zur Seite. Es ist vor allem die mittelständische Wirtschaft, die von den Ergebnissen der Großforschungsprojekte profitiert. Diese industrielle Nutzbarmachung von Entwicklungsergebnissen betrifft meist neuartige Verfahren und Projekte der Umwelt- und Meßtechnik.

Eine kreative Bank hat eine Antwort, bevor Sie eine Frage stellen.

Die wichtigste Begleiterscheinung der Kreativität ist die schnelle Eigeninitiative.

Am Beispiel Baufinanzierung betrachtet, sorgt diese Eigeninitiative dafür, daß wir nicht erst auf Anfrage an Ihren Vorteil denken. Sondern unaufgefordert die Möglichkeiten für öffentliche Zuschüsse und andere besondere Vorteile abklopfen.

Daß wir unseren gesammelten HYPO-Erfahrungsschatz nicht erst auf speziellen Wunsch, sondern auf jeden Fall in eine Finanzierung mit einbringen.

Und auch die schnelle unkomplizierte Abwicklung geschieht keineswegs erst auf Anfrage. Sondern ohne weiteres, wenn Situation und Gelegenheit es verlangen.

Gute Ideen sind immer gefragt. Deshalb halten wir nicht hinter dem Berg mit ihnen.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Karl Diehl
HYPO-BANK

هكذا من الاصل

NACHRICHTEN

Dritter Sieg über China

Kirrweiler (sid) – Die Generalprobe für die am 10. Dezember in Niedersachsen beginnende B-Weltmeisterschaft ist den deutschen Handballerinnen geglückt. Im dritten Länderspiel gegen China kam die Mannschaft beim 27:18 (13:11) in Kirrweiler zum dritten Erfolg.

Englischer Erfolg

Brüssel (sid) – Mit einem englischen Doppelsieg durch Peter Charles und John Whitaker endete in Brüssel das Weltcup-Springen. Platz drei ging an den Schweizer Thomas Fuchs.

Bayreuth beurlaubt Vozar

Düsseldorf (sid) – Nach dem 22. Spieltag der Eishockey-Bundesliga droht dem Bayreuther Trainer Tibor Vozar die Entlassung. Unmittelbar nach der 4:6-Niederlage gegen den ECD Iserlohn wurde die vorläufige Beurlaubung des gebürtigen Ungarn bekannt. Bayreuth war mit seinem Team zum achten Mal in Folge ohne Sieg geblieben.

Kohde und Becker

Düsseldorf (sid) – Die Saarbrückerin Claudia Kohde und Wimbledon-Sieger Boris Becker aus Leimen wurden von den Lesern der „Deutschen Tennis-Zeitung" zu Tennisspielern des Jahres 1985 gewählt. Claudia Kohde erhielt 43,45, Becker sogar 47,82 Prozent der 20 948 Stimmen.

Acht Wochen Pause?

Beveren (sid) – Der deutsche Fußballmeister FC Bayern München wird aller Voraussicht nach acht Wochen lang auf seinen belgischen Nationaltorhüter Jean Marie Pfaff (32) verzichten müssen. Pfaff wird sich einer Bauchmuskel-Operation unterziehen und dann pausieren.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 22. Spieltag: Mannheim – Rosenheim 3:3, Köln – Landshut 2:1, Schwenningen – Kaufbeuren 9:4, Bayreuth – Iserlohn 4:6, Rießersee – Düsseldorf 4:8. – Tabellenspitze: 1. Köln 34:10, 2. Rosenheim 31:13, 3. Düsseldorf 28:16.

REITEN

CHI in Brüssel, Weltcup-Springen: 1. Charles auf April Sun 0 Fehler/28,1 Sek., 2. Whitaker (beide England) auf Milton 0/30,1, 3. Fuchs (Schweiz) auf El Lute 4/28,6, 4. Durand (Frankreich) auf Jappeloup 4/29,3 alle im zweiten Stechen, ... 10. Kenn auf Feuergeist und zu Bexten (beide Deutschland) je 8 im ersten Stechen. – Stand im Weltcup nach drei Springen: 1. Skelton (England) 40 Punkte, 2. Charles und Fuchs je 35, ... 8. Reinacher und Schockemöhle (beide Deutschland) je 20.

FECHTEN

2. **Weltcup-Turnier** der Degenfechter in Budapest, Finale: Souwalow (UdSSR) – Srecki (Frankreich) 10:7, um Platz drei: Lenglet (Frankreich) – Kolczonay (Ungarn) 10:5, 5: Pusch, ... 10. Bellmann (beide Deutschland). – **Weltcup-Turnier**, Florett-Juniorinnen in Bochum: 1. Fichtel, 2. Funkenhauser, 3. Bau (alle Deutschland). – Stand im Weltcup: 1. Fichtel 62, 2. Funkenhauser 47, 3. Bortolozzi (Italien) 40, 4. Bau 32.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Leverkusen – München 3:1. – **Damen**: Ettlingen – Feuerbach 0:3.

TENNIS

Australische Meisterschaften in Melbourne, Herren, Achtelfinale: McEnroe (USA) – Leconte (Frankreich) 5:7, 7:6, 3:6, 7:6, 6:1, Zivojenovic (Jugoslawien) – Mayotte (USA) 2:6, 6:4, 6:4, 6:4, Damendoppel, Achtelfinale: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) – Holladay/Ludloff (USA) 6:7, 6:2, 6:3.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 0, 0, 1, 1, 1, 0, 1, 0, 1. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 24, 29, 30, 34, 36, 44, Zusatzspiel: 23. (Ohne Gewähr).

IM BLICKPUNKT / Endlich wieder Erfolge im Rennrodeln – Monika Holzner und der mühselige Aufbau im Eisschnellauf

„Ich war eben endlich auch mal an der Reihe"

Johannes Schettel, ein 26jähriger Metzger aus dem Sauerland, gewann am Wochenende überraschend den internationalen Saisonauftakt der Rennrodler in Königssee. Sepp Fendt, der Sportdirektor des hiesigen Verbandes, zur WELT: „Es geht in der Tat aufwärts, und Schettel ist das Aushängeschild." Mit ihm sprach die WELT.

KLAUS BLUME, **Bonn**

WELT: Seit acht Jahren fahren die Rennrodler aus der Bundesrepublik Deutschland hinterher. Am Sonntag aber gewannen Sie in Königssee den Auftakt der internationalen Dreibahnen-Tournee. Wie ist denn das zu erklären?

Schettel: Ich war eben auch mal an der Reihe. Immer Vierter oder Sechster, als beste internationale Placierung einmal der dritte Platz beim Henniger-Cup vor zwei Jahren – das konnte ja auch nicht so weitergehen.

WELT: Sicher, aber woran lag es denn nun? Am Material, an der Vorbereitung oder an der endlich stabiler gewordenen Psyche?

Schettel: Wir fahren die Schlitten vom letzten Winter, aber mit neuen Schienen versehen. Das Material ist optimal.

WELT: Und die Vorbereitungen im Sommer waren es auch?

Schettel: Ich arbeite als Metzger im elterlichen Betrieb in Bigge-Olsberg, das liegt zwischen Winterberg und Brilon. Mein Vater ist großzügig, wenn es darum geht, Zeit für das Rodeltraining zu bekommen. Deshalb habe ich vom Umfang und von der Härte in etwa so trainiert, wie im Sommer 1983 vor den Olympischen Winterspielen in Sarajewo, zum Beispiel auch mit sehr vielen Startübungen in der Eissporthalle Winterberg.

WELT: Sie galten einst als Trainings-Weltmeister, der seine Zeiten im Wettkampf nicht in entsprechende Erfolge umsetzen konnte ...

Schettel: Das hing mit vielen Faktoren zusammen, auch mit dem Gedanken: Es kann durchaus mal etwas passieren, bei den Kurvenein- und -ausfahrten. Aber solche Gedanken legen sich mit der Zeit. Rennrodeln ist eben doch eine Frage der Erfahrung. Und das kommt von ganz allein, das kann man nicht steuern.

WELT: Sie fahren mit einer Geschwindigkeit von 120 bis 130 Kilometern in der Stunde den Berg hinunter, wenn sie mal stürzen sollten, ist ihr Körper die Knautschzone. Haben Sie davor wirklich keine Angst mehr?

Schettel: Früher hatte ich zweifellos Angst, aber heutzutage sage ich mir: Man darf eben gar nicht darüber nachdenken, was passieren könnte.

WELT: Aber denken Sie manchmal darüber nach, wie Ihnen zumute sein könnte, wenn Sie am Wochenende zum Finale der Dreibahnen-Tournee nach Oberhof in die „DDR" reisen – als eventuell noch Führender?

Schettel: Auf alle Fälle wird mir dann nicht vor mir selber unheimlich sein. Das weiß ich ganz genau. Ich weiß aber auch, daß die Jagd der DDR-Fahrer und der sowjetischen Rodler auf mich schon Mitte der Woche in Igls beginnen wird. Denn ich kann mir gut vorstellen, daß gerade die Jungens aus der DDR nach ihrer Niederlage in Königssee erheblichen Druck bekommen haben.

WELT: Schließlich können die sich kaum damit herausreden, daß in Königssee nur der Heimvorteil für Sie gezählt habe ...

Schettel: Eben, denn erstens gibt es so etwas im Rennrodeln so gut wie nicht mehr, weil jeder gute Rennrodler die entsprechenden Bahnen kennt, und zweitens haben die DDR-Fahrer zuvor auch noch eine Woche lang in Königssee trainiert.

WELT: Die deutsche Nationalmannschaft der Rennrodler bestand in aller Regel aus süddeutschen Athleten ...

Schettel: Sicher, und zu Anfang war es deshalb auch gar nicht so einfach für mich. Aber inzwischen ist die Lage anders: Die können ja gar nicht mehr ohne mich.

Endlich erfolgreich: Johannes Schettel FOTO: HORSTMÜLLER

Wieder erfolgreich: Karin Enke-Kania FOTO: SVEN SIMON

15 Millionen Mark für die Rekordpiste Inzell

HORST TÖPKEN, **Inzell**

„Man schießt mit Kanonen auf uns, aber wir sind nur Spatzen." So vergleicht Gerd Zimmermann (43), Vorsitzender der Deutschen Eisschnellauf-Gemeinschaft (DESG) und bis 1972 als achtmaliger deutscher Vierkampfmeister selber ein erfolgreicher Eisschnelläufer, was die öffentliche Kritik den 13 Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaft derzeit antut. Für ihn und auch andere Kenner der Eisschnellauf-Szene sind die beim Internationalen Sprintermeeting in Berlin erreichten Plätze – „für Dietmar Semler und Uwe Streb lagen sie immerhin noch am Ende des ersten Drittels" – durchaus zufriedenstellend.

Bundestrainer Ab Krook freut sich über Rang acht, den Sprinter Streb nach der Berliner Premiere in der Weltcup-Wertung über 1000 m einnimmt. Und von Monika Holzner-Gawenus, die im Frühjahr ihren 32. Geburtstag feiert, erwartet man noch Großes. Die Mutter zweier Kinder war bei der letzten Sprint-WM im holländischen Heerenveen Zweite über 500 m und Fünfte im Mehrkampf geworden.

Mutterschaft hat noch nie von internationalem Erfolg in dieser Sportart getrennt. Das „DDR"-Laufwunder Karin Enke-Kania (25), deren letzte publizistische Erwähnung in der „DDR" vom Oktober 1984 stammt, ist inzwischen auch Mutter geworden, jetzt aber ad hoc kurz darauf in Berlin als Nummer zwei hinter ihrer Mannschaftskollegin Christa Rothenburger ganz souverän in die Weltspitze zurückgekehrt. Atje Keulen-Deelstra wurde als mehrfache Mutter 1972 in Inzell Europameisterin.

DESG-Sportwart Rainer Scharrelmann sagt mit Bezug auf die internationale Situation der Damen-Riegen auf kurzen Distanzen: „Der internationale Eisschnellauf wird hier an der Spitze immer nur zwischen den DDR-Mädchen, der Polin Erwina Rys-Ferenc, zwei Mädchen aus der UdSSR, der Norwegerin Edel-Therese Hoyseth und eventuell Monika Holzner-Gawenus entschieden."

Der Holländer Ab Krook, im sechsten Winter Chefcoach in Inzell, bekräftigt gleichermaßen Zuversicht: „Hans-Peter Oberhuber aus Inzell, Uwe Streb aus Landshut und der Berliner Uwe Gebauer werden in dieser Saison über 500 m erstmals unter 38 Sekunden bleiben, zwei von ihnen über 1000 m auch unter 1:16 Minuten." Beides wären neue deutsche Rekorde.

Inzells Stadiondirektor Gerd Zimmermann: „Auch bei nüchterner Betrachtung verdient unsere Truppe Lob." Warum, das soll wiederum ein Vergleich verdeutlichen: Die UdSSR, so habe ihm Präsident Blinow vom sowjetischen Eissportverband verraten, verfüge über 300 000 Eisschnellauf-Aktive und, man glaube es kaum, über 1500 hauptamtliche Trainer und Funktionäre. In Japan gäbe es inzwischen zwanzig hochmoderne 400-m-Kunsteisbahnen. Die „DDR" trimme den Nachwuchs nach der strengen sozialistischen Art. Mit Schülern komme die Bundesrepublik Deutschland hingegen auf höchstens 200 bis 300 aktive Eisschnelläufer.

Ist es realistisch zu glauben, daß im Hinblick auf die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 1992 für 15 Millionen Mark modernisierten Bundesleistungszentrum Inzell eine neue Saat der Weltrekorde aufgeht? Seit der Stadioneröffnung 1965 wurden in Inzell 81 Weltrekorde gelaufen, die letzten im März 1984. Heute gehören diese und auch fast alle anderen Bestmarken der Hochgebirgsbahn in Medeo bei Alma Ata in der UdSSR.

Die Technik könnte Inzell neuen Glanz verleihen. Erhöht wurde die mit flüssigem Amoniak gespeiste Kältekapazität unter der um einen Meter verbreiterten Eispiste, die jetzt aus einem 78 Kilometer langen Rohrsystem eine Kältekraft von umgerechnet 11 094 Haushaltskühlschränken freisetzt. Auf sportlichen Glanz jedoch wird man vorerst aus deutscher Sicht verzichten müssen.

BUNDESLIGA

VfB Stuttgart: Nun mit dem Rücken zur Wand

sid, **Düsseldorf**

Vor 17 Monaten war der VfB Stuttgart als Deutscher Fußballmeister noch die große Zugnummer. Am letzten Freitag, beim 0:6 in Bremen, entpuppte sich der VfB Stuttgart als Lachnummer der Bundesliga. Vor dem Nachholspiel heute (19.30 Uhr) gegen Bayer Leverkusen stehen die Stuttgarter und ihr Trainer Otto Baric deshalb mit dem Rücken zur Wand.

In den übrigen drei Nachholspielen – 1. FC Köln gegen SV Waldhof Mannheim, Hannover 96 gegen den 1. FC Kaiserslautern und Eintracht Frankfurt gegen den Hamburger SV (alle 20.00 Uhr), die gestern kurzfristig neu angesetzt wurden – geht es ebenfalls um wichtige Punkte um den Anschluß zur Spitze oder im Kampf gegen den Abstieg.

Der VfB Stuttgart kann sich sportlich und finanziell keine weitere Pleite erlauben. Elf Verträge laufen zum Saisonende aus. Mit 25 000 Besuchern als Kalkulation ging man in die Saison, schon jetzt fehlen pro Spiel knapp 5000 Fans. Die Stuttgarter sind zwar noch im Pokal dabei (gegen Schalke 04), doch bei momentan 16:16 Punkten droht das Ziel UEFA-Cup in weite Ferne zu rücken.

Da gerät selbst der sonst so optimistische Trainer Otto Baric ins Grübeln: „Es ist eine Tragödie mit uns. Mir tut es weh, wenn ich sehe, daß die Spitzenvereine der Liga die besseren Spieler haben als wir. Ach, hätte ich doch einen Frank Mill."

Baric, als Nachfolger von Helmut Benthaus mit Vorschußlorbeeren empfangen, steht inzwischen in der Schußlinie. „Manchmal rede ich zuviel", gibt Baric zu, sagt aber zugleich an die Adresse von Führung und Fans: „Mit einer durchschnittlichen Mannschaft kann man keine überdurchschnittlichen Leistungen bringen."

TENNIS / Australiens Meisterschaften

Der große Kampf des John McEnroe

dpa, **Melbourne**

„Das war wohl eines solcher Spiele, von denen man noch länger redet", meinte John McEnroe nach seinem drei Stunden und 22 Minuten langen Achtelfinalspiel bei den Offenen Australischen Tennis-Meisterschaften in Melbourne gegen den Franzosen Henri Leconte, der bei 2:1-Führung nach Sätzen im Tiebreak des vierten Satzes bereits 5:1 führte, zwei leichte Volleys verschlug und noch 7:5, 6:7, 6:3, 6:7, 1:6 verlor. McEnroes Kommentar: „Ich hatte mich schon aufgegeben und in Gedanken den Rückflug gebucht."

Der Rest der Tennisfans, die sich fast täglich in einer 100 Meter langen Schlange vor dem Stadion geduldig um Karten anstellen, sah auf dem Centre Court McEnroes nächsten Gegner im Viertelfinale: Boris Beckers Doppelpartner Slobodan Zivojinovic. Der 22jährige Jugoslawe ist jetzt schon der Star der diesjährigen Australian Open. Der 66. der Weltrangliste lieferte nach seinen Siegen über Damir Keretic und Mike de Palma gegen den an Nummer acht gesetzten Tim Mayotte (USA), dem 13. der Weltrangliste, wiederum begeisterndes Tennis und gewann 2:6, 6:4, 6:4, 6:4.

Becker-Manager Ion Tiriac, der Zivojinovic in Melbourne immer wieder Tips gab und das Match beobachtete: „Der Junge hat mehr Fähigkeiten als alle Burschen, die hier herumlaufen." Zivojinovic: „Seitdem mich Boris Becker immer vor meinen Spielen einschlägt und mit mir täglich trainiert, bin ich viel besser geworden." Beckers Manager Tiriac hält den Jugoslawen für einen der Talentiertesten des Turniers.

STAND PUNKT / *Reform*

Es sei Zeit für eine Reform im Weltcup, das erkannte nun sogar dessen Begründer, der elsässische Journalist Serge Lang. Und so erzählte er, wie er sich künftig die großen alpinen Ski-Rennen vorstellen würde: Nur die 60 besten Rennläufer der Welt würden noch daran teilnehmen dürfen, die anderen hätten hingegen mit einem niederklassigen Wettbewerb vorlieb zu nehmen. Auf- und Abstieg zwischen beiden Gruppen würden die Spannung schüren. Außerdem sollten noch zu findende Geldgeber die Hangraserei demnächst mit Preisgeldern honorieren. Lang träumt von 100 000 Dollar für einen Abfahrtssieger...

Soviel wird es wohl nicht werden, aber so ähnlich wird es kommen, keine Zweifel. Und es werden wohl nicht mehr soviel Rennen gefahren werden, vor allem nicht mehr mitten in der Woche, wenn allenfalls Betreuer und Journalisten zu den Zuschauern am Hang und vorzugsweise Rentner zu denen am Fernsehschirm gehören.

So gesehen, entwickelte sich der Ski-Weltcup mitunter zum Minderheiten-Programm. Das österreichische Fernsehen erkannte die Zeichen der Zeit, und reduzierte die Übertragungen um die Hälfte.

Diese Vorgabe zwingt zur künftigen Reduzierung des Veranstaltungs-Programms, weil sich nirgendwo ein Ort im Bayerischen Wald oder im Zillertal als Weltcup-Ausrichter bewirbt, wenn es ohnehin nicht mehr die Öffentlichkeit im Fernsehen erfährt. Dann ist der Hintersinn solchen Tuns, sprich: weltweite Fremdenverkehrswerbung, ja ohnehin nicht mehr gegeben.

Es war zunehmend aber so, daß innerhalb des Weltcup-Programms stets nur die großen klassischen Rennen von großem öffentlichen Interesse waren – und die gab es schon vor Einführung des Weltcups.

Aber das ist im Grunde nur selbstverständlich, weil das, was sich zum alpinen Skiweltcup aufblähte, zunehmend verdrossen hat.

K. Bl.

FUSSBALL / Große Fernseh-Probleme

Empörung über die mexikanischen Preise

dpa, **Hamburg**

Die Pläne für ein WM-Fernsehen total, das schon früh morgens um 6 Uhr beginnen und erst weit nach Mitternacht enden soll, liegen in der Schublade. Doch ob die Vorhaben von ARD und ZDF auch realisiert werden können, ist noch nicht sicher. Ein halbes Jahr vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft ist zwischen den mexikanischen Organisatoren und den ausländischen Fernseh-Stationen ein heftiger Streit entbrannt, dessen vorläufiger Höhepunkt in einer Boykott-Drohung besteht. Zwölf westeuropäische Stationen haben Ende vergangener Woche den Mexikanern gedroht, sie würden von der Auslosung der sechs Endrunden-Gruppen in Mexiko-Stadt am 15. Dezember nicht mit eigenen Kommentatoren vor Ort berichten, wenn die Preisforderungen für die WM nicht reduziert würden.

Dabei geht es nicht um die Fernseh-Übertragungsrechte, sondern um eine vom mexikanischen Fernseh-Konsortium „Telemexico" verschickte Preisliste. Danach soll ein Quadratmeter Büroraum in Mexiko-Stadt die Monatsmiete von etwa 1000 Dollar kosten. 600 000 Dollar verlangen die Mexikaner für ein vom 15. Mai bis 30. Juni zu mietendes Studio. 4600 Dollar werden für jeden Kommentator-Platz bei den 52 WM-Spielen gefordert. Im Vergleich zu der letzten WM in Spanien 1982 und den überaus teuren Olympischen Spielen in Los Angeles 1984 haben die Fernsehleute Preiserhöhungen bis zu 300 Prozent errechnet. Wenn „Telemexico" nicht einlenkt, werden die Kommentatoren-Plätze bei der WM-Auslosung leer bleiben.

Dorothee Wilms für Renaissance der Bildung

● Fortsetzung von Seite 1

dern, „sich darüber Gedanken zu machen, was zur Allgemeinbildung gehören müßte".

Die Diskussion sollte etwa auf der Grundlage beginnen: „Wie sehen denn eigentlich die einzelnen Fachdisziplinen Allgemeinbildung jeweils aus ihrer Fachrichtung?" So sollten die Naturwissenschaftler definieren, „was muß aus der Physik oder Mathematik vermittelt werden, um Strukturen deutlich werden zu lassen; oder die Historiker, welche Fakten und Zusammenhänge für ein historisches Bewußtsein" unabdingbar seien. Die Überlegungen zur Bildungspolitik insgesamt, zur Berufsbildung und Hochschulpolitik insbesondere, könnte ohne die Diskussion über einen konsensfähigen Kanon der Allgemeinbildung nicht weitergeführt werden.

In diesem Zusammenhang meldete sie auch das Bedürfnis an, die „uralte Frage der Erziehung in den Schulen" neu zu überdenken, „die in den letzten Jahrzehnten in den Hintergrund getreten ist". Denn schließlich müßten „Bildung und damit auch Erziehung immer von bestimmten Menschenbildern ausgehen, von Wertkategorien". Es sei ja eine „ausgesprochen positive Erscheinung, daß in der jungen Generation ein wachsendes Bedürfnis nach der Sinnfrage des Lebens" laut werde. Sicherlich gebe es gerade auch in der Politik während der vergangenen Jahre hier Versäumnisse, sei zu häufig „Politik nur unter pragmatischen Gesichtspunkten" betrieben worden. Die Politik müsse auch „zu dieser geistig-kulturellen Diskussion beitragen".

Dorothee Wilms ließ keinen Zweifel daran, daß zur Bewältigung der künftigen Bildungsaufgaben nach ihrer Meinung das gegliederte Schulwesen am besten geeignet sei, „also Haupt-, Realschule und Gymnasium – und dort, wo es die Eltern wünschen, eben auch Gesamtschulen". Der Staat habe dafür zu sorgen, „daß dem Bürger eine hochwertige Schulbildung und Ausbildung möglich" sei. Aber sie habe „viele sozialdemokratische Bildungspolitiker" im Verdacht, „die Gesamtschule als Leitbild über die Strukturdiskussion und zurückgehende Schülerzahlen wieder ins Gespräch bringen", durch die Schaffung neuer Gesamtschulen bestehende Schulen, vor allem Gymnasien „zerstören" zu wollen.

Frau Bonners Westreise: Darf Sie zurückkehren?

Sie will Sacharow nicht allein in Gorki zurücklassen

dpa. Moskau

Die Reise von Jelena Bonner, der Frau des sowjetischen Regimekritikers Andrej Sacharow, nach Italien und in die USA ist von vielen Fragen und Unsicherheiten überschattet. Mehr als ein Monat ist verstrichen, seit ihr die sowjetischen Behörden eine Ausreisegenehmigung erteilt haben. Offensichtlich in der Sorge um ihren Mann und um ihre Rückkehr in die UdSSR hat Frau Bonner jedoch bis jetzt mit ihrer Reise in den Westen gewartet. Jelena Bonner werde, wenn sie jetzt kommt, in Rom auch von Papst Johannes Paul II. und vom italienischen Staatspräsidenten Francesco Cossiga empfangen. Das meldete gestern der italienische Rundfunk.

Offenbar hat die im Umgang mit dem Sowjetstaat erfahrene Frau in den vergangenen Wochen durch verschiedene Absprachen mit den sowjetischen Behörden sicherstellen wollen, daß ihr nicht plötzlich die Rückreise in die UdSSR verwehrt wird. Unter anderem hat sie dabei dem sowjetischen Geheimdienst KGB zugesichert, bei ihrem Aufenthalt im Westen die Presse zu meiden. In einem Telefongespräch mit ihrer in Newton (US-Bundesstaat Massachusetts) lebenden Tochter Tatjana sagte sie, daß sie eine entsprechende Vereinbarung mit dem KGB unterzeichnet habe. Die Sorge, daß Andrej Sacharow allein in Gorki zurückbleiben könnte, wird die Reise dennoch überschatten.

Ausgiebige Erfahrungen

Frau Bonner, die seit Anfang der 70er Jahre an der Seite ihres Mannes für die Achtung der Menschenrechte in der UdSSR kämpfte, hat bereits ausgiebige Erfahrung mit den sowjetischen Behörden sammeln können. Als Sacharow 1980 in die für Ausländer gesperrte Industriestadt Gorki östlich von Moskau verbannt wurde, war Jelena Bonner jahrelang die wichtigste Verbindung des Regimekritikers zur Außenwelt. Auf ihren Reisen nach Moskau unterrichtete sie westliche Korrespondenten und wurde 1984 schließlich wegen „sowjetfeindicher Propaganda" selbst zu fünf Jahren Verbannung verurteilt.

Die sowjetische Seite warf ihr vor, Sacharow überhaupt erst zu seinem Engagement in der Bürgerrechtsbewegung getrieben zu haben. In sowjetischen Veröffentlichungen wurde sie als regelrechter „Vamp" und verhängnisvolle Frau dargestellt, die vor allem für ihre Familie finanziellen Nutzen aus dem Skandal um Sacharow ziehen wolle. Die Zeitschrift „Smena" beschuldigte sie sogar, einen ihrer früheren Liebhaber zum Mord an seiner Frau getrieben zu haben.

Die frühere Kinderärztin heiratete Sacharow 1971. Beide hatten damals bereits Kinder aus erster Ehe. Jelena Bonner war seit Ende der 60er Jahre immer wieder als Bürgerrechtlerin und Regimekritikerin an die Öffentlichkeit getreten. 1972 gab die Tochter einer Jüdin und eines Armeniers, der 1937 wegen Landesverrats hingerichtet wurde, ihr Parteibuch zurück.

Beißende Kritik

Jelena Bonner gehörte zu den letzten der drei Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe. 1982 gab sie die Auflösung der Gruppe bekannt. In fast 2000 Dokumenten hatten die Bürgerrechtler, von denen die meisten verhaftet wurden, auf Verletzungen der Menschenrechte und entsprechender Bestimmungen der Helsinki-Schlußakte in der Sowjetunion hingewiesen. „Sie sind Zeuge eines historischen Augenblicks", sagte Frau Bonner, als sie die Auflösung der Gruppe bekanntgab.

Während Sacharow selbst auf den zahlreichen Pressekonferenzen der 70er Jahre meist still im Hintergrund saß, wandte sich Frau Bonner immer wieder mit beißender Kritik an die westliche Presse. Niemand hatte damals so recht glauben wollen, daß man Sacharow, dem Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Nobelpreisträger, etwas antun könne. Als Sacharow 1980 dann doch nach Gorki verbannt wurde, mußte sich Frau Bonner zum ersten Mal in eigener Sache um Hilfe an die Öffentlichkeit wenden.

Sacharow trat in Gorki mehrmals in einen Hungerstreik, um für seine kranke Frau, die neben einem Augenleiden auch am Herzen erkrankt ist, eine ärztliche Behandlung im Westen zu erzwingen. Frau Bonner hat sich bereits zweimal in Italien an den Augen operieren lassen. Nach der ersten Behandlung im Jahre 1975 nahm sie anschließend in Oslo den Friedensnobelpreis für ihren Mann entgegen, dem die sowjetischen Behörden damals keine Ausreiseerlaubnis erteilten, weil er Geheimnisträger sei. Diesmal wird Frau Bonner auch ihre Familie in den USA besuchen und sich dort gleichzeitig einer Operation am Herzen unterziehen.

Gewerkschaften verstärken Druck auf Pieter Botha

Aus der sozialen Funktion zum politischen Rollenspiel

M. GERMANI, Johannesburg

Die am Wochenende in Durban gegründete Föderation der Gewerkschaften in Südafrika, der „Kongreß der südafrikanischen Gewerkschaften" (Cosatu), bildet nach eigenen Angaben mit rund einer halben Million Mitgliedern und 34 Gewerkschaften die größte und mächtigste schwarze Arbeiter-Organisation des Landes. In Gesprächen mit ausländischen Journalisten erklärte der neugewählte Präsident, Elijah Barayi, seine Organisation werde die Stelle des in Südafrika verbotenen African National Congress (ANC) übernehmen.

Vor rund 10 000 Anhängern – mit rotem T-Shirt mit dem Aufdruck „Arbeiter vereinigt euch" bekleidet – erklärte Barayi, Ndoe Meie Dacj, die neue Dachorganisation, bilde ein wichtiges Element im Befreiungskampf. Barayi ist gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender der mächtigen nationalen Minengewerkschaft NUM, die in den vergangenen Monaten ihre Streikforderungen bei ihren Mitgliedern und drastische Lohnerhöhungen bei der Minenkammer nicht durchsetzen konnte.

„Werden die Paßgesetze nicht bald abgeschafft, werden wir anordnen, daß jeder seinen Paß verbrennt", sagte der neue Präsident. Er forderte die Freilassung des Verurteilten, auch die von Nelson Mandela, und sprach sich für Sanktionen gegen Südafrika aus.

„Regierung hat versagt"

Eine von Cosatu anerkannte Regierung werde sowohl die Minen als auch die größten Industriebetriebe verstaatlichen. Die Regierung, so Barayi, habe in Südafrika versagt und solle zurücktreten, um Platz für „Führer wie Nelson Mandela zu machen".

Zusammen mit Jay Naidoo, der die Lebensmittelgewerkschaft vertritt und von dem erwartet wird, daß er einen wichtigen Posten bekleiden wird, wurde die Forderung nach einer „Bildung einer Gesellschaft, in der der Reichtum vom Volk gerecht verteilt wird", erhoben. Das entspricht der Freiheits-Charta des ANC aus den fünfziger Jahren, die noch heute Gültigkeit hat.

Nur die schwarze Sonntagzeitung „Sicy Press" zitierte wörtlich den maßgeblich an der Gründung der Cosatu beteiligten NUM-Generalsekretär Cyril Ramaphosa, die treibende Kraft hinter den Minenstreiks und Gehaltsforderungen der vergangenen Monate: „Jetzt ist es Zeit für alle Arbeiter, Präsident Botha aufzufordern, die Regierungsgewalt an sie zu übergeben – so wie es ihnen rechtmäßig zusteht." Ramaphosa fuhr fort: Wir müssen uns nicht nur mit Wirtschafts- sondern auch mit politischen Fragen befassen. Er sprach sich gleichzeitig für die Zulassung nur einer Gewerkschaft für jeden Industriezweig aus und forderte ein beschleunigtes Ausbildungsprogramm für die Führungsschicht der Gewerkschaften.

Neue Konföderation

Der aus dem Exil operierende südafrikanische Gewerkschaftskongreß (Sactu), ebenfalls eng mit ANC liiert, unterstützt voll die Forderungen der Cosatu und fordert die rein schwarz ausgerichtete Konföderation der Gewerkschaft auf, ihre Vorbehalte gegen die neue Organisation aufzugeben.

Südafrikas Minenkammer hat gegenüber der Gründung der Cosatu bisher eine abwartende Haltung eingenommen und war gestern der WELT gegenüber noch nicht zu einer Stellungnahme bereit. Doch politische Beobachter in Südafrika werten die Gründung der neuen „Supergewerkschaftsorganisation" als einen weiteren Schritt in der Radikalisierung der künftigen Forderungen. Gleichzeitig warnen Wirtschaftsführer vor einer kommenden Politisierung des Arbeitskampfes, den sie seit längerer Zeit befürchten. Jetzt hätten die Gewerkschaften keine sozialen Funktionen, sondern eine politische Rolle übernommen.

Der südafrikanische Staatspräsident Botha will gemeinsam mit schwarzen Führern des Landes eine neue Verfassung erarbeiten. Dies ist das Ergebnis einer Woche intensiver Verhandlungen mit den Präsidenten der vier von Südafrika für „unabhängig" erklärten „Homelands" und der sechs übrigen halbautonomen schwarzen Stammesgebiete.

Gemeinsam mit den schwarzen Führern will Botha eine Verfassung schaffen, unter der in einem föderativen System Verantwortungs- und Machtfunktionen von den verschiedenen Rassengruppen gemeinsam ausgeübt werden sollen.

„Unter der KP in Polen gibt es keinen Frieden"

Oppositionsgruppe beruft sich auf das Wort des Papstes

DW. Warschau

Das Regime in Warschau nimmt immer stärker die im Mai in Krakau gegründete unabhängige Friedensgruppe „Freiheit und Frieden" ins Visier. Die Bewegung beruft sich ausdrücklich auf den aus Polen stammenden Papst Johannes Paul II. und tritt für eine Garantie persönlicher Freiheit für alle Menschen ein. Sie kommt zu dem Schluß, daß es dort niemals Frieden geben werde, wo durch das Gesellschaftssystem Unterdrückung und ideologischer Zwang ausgeübt werden. „Also gibt es im kommunistisch regierten Polen keinen Frieden" – das ist der Schlüsselsatz in der Gründungserklärung von „Freiheit und Frieden". Die WELT gibt diese Erklärung im Wortlaut wieder:

Die Unterzeichneten beschließen, angeregt insbesondere durch die Friedensbotschaften von Papst Johannes Paul II. in Krakau die Bewegung „Freiheit und Frieden" zu gründen.

1. Das grundlegende Ziel der Tätigkeit unserer Bewegung wird die Propagierung einer wahrhaftigen und durch nichts manipulierten Idee vom Frieden und die Gewinnung einer möglichst großen Zahl von Polen für diese sein. „Das Wort ‚Frieden'" – so sagte Johannes Paul II. in seiner Friedensbotschaft aus dem Jahr 1979 – „ist zu einem einschläfernden oder gar täuschenden Schlagwort geworden."

Werte der Moral

Gegenwärtig wird es am häufigsten von jenen gebraucht, die, während sie in Losungen Frieden, Zusammenarbeit und Abrüstung verkünden, danach streben, auf diese Weise die freien Menschen der ganzen Welt der Mittel und des Willens zur Verteidigung ihrer Freiheiten zu berauben. Das Ausmaß dieser Erscheinung bewirkt, daß für eine immer größer werdende Zahl von Menschen – auch in Polen – die Absichten eines jeden, der das Wort „Frieden" in den Mund nimmt, moralisch verdächtig und politisch fremd geworden sind. Deshalb streben wir vor allen Dingen an, der Arbeit für den Frieden ihren moralischen und politischen Wert zurückzugeben.

2. Eine Bedingung für die Existenz von Frieden im öffentlichen Leben der Staaten und Völker ist die wirksame Garantie persönlicher Freiheit für alle Menschen. Niemals wird es dort Frieden geben, wo durch das Gesellschaftssystem Unterdrückung und ideologischer Zwang ausgeübt werden, wo das Individuum seines Rechtes auf Selbständigkeit und Eigeninitiative beraubt wird und wo die traditionellen politischen Freiheiten aufgehoben sind. Also gibt es im kommunistisch regierten Polen keinen Frieden. Wir streben an, alles zu tun, was dazu beitragen kann, die Freiheit der Menschen in unserem Lande zu erweitern und dadurch dem Frieden in Polen eine Chance zu geben.

Hinweis auf Afghanistan

3. Wir streben eine Zusammenarbeit mit allen Bewegungen, Institutionen und Personen in Polen und im Ausland an, die ihre Aktivität der Sache des Friedens, der unter freiheitlichen Bedingungen verwirklicht wird, widmen wollen. Wir werden dagegen die in der heutigen Welt so zahlreichen Anzeichen von Mißachtung des Friedens brandmarken, besonders, wenn sie durch Ideologien begründet werden, deren Erfolge auf Gewaltanwendung basieren. Besonders drastische Beispiele für die Anwendung dieser ideologischen Gewalt sind die Erscheinungen des internationalen Terrorismus ebenso wie die planmäßig durchgeführte Ausrottung des afghanischen Volkes im Namen der kommunistischen Ideologie. Die elementare menschliche Solidarität verlangt, daß das Stillschweigen angesichts solcher äußerst gefährlicher Angriffe auf die Idee des Weltfriedens gebrochen wird.

Wir appellieren an alle, die sich mit unseren Ansichten identifizieren, unsere Bestrebungen zu unterstützen.

Ewa Bik, Marek Bik, Radoslaw Huget, Anna Klich, Bogdan Klich, Marek Kozielski, Cezary Michalski, Agata Michalek, Konstanty Miodowicz, Wojciech Modelski, Jan Maria Rokita, Dariusz Rupinski, Barbara Syc, Piotr Swider, Barbara Trybus, Krzysztof Walczyk, Artur Wahs, Krzysztof Zydowicz (Krakau, 4. April 1985)

Jacek Czaputowicz, Piotr Dabrowski, Jaroslaw Dubiel, Roland Kruk, Maciej Kuron, Piotr Niemczyk, Konstanty Radziwill, Aleksandra Sarata, Jozef Taran, Mark Poglod, Rafal Szczerba, Grzegorz Ilka, Jerzy Kolanowski, Cezary Orlowicz (Warschau, 2. Mai 1985)

D-Mark im Blickfeld

cd. – Verstummt sind die Propheten, die noch vor zweieinhalb Monaten von einem Wiederanstieg des Dollarkurses überzeugt waren, weil sie den Zentralbanken Kurzatmigkeit bei ihren Interventionen unterstellten und auch einfach nicht glauben wollten, daß Interventionen „gegen den Markt" auf längere Zeit erfolgreich sein könnten.

Inzwischen ist der Dollarkurs unter 2,50 Mark gesunken – gestern nach Notierung des amtlichen Kkurses. Und das ohne Interventionen. Ob nun das Gerede über einen Aufwertungs-Nachholbedarf der Mark gegenüber dem Dollar oder die Spekulation auf sinkende US-Zinsen den Dollar gerade gegenüber der Mark unter Druck gesetzt haben, mag einmal dahingestellt bleiben. Tatsache ist jedenfalls, daß sich der Markt in der Einschätzung des Dollars in den beiden letzten Monaten völlig gedreht hat.

Damit ist zugleich die Mark als nach dem Dollar wichtigste Handels-, Anlage- und Reservewährung ins Rampenlicht gerückt. Sie zeigt Muskeln auch im Eruopäischen Währungssystem (EWS), wo sie sich, solange der Dollar der große Star war, als Schwächling präsentierte. Jetzt beginnen sogar schon erste Spekulationen auf eine Aufwertung der Mark im EWS. Derlei Spekulationen eilen den Realitäten sicherlich weit voraus. Noch sind die Währungen Frankreichs, Belgiens und Italiens, die traditionellen EWS-Schwachwährungen, weit von den unteren Interventionspunkten entfernt, wenngleich nicht ohne Nachhilfe der Zentralbanken. Doch eine Neuordnung der EWS-Paritäten ist beim Dollarkurs von unter 2,50 nicht mehr so weit entfernt wie bei 2,90.

Bereinigung

hdt – Die Möbelbranche hat es nicht leicht. Sie gehört zu den ersten, die die Folgen sinkender Realeinkommen verspürten, denn der Kauf neuer Möbel läßt sich nun eben eher herausschieben als der eines neuen Autos. Und von der allmählich einsetzenden Konjunkturverbesserung verspürt die gebeutelte Branche bisher auch noch nicht viel. Nach wie vor verabschieden sich Monat für Monat rund 200 Möbelhändler vom Markt, eine sehr radikale Bereinigung eines überbesetzten Marktes. Einiges deutet jedoch darauf hin, daß diese Phase beendet ist. Den dann übriggebliebenen hat sie auf jeden Fall größere Chancen eingeräumt. Das ist der eine Lichtblick, ein zweiter ist zweifellos der neue Trend zurück zu solide gebauten und zeitlos eleganten Möbeln. Die Ära der billigen Wegwerfmöbel läuft aus, zum Nachteil für die bisher oft zu Dumpingpreisen angebotenen Produkte östlicher Herkunft. Den heimischen Herstellern von Qualitätsmöbeln dürfte es zum Vorteil gereichen.

ARBEITSMARKT / Chemieverband: Aufschwung zu Neueinstellungen nutzen

In manchen Regionen und Berufen sind Verknappungen festzustellen

HEINZ HECK, Bonn

Der Arbeitsmarkt wird auch 1986 differenziert bleiben. Allerdings schlagen sich die positiven Tendenzen zunehmend auch in den Arbeitslosenzahlen nieder, schreibt der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) in seinem „Informationsbrief für Führungskräfte". In manchen Regionen und einigen Berufen seien bereits wieder Verknappungen zu beobachten.

So sei in großen Teilen von Baden-Württemberg praktisch Vollbeschäftigung erreicht. Facharbeiter seien dort nicht zu bekommen. Bundesweit seien Elektroingenieure inzwischen ebenso zur „Mangelware" geworden wie zum Beispiel Chemikanten. Für andere Berufe und vor allem für Ungelernte seien die Aussichten dagegen sehr viel schlechter.

Die große Zahl der neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen sowie immer mehr Neuanmeldungen bei den Arbeitsämtern von Frauen, die wieder eine Arbeitsplatzchance – vor allem bei Teilzeitarbeit – sehen, überdeckten hingegen die positive Tendenz in der Arbeitslosenstatistik.

Um den derzeitigen Aufschwung noch stärker als bisher zur Verbesserung der Beschäftigungslage zu nutzen, appelliert der Vorstand des Verbands an die rund 1700 Chemieunternehmen

- alle Fälle regelmäßiger Mehrarbeit darauf zu prüfen, ob statt dessen Neueinstellungen in Betracht kommen;
- die Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes zum Abschluß befristeter Arbeitsverhältnisse vor allem dort zu nutzen, wo noch nicht feststehe, ob ein Arbeitsplatz dauerhaft besetzt werden kann;
- nach Möglichkeit Teilzeitarbeitsplätze verstärkt anzubieten, da dies den Wünschen vieler Arbeitnehmer und Arbeitsplatzsuchender entgegenkomme und
- in der betrieblichen Personalpolitik, in erster Linie bei Einstellungen, auch die zukünftigen Entwicklungen des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen. Mach Meinung des Verbands zeichnet sich bereits deutlich ein Mangel an Nachwuchsfachkräften ab.

Die Chemie habe sich in den Jahren des Beschäftigungsabbaus als „relativ beschäftigungsstabil" erwiesen. Auch Mehrarbeit (Überstunden) sei weitgehend abgebaut worden. Ihre steigenden Investitionen schlügen positiv in der Beschäftigung der Investitionsgüterindustrie zu Buche.

Nicht nur aus den Lehrlingszahlen, sondern auch der Gesamtzahl der Chemiebeschäftigten ergebe sich, daß sich seit einiger Zeit „der Wind gedreht" habe. Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes seien im Durchschnitt der Monate Januar bis September in der chemischen Industrie mehr als 555 000 Mitarbeiter beschäftigt gewesen. Das sind 1,1 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Für den Verband bringt diese Durchschnittsbetrachtung die Beschäftigungsdynamik allerdings nur unzureichend zum Ausdruck. Allein in den letzten zwölf Monaten habe sich die Zahl der Chemiebeschäftigten um rund 10 000 erhöht. Im September wurde wieder ein Beschäftigungsstand erreicht, wie man ihn zuletzt im Herbst 1981 vor dem Abstieg in die Rezession verzeichnet hatte (Durchschnitt der Chemiebeschäftigten im dritten Quartal 1985: 562 416 oder knapp 10 000 mehr als im zweiten Quartal 1985).

Einer Quartalsanalyse zufolge sei das erste Beschäftigungsplus – jeweils im Vorjahresvergleich – im April 1984 registriert worden. Seit dem zweiten Quartal 1984 überträfe der Beschäftigtenstand mit tendenziell steigendem Abstand sein entsprechendes Vorjahresniveau.

1985 hat die chemische Industrie die Zahl der Ausbildungsplätze erneut um 3,2 Prozent auf über 12 000 erhöht. Damit ist die Gesamtzahl der Lehrlinge auf den bisherigen Rekordstand von rund 34 500 gestiegen. Das sind über 26,2 Prozent mehr als drei Jahre zuvor. Der Anteil der Lehrlinge an den Beschäftigten der Lehrbetriebe betrage nunmehr 5,4 Prozent. Seit Jahren gehen die Ausbildungsbemühungen der Chemieunternehmen über den eigenen Bedarf hinaus.

ROHSTOFFE

Notstandssitzung des Zinnrates

dpa/VWD, London

Der Internationale Zinnrat hat am Montag in London in einer Notstandssitzung den vergeblichen Versuch unternommen, die seit sechs Wochen andauernde Zinnkrise zu lösen. Er hat sich auf heute vertagt. Bisher zeichnet sich nicht ab, wie das Milliarden-Problem einer Abwicklung riesiger Kaufverpflichtungen des Zinnrates an der Londoner Metallbörse (LME) sowie der Tilgung offenstehender Großkredite bei den Banken gelöst werden kann.

Die 22 im Zinnrat vertretenen Produzenten- und Verbraucherländer haben sich bisher geweigert, ein Angebot einer Bankengruppe für einen Gesamtkredit von 900 Millionen Pfund (3,36 Mrd. DM) anzunehmen, da die Institute aus Risikogründen hohe Zinsen und staatliche Kreditbürgschaften verlangen. Auch die EG-Länder konnten sich nicht auf eine Krisenformel einigen. Es waren nämlich lediglich Großbritannien und Italien bereit, ihre Eigenanteile bei der Abwicklung der Kredit- und Kaufverpflichtungen des Zinnrats zu tragen.

Möglicherweise werden die EG-Länder in London eine Formel vorschlagen, die allen Beteiligten anteilmäßige Kosten auferlegen würde. Der Zinnhandel ist am 24. Oktober ausgesetzt worden. Die LME bleibt vorerst bis zum 6. Dezember geschlossen. Dies gibt den Unterhändlern in London zunächst weitere fünf Tage Zeit, um einen Ausweg aus der schwersten Rohstoffkrise seit vielen Jahren zu finden.

BÖRSE SINGAPUR

Panik nach Firmen-Pleite

VWD, Singapur

Einige hundert Aktienbesitzer haben nach Angaben von Händlern am Montag ihre Broker beziehungsweise bei der Börsenleitung in Singapur und Kuala Lumpur angerufen, um ihre Anteile zu verkaufen. Ausgelöst wurde dies von der Entscheidung der Börsenleitung in Singapur und Malaysia, die Aktienmärkte zu schließen, um panikartige Verkäufe nach dem Zusammenbruch der Schiffs-, Hotel- und Immobiliengruppe Pan-Electric mit Schulden von voraussichtlich mehr als 440 Mill. DM zu verhindern.

Nach Angaben aus Bankenkreisen in Singapur, dem drittgrößten Börsenplatz Asiens, hat die Bankenvereinigung eine Krisensitzung anberaumt. Die Gläubigerbanken von Pan-Electric unter Führung von Standard Chartered Bank wollten keinen Kommentar zur Lage abgeben.

Sie wollten sich vor allem nicht dazu äußern, ob Schritte zur Rettung von Pan-Electric ergriffen werden, die über zahlreiche Beteiligungen an anderen Unternehmen verfügt. Der Vorsitzende der Börse in Singapur, Ong Tjin, betonte, die Märkte seien geschlossen worden, um eine Abkühlung zu erreichen. Marktteilnehmer weisen allerdings darauf hin, daß diese plötzliche Suspendierung des Handels einen schweren Rückschlag für das Ansehen Singapurs als Finanzplatz haben könnte.

Auch die neuesten Wirtschaftszahlen haben die Börse erschüttert. Denn im dritten Quartal ist die Wirtschaft um 3,5 Prozent geschrumpft.

Verzögerter Dollar-Effekt

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Auf den ersten Blick erwecken die jüngsten amerikanischen Außenhandelsstatistiken den Eindruck, die Abwertung des Dollar um rund ein Fünftel seit Ende Februar verändere bereits die Warenströme von und in die USA. Immerhin meldete das Department of Commerce in Washington für Oktober einen überaus scharfen Rückgang des Passivsaldos in der Handelsbilanz, und zwar um 4,1 auf 11,5 Mrd. Dollar gegenüber dem Vormonat. Aber so schnell beeinflussen die Wechselkurse das Preisgefüge leider nicht; überdies sind die häufig langen Lieferzeiten zu berücksichtigen.

Die Hoffnung auf eine schnelle Wende in Amerikas Güteraustausch mit dem Ausland, die den handelspolitischen Protektionismus im Kongreß stoppen könnte, ist auch deshalb verfrüht, weil sich das im September mit 15,5 Mrd. Dollar ausgewiesene monatliche Rekorddefizit bei genauerem Hinsehen als überzogen entpuppt. Das Minus war aufgebläht worden, weil die US-Zollbehörden in ihren Computerzentren im Juli und August nicht mit der Flut der Handelsdaten Schritt halten konnten. Die Folge: Die extrem niedrigen Sommerdefizite wurden nach oben, das September-Ergebnis nach unten – 12,8 Mrd. Dollar – revidiert.

Folgt man den korrigierten Statistiken, dann bewegt sich der Güteraustausch Amerikas mit dem Ausland weiterhin auf dem Niveau der vorausgegangenen Monate. Gegen schon jetzt durchschlagende Preiseffekte sprechen zudem einzelne Bewegungen in der US-Handelsbilanz. So ist die Abnahme der Importe im Oktober um 13,4 Prozent auf 28,8 Mrd. Dollar in der Hauptsache mit stark gebremsten Autolieferungen zu erklären. Gegenüber September schrumpften sie um 30,4 Prozent, wobei die Japaner ihre Ausfuhren sogar um 44,2 Prozent auf 1,1 Mrd. Dollar reduzierten.

Solche Verzerrungen sind üblich; schon in diesem Monat kann es genau andersherum aussehen, da die ausländischen Hersteller daran interessiert sein müssen, die hohen Gewinnspannen des immer noch überbewerteten Dollar auszunutzen.

Hinzu kommt, daß sich die amerikanischen Stahleinfuhren im Oktober beinahe schlagartig verringert haben – um 48,7 Prozent gegenüber dem Vorjahrsmonat. Dadurch sank der Anteil des Auslandsstahls am US-Verbrauch auf 17,3 Prozent. Das von der Reagan-Administration angestrebte Ziel von 18,5 Prozent (ohne Halbzeug) ist damit zum erstenmal seit langer Zeit unterschritten worden. Bislang hielten die Ausländer rund ein Viertel des amerikanischen Marktes. Der Rutsch geht vor allem auf das Konto der EG, deren Lieferungen um 60,6 Prozent schrumpften.

Abgesehen davon, daß sich Amerikas Importe bei einer stärkeren Beschleunigung der Konjunktur sogar noch vergrößern könnten, sind auf der Exportseite kaum Anzeichen für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der US-Firmen auf dem Weltmarkt festzustellen. Darauf hat jetzt auch Handelsminister Malcolm Baldrige noch einmal hingewiesen. Seine Besorgnis läßt sich daran ablesen, daß im Oktober die US-Ausfuhren um 2,1 Prozent auf 17,4 Mrd. Dollar sanken. Während die Vereinigten Staaten im Ausland Agrarprodukte für 2,3 Mrd. Dollar (plus 5,1 Prozent) absetzten, sackte der Verkauf verarbeiteter Güter um nahezu drei Prozent auf 11,8 Mrd. Dollar. Insgesamt lagen die US-Exporte um 500 Mill. Dollar unter dem in den ersten zehn Monaten erreichten Schnitt, was den anhaltend negativen Trend unterstreicht.

Bisher jedenfalls ist in den USA noch keine grundlegende Anpassung der Handelsströme an die neue Dollar-Parität auszumachen. Dieser Prozeß wird noch mehrere Monate in Anspruch nehmen. Nach allgemeinem Verständnis ist erst im Frühjahr mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Handelsbilanz zu rechnen. Bis dahin müssen die Freihändler im Kongreß die Nerven behalten. Ein neuer Rekord steht derweil ins Haus: Von Januar bis Oktober stieg das US-Handelsdefizit auf 118,1 Mrd. Dollar. Bis Ende Dezember kann es 150 Mrd. Dollar erreichen – nach 123,3 Mrd. Dollar im Vorjahr.

Worauf die Zahlen hindeuten, ist ein 1986 ganz langsam sinkendes US-Handelsdefizit. Ein Fortschritt wäre es aber schon, wenn sich der Passivsaldo auf 140 Mrd. Dollar verringerte. Dann nämlich würde Amerikas Bruttosozialprodukt bereits um etwa ein Prozent schneller wachsen.

AUF EIN WORT

„Die Ideen und die schöpferische Tatkraft, die Risikobereitschaft und das Gewinnstreben des Unternehmers müssen auch in den Entwicklungsländern stärker zum Motor des Wirtschaftswachstums werden."

Dr. Manfred Lohmann, Geschäftsführer der Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH (DEG).
FOTO: JUPP DARCHINGER

„Kohlepfennig" wird gesenkt

dpa/VWD, Bonn

Die Ausgleichsagabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz – der sogenannte Kohlepfennig – wird nach einer Verordnung des Bundeswirtschaftsministeriums mit Wirkung vom 1. Januar 1986 im Bundesdurchschnitt von 3,5 auf 3,3 Prozent gesenkt. Wie das Ministerum mitteilte, wird die Absenkung des Kohlepfennigs tendenziell zu einer Verbilligung des Strompreises führen. Mit 3,8 und 3,7 Prozent sind die Aufschläge auf den Strompreis im Saarland und in Nordrhein-Westfalen am höchsten. Mit dem Aufkommen aus der Abgabe wird die Verstromung der heimischen Steinkohle unterstützt.

NEUE TECHNIKEN

Wirtschaftsrat lehnt alle Pläne zur Mitbestimmung ab

HH, Bonn

Auch der Wirtschaftsrat der CDU äußert Bedenken an der von einigen Landesregierungen geförderten Bildung von Großkonzernen. Ihr Bundesgeschäftsführer, Rüdiger von Voss, wollte aber gestern auf einer Pressekonferenz die am Wochenende vom wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, an den Regierungschefs Baden-Württembergs und Bayerns, Lothar Späth und Franz Josef Strauß, geübte Kritik nicht teilen.

Er äußerte zwar „Verständnis" für Lambsdorffs Kritik und meinte, es mache keinen Sinn, daß sich in den Ländern in der Wirtschaftspolitik „Duodez-Fürsten" entwickelten. Jedoch gehe es bei solchen Zusammenschlüssen nicht selten auch um die Reaktion des betreffenden Landes auf internationale Entwicklungen. Zusammenschlüsse von Großunternehmen riefen zwar immer Skepsis hervor. Doch warnte von Voss vor globalen Verurteilungen: Bei Umstrukturierungen sei immer im einzelnen zu prüfen, was da vorgehe. Auf keinen Fall sollten allerdings neue „Leimrouten" für Subventionstatbestände geschaffen werden.

Von Voss berichtete über ein Symposium des Wirtschaftsrats zum Thema „Neue Technologien und Arbeitsplätze". In den acht Thesen des Wirtschaftsrates werden unter anderem alle Pläne zur Mitbestimmung in dieser Frage abgelehnt: „Die gezielte Verlangsamung des technischen Fortschritts (soziale Kontrolle) ist unsozial. Sie weckt Illusionen über den Fortbestand verlustbringender Arbeitsplätze und verhindert rechtzeitige Umstellungen."

OECD-STUDIE

EG-Stahlindustrie verliert zunehmend Marktanteile

J. Sch. Paris

Die Eisen- und Stahlindustrie der EG wird auf den Weltmärkten immer mehr in die Zange genommen. Einerseits erhöhen die Entwicklungsländer und die nicht zur EG gehörenden europäischen Länder ihren Stahlexport, andererseits haben die USA ihre Stahlimporte eingeschränkt. Bereits in den Jahren 1981 bis 1983 stellte die EG nur noch durchschnittlich 28 Prozent der Weltstahlexporte gegenüber 57 Prozent Anfang der sechziger Jahre. Dies ergibt sich aus einer vom Stahlausschuß der OECD veröffentlichten Außenhandelsanalyse.

Seit Anfang der siebziger Jahre haben danach die Entwicklungsländer den größten Teil des Zuwachses im Weltstahlexport bestritten. Die traditionellen Stahlproduzentenländer dagegen mußten ihren Stahlexport noch stärker als ihre Erzeugung einschränken. Gegenwärtig beträgt ihr Exportanteil weniger als 25 Prozent der Produktion. Andererseits gingen die europäischen Importe von japanischem Stahl stark zurück.

Verhältnismäßig gut behaupten konnten sich die Nicht-EG-Länder Westeuropas. Auf verschiedenen Märkten, vor allem in Afrika und im Mittleren Osten, gelang ihnen eine Ausweitung ihrer Marktanteile – und zwar ausschließlich zu Lasten der EG-Exporteure, wie die OECD feststellt. Insgesamt exportiert diese Ländergruppe inzwischen halb soviel Stahl wie die gesamten EG-Länder zusammengenommen. Am Weltstahlexport war die Gruppe mit 14 Prozent beteiligt gegenüber erst 9,5 Prozent Anfang der sechziger Jahre.

Global ist das Bild weniger düster. Denn der Stahlexport hat sich in den letzten 25 Jahren weltweit wesentlich stärker erhöht als die Weltstahlproduktion.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Ausblick auf 1986 — Prognose des Sachverständigenrats

Wachstum in %: 1985 +2,5; 1986 +3
Investitionen in % (Ausrüstungen, real): 1985 +10; 1986 +9
Privater Verbrauch in % (real): 1985 +1; 1986 +3
Preisanstieg in %: 1985 +2; 1986 +1,5
Nettoverdienste in % (Summe): 1985 +2,5; 1986 +5,5
Arbeitsplätze in 1000: 1985 +190; 1986 +300
Arbeitslose in Mio: 1985 2,30; 1986 2,24

Das konjunkturelle Bild in der Bundesrepublik ist so freundlich wie lange nicht mehr. Das geht aus dem jüngsten Gutachten des Sachverständigenrats hervor. Neben den Exporten sind die Ausrüstungsinvestitionen zur entscheidenden Antriebskraft geworden. Sie nehmen in diesem Jahr preisbereinigt um zehn Prozent und 1986 voraussichtlich noch einmal um neun Prozent zu.
QUELLE: GLOBUS

VW begibt Optionsanleihe

Hannover (dos.) – Die Volkswagen AG, Wolfsburg, wird über ihre Tochtergesellschaft Volkswagen International Finance NV, Amsterdam, eine 250 Mill.-DM-Optionsanleihe im Euromarkt begeben. Die Anleihe wird über ein internationales Bankenkonsortium unter Führung der Deutsche Bank AG an den Markt gebracht und von VW garantiert. Sie ist mit einem Kupon von drei Prozent ausgestattet. Kupontermin ist jeweils der 9. Januar. Die Anleihe hat eine Laufzeit von zehn Jahren und wird zum einem Verkaufskurs von 100 Prozent angeboten. Jeder Teilschuldverschreibung im Nennwert von 1000 DM sind Optionsscheine beigefügt, die den Inhaber dazu berechtigen, insgesamt drei Aktien der Volkswagen AG im Nennbetrag von 50 DM zum Preis von 407 DM zu beziehen. Dies entspricht dem aktuellen Börsenkurs. Die Einführung der Anleihe an der Frankfurter Werpapierbörse werde beantragt.

Dollar weiter gesunken

Frankfurt (rtr) – Der Dollar ist gestern nach Angaben von Frankfurter Devisenhändlern kurz nach dem amtlichen Fixing unter die Marke von 2,50 DM gefallen. Der amtliche Mittelkurs war zuvor bei 2,5030 DM festgestellt worden. Händler sagten, nach dem Fixing sei der Dollar auf 2,4980 DM gesunken und habe damit eine psychologische Widerstandslinie nach unten durchbrochen. Der Devisenmarkt sei überaus nervös.

Neue Pensionsgeschäfte

Frankfurt (DW.) – Zum Mindestbietungszins von 4,5 Prozent offeriert die Bundesbank Wertpapierpensionsgeschäfte mit Laufzeiten von 35 und 63 Tagen. Damit werden am 4.12. auslaufende Wertpapierpensionsgeschäfte über zusammen 9,1 Mrd. DM zum Zins von 4,55 Prozent abgelöst.

Handel zu Kreditkarten

Köln (dpa/VWD) – Kreditkarten ja, aber nur wenn sie den Einzelhandel nichts kosten und wenn sie sich untereinander keine Konkurrenz machen. Auf diese Formel läßt sich eine gestern in Köln veröffentlichte Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG) zur Einführung der bargeldlosen Zahlungsweise im bundesdeutschen Einzelhandel bringen. „Das von Teilen der Kreditwirtschaft propagierte Geldkartensystem" werde von der BAG abgelehnt, „wenn und solange dem Einzelhandel hierfür Gebühren berechnet werden sollen", heißt es in der Erklärung der BAG.

Gesetzentwurf angekündigt

Bonn (VWD) – Der Regierungsentwurf eines zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität soll noch in dieser Legislaturpoeriode verabschiedet werden. Das hat jetzt Bundesjustizminister Engelhard angekündigt. Der ermittelte Gesamtschaden der Wirtschaftskriminalität erreichte nach seinen Worten im vergangenen Jahr 5,7 Mrd. DM und ist damit gegenüber 1983 um 17 Prozent zurückgegangen. Von den Staatsanwälten seien 1984 3521 Ermittlungsverfahren abgeschlossen worden. Der angekündigte Gesetzentwurf werde auch wirksame Maßnahmen gegen die Computerkriminalität enthalten.

Airbus-Vertrag

Paris (dpa/VWD) – Die australische Fluggesellschaft Ansett hat gestern mit der Airbus-Industrie einen Kaufvertrag über acht Airbusse vom Typ A 320 Skystar unterzeichnet. Die acht Maschinen sollen Ende 1988 übergeben werden. Außerdem bestätigte Ansett die Absicht, neun weitere A 320 zu kaufen. Ansett ist nach den Worten des Airbus-Verkaufsbeauftragten Hugh Tansley der erste australische Kunde für den A 320. Inzwischen lägen für 250 Flugzeuge Verträge, Optionen und Absichtserklärungen vor.

BFH-Urteil

München (dpa/VWD) – Wer gemeinsam mit anderen ein Privatgrundstück erbt und seine Miterben auszahlt, kann künftig Kreditzinsen als Werbungskosten vom steuerlichen Einkommen abziehen. Dieses Urteil (AZ: IX R 39/81) hat der Bundesfinanzhof (BFH) gestern veröffentlicht. Das gelte unabhängig davon, ob und in welcher Höhe die Abfindungszahlungen an Miterben für die Steuer als Anschaffungskosten gelten. Außerdem hat der BFH entschieden (AZ: IX R 49/83), daß Abfindungszahlungen für den auszuzahlenden Erben eigene Anschaffungskosten in der Höhe sind, in der er Vermögenswerte über seinen Erbteil hinaus einsetzen muß, um Eigentümer des Grundstücks zu werden.

HANDEL

Serie von Prozessen gegen die Metro beginnt in Köln

dpa/VWD, Köln

Der Einzelhandel klagt gegen Metro: In einer Serie von Prozessen, deren erster heute vor dem Landgericht Köln beginnt, muß sich das Selbstbedienungs-Großhandelsunternehmen gegen den Vorwurf verteidigen, in großem Umfang Einzelhandel zu betreiben. Kläger ist die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) in Köln, die den Branchenführer im SB-Großhandel beschuldigt, gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb sowie gegen andere im Einzelhandel geltende Rechtsvorschriften wie Preisangabenverordnung und Ladenschlußgesetz zu verstoßen.

Den Prozessen, die außer in Köln auch in Bochum, Hamburg, Düsseldorf und München geführt werden, waren monatelang Testkäufe der HDE vorausgegangen. Dabei soll es nach Informationen aus Handelskreisen HDE-Testkäufern ständig und ohne besondere Schwierigkeiten gelungen sein, Waren für ihren eigenen Privatbedarf bei der Metro zu kaufen.

Die Testkäufer hatten Metro-Ausweise bei sich, die nicht auf sie ausgestellt waren und in denen sie auch nicht als Kaufberechtigte ausgewiesen waren. So soll in Köln ein HDE-Mann mit einem auf ein Sicherheitsbüro ausgestellten Ausweis unter anderem einen Damengürtel und Schuhcrème erstanden haben.

In Einzelhandelskreisen wird behauptet, daß die Metro etwa 40 Prozent ihres Umsatzes durch Verkäufe an private Endverbraucher macht – und damit in Konkurrenz zu den vielen kleinen Einzelhändlern tritt, die die Masse der Metro-Kunden ausmachen.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG / Die Entwicklung steht vorerst noch am Anfang

Flexibilität – Fetisch oder Forderung?

JAN BRECH, Hamburg

Eine weitere Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeit bleibt das zentrale Thema in den Tarifauseinandersetzungen der nächsten Jahre. Auf einem personalpolitischen Kongreß der Consulectra Unternehmensberatung GmbH in Hamburg unter dem Motto "Flexibilität - Fetisch oder Forderung" haben sowohl Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestätigt, daß die 38,5-Stunden-Woche nicht das Ende der Entwicklung sein wird. Diskussionsgegenstand bleibt die Form der Durchführung.

Für die Gewerkschaften, so erklärte der stellvertretende IG-Metall Vorstandsvorsitzende, Franz Steinkühler, stellte sich die 30-Stunden-Woche und die sechs-Stunden-Schicht - "selbstverständlich bei vollem Lohnausgleich" - als eine reale Perspektive für dieses Jahrhundert dar. Als Ergänzung müßten die Arbeitszeiten weiter flexibilisiert werden. Steinkühler nannte drei Punkte: Geregelte Wahlmöglichkeiten des Arbeitnehmers oder von Gruppen von Arbeitnehmern oder des ganzen Betriebs über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, Wahlmöglichkeiten über bestimmte Formen der Verkürzung und den gleitenden Übergang in den Ruhestand.

Generell waren sich Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitnehmern einig, daß der Kampf um die volle Zeitsouveränität der Mitarbeiter erst am Anfang steht. Schon in der nächsten Tarifrunde dürfte die Ausweitung des vertraglich eingeräumten zwei-Monats-Rahmens zum Ausgleich eines 38,5-Stunden-Wochen-Durchschnitts zur Diskussion stehen. Dahinter ist nach Meinung der Praktiker die Entwicklung von Jahreszeitverträgen erkennbar: Ein Abkommen, mit dem der einzelne entscheiden kann, ob er sich für ein volles Arbeitsjahr oder nur zu dessen Hälfte, zu 70 oder 80 Prozent binden will.

Zum erstenmal ist auf dem Kongreß in Hamburg offiziell von allen Seiten bestätigt worden, daß durch die Einrichtung neuer Schichtsysteme zur Realisierung der verkürzten Wochenarbeitszeit sowohl Neueinstellungen als auch Kosteneinsparungen erreicht worden seien. Nach Angaben des Personalvorstands der Daimler Benz AG, Manfred Gentz, hat der Tarifvertrag Möglichkeiten aufgezeigt, durch das Abkoppeln der Arbeitszeit von der Betriebszeit den Maschinenpark besser auszulasten und dadurch Überzeiten einzusparen.

Bei anhaltender Arbeitslosigkeit werde man vor dem Hintergrund der Flexibilisierung über eine weitere Verkürzung der Arbeitszeitdauer nachdenken müssen. Um dabei zu optimalen Ergebnissen zu kommen, sei ein echtes Arbeitszeitmanagement erforderlich.

Werben um Vertrauen

dos – Das Bild der Banken in der öffentlichen Meinung ist mit einem deutlichen Negativ-Image behaftet. Die in Mode gekommenen Erhebungen, teils von der Kreditwirtschaft selbst in Auftrag gegeben, teils von neutralen Öffentlichkeitsforschern initiiert, weisen auf die gleiche Spur: Große Teile der Bevölkerung nehmen Anstoß an der vermuteten Einflußnahme von Banken auf die Geschicke einer wachsenden Zahl von Unternehmen. Die weitgehend anonyme Machtausübung über direkte und indirekte Beteiligungen wird beklagt, eine nicht kontrollierbare Allianz des Geldes befürchtet.

Das Gewerbe hat in der Vergangenheit wenig getan, sein Erscheinungsbild publikumswirksam zu verbessern. Diese Versäumnisse schlagen sich in der Wertschätzungs-Skala nieder, wenn das Ansehen der in der Wirtschaft tätigen Branchen hinterfragt wird: Von Beliebtheit keine Spur, die Banken sind weit unten am Ende angesiedelt. Zwar müssen derlei Umfragen nicht überbewertet werden. Zum Nachdenken indes geben sie allemal Anlaß. Inwischen haben die Institute, allen voran die großen, reagiert. Mit beachtlichem finanziellen Einsatz geht die Kreditwirtschaft daran, das lange Zeit vernachlässigte Feld der Werbung zu bestellen.

Beim Werben um Sympathie und Vertrauen entwickelt die Kreditwirtschaft eine bemerkenswerte Kreativität. Das gilt für die Image-Kampagne der Hypothekenbanken ebenso wie für die Deutsche Bank, die sich die Rechte an Boris Becker gesichert hat. Mit ihrer norddeutschen Art weiß auch die Landesbank in Hannover Aufmerksamkeit zu erwecken und ihr Image aufzupolieren.

Daß neben dieser Art der „klassischen" Werbung andere Maßnahmen fortgeschrieben werden, die in die gleiche Richtung zielen, versteht sich nahezu von selbst. Die Förderung von Kunst und Wissenschaft sind Beispiele dafür.

Saba legt beim BGH Revision ein

DW. Celle

Die Saba GmbH, Villingen-Schwenningen, ist vom Oberlandesgericht Celle in zweiter Instanz verurteilt worden, den Primus-SB-Verbrauchermarkt in Göttingen mit ihren vertriebsgebundenen Erzeugnissen der Unterhaltungselektronik zu beliefern. Wie das Unternehmen weiter mitteilt, legt Saba gegen dies Urteil beim Bundesgerichtshof Revision ein. Der Primus-SB-Verbrauchermarkt erfülle nicht sämtliche Fachhandelsvoraussetzungen der Saba-EG-Vertriebsbindung, heißt es als Begründung. Saba dokumentiere damit erneut, daß es gewillt ist, „kompromißlos an seiner fachhandelstreuen Vertriebspolitik festhalten", heißt es weiter.

Arbeitsbuch zum Marketing erweitert

DW. Bonn

An Studierende des Marketing, richtet sich das Arbeitsbuch zum Marketing von Professor Heribert Meffert, dem Direktor des Instituts für Marketing an der Universität Münster, das jetzt in dritter und erweiterter Auflage im Gabler Verlag, Wiesbaden, erschienen ist.

Es enthält Übungsaufgaben und kleine Fallstudien zur Lösung absatzpolitischer Fragestellungen und soll zu einer aktiven Auseinandersetzung mit diesen Problemen anregen. Die Aufgaben selbst haben weniger den Charakter reiner Wissensfragen, sondern sie sind so angelegt, daß ihre Beantwortung selbständiges Mitdenken erfordert. Das 408 Seiten umfassende Buch kostet 36 DM.

BANKENWERBUNG / Defizite im Image-Bereich sollen aufgearbeitet werden

Das Geld verliert an Bedeutung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

„Vor allem geht es uns darum, Defizite im Image-Bereich abzubauen." Detlef Marquardt, bei der Norddeutschen Landesbank in Hannover zuständig für Kommunikation und Marketing, macht in dieser Hinsicht bereits erste Erfolge aus. Seit einem Jahr fährt die Bank ihre neue Werbelinie. Die Resonanz auf die Anzeigenserie ist durchweg erfreulich und hat dazu geführt, die Kampagne um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Natürlich, so räumt Marquardt ein, steht auch dabei zumindest hintergründig der Zugewinn von Marktanteilen im Blickfeld. Ohne Frage aber, und das gelte beileibe nicht nur für das eigene Institut, ziele die Bankenwerbung immer stärker auf gesellschaftliche Entwicklungen ab. Die Ausrichtung auf das „Produkt" Geld, früher bestimmendes Element in den Anzeigen der Kreditwirtschaft, verliere an Bedeutung.

Die Gründe für die Neuordnung der Werbestrategien bei den Banken sind vielfältig. Marquardt weist darauf hin, daß noch in den 60er Jahren das Anzeigengeschäft vor allem bei den Großbanken nahezu bedeutungslos war, weil die Unterscheidung gegenüber der Konkurrenz eigentlich nur über die Konditionen stattfand. Für die NordLB ging es zunächst darum, den Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit zu fördern und die Leistungspalette vorzustellen. Diese Ziele seien hinreichend realisiert. Die inzwischen angelaufene „dritte Phase" beinhalte den Differenzierungs-Gedanken, das Deutlichmachen der „inhaltlichen Alleinstellung".

Die Resonanz auf die Anzeigenserie der NordLB scheint zu beweisen, daß das Institut in Sachen Image-Werbung auf einem guten Weg ist, wenngleich gerade dieser Wert nur schwer meßbar ist. Jüngst ausgewertete Umfragen bescheinigen der Kampagne (Agentur Grey, Düsseldorf) einen hohen Aufmerksamkeitswert. Mit wechselnden Illustrationen und dem immer wiederkehrenden Slogan „Die norddeutsche Art..." macht die NordLB auf sich aufmerksam, werden Geschäftspartner und potentielle Kunden umworben.

DIE NORDDEUTSCHE ART, SICHERE WERTE ZU SCHAFFEN.

So symbolisiert der Kreise zeichnende, schulmeisterliche Typ Präzision; die behäbigen Figuren auf dem Schachbrett stehen für Gelassenheit. „Norddeutsche Art", so suggerieren es die NordLB-Werber auf durchaus sympathische Weise, beinhaltet die Eigenschaft, innovativ zu sein und „vor" statt „nach" zu denken. Bei alldem steht weniger das Produkt, sondern mehr die Identifikation mit der heimischen Region im Vordergrund. Die Kompetenz und Leistungskraft der Bank wird lediglich in einem Nebensatz angesprochen.

Nach den Worten Marquardts ist die werbliche Strategie der NordLB langfristig und auf Vertrauensgewinn angelegt. Nicht ohne Grund verfahren andere Banken ähnlich: Unter den Wirtschaftsbereichen, die in der Gunst der Bundesbürger am niedrigsten angesiedelt sind, steht das Bankgewerbe gemeinsam mit der Chemie am Ende der Beliebtheitsskala.

Vor diesem Hintergrund erklären sich die hohen Aufwendungen. Insgesamt knapp 500 Millionen Mark investieren die Banken 1985 in die Werbung. Sie nehmen damit nach dem Einzelhandel (1,2 Milliarden Mark) und der Automobilindustrie (740 Millionen Mark) den dritten Rang ein. Davon entfallen auf die Landesbanken rund zwölf Millionen Mark.

Den hohen Anteil der NordLB (drei Millionen Mark) erklärt Marquardt so: „Wenn wir schon die Glocke läuten, dann muß sie so laut klingen, daß sie auch gehört wird."

DIREKTWERBUNG

Endlich die richtigen Socken

VOLKER NICKEL, Düsseldorf

Wenn Peter Weissbach, Inhaber der Weissbach Strumpffabrik GmbH, heute am dritten und letzten Tag des Direktwerber-Kongresses in Düsseldorf an das Rednerpult tritt, wird er den mehreren hundert Fachleuten die Fallstudie seines Erfolges präsentieren: „Endlich die richtigen Socken – aber, nur per Post". Weissbach meint, was nach Ansicht der Deutschen Bundespost und der meisten Kongreßteilnehmer in Düsseldorf zu wenig Marketingleute wissen: Die Werbung, vom Briefträger ins Haus gebracht, bedeutet ‚Erfolg ohne Umwege'. So auch das Dachthema der Düsseldorfer Diskussionsrunden, veranstaltet von der Branchen-Organisation Deutscher Direktmarketing-Verband, Wiesbaden.

Zu verstecken braucht sich diese Kommunikationsform aber nicht: Rund fünf Milliarden Mark legte die Wirtschaft im vergangenen Jahr für das Werben per Post auf die Tische von Druckereien, Adressenanbietern und Versandunternehmen. Allein die Deutsche Bundespost kassierte 1984 fast 1,8 Milliarden Portogebühren für Werbebriefe, Prospekte und Kataloge, die vom Briefträger gebracht werden – im letzten Jahr über zwei Milliarden Drucksachen und knapp 800 Millionen Wurfsendungen.

Das überraschende: Knapp ein Drittel der Werbepost wird gar nicht für den privaten Briefkasten auf den Weg gebracht, sondern ist von der Industrie für die Industrie bestimmt. Fachleute schätzen, daß heute die Hälfte der Direktwerbung innerhalb der Wirtschaft versandt wird. Aber auch private Haushalte erhalten häufiger Post von der Wirtschaft, im Schnitt aber keine drei Sendungen pro Woche. Verstopfte Briefkästen sind nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Da werden zum Beispiel Bücher, Kreditkarten, Sprachkurse, Textilien, Geschenkartikel, Schallplatten, Kosmetik-Produkte oder Schmuck ebenso werbend offeriert, wie Kredite, Sparanlagen oder Versicherungen. Mit an der Spitze der Versender von Mailings stehen neben Versandhäusern unterdessen auch die Verlage, die auf diesem Weg Abonnenten werben.

Da konnten alle Beteiligten zufrieden mit der Direktwerbung sein, zumal bei den zehn vom Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) erfaßten Werbeträgern die Werbepost mit einem Marktanteil von fast zwölf Prozent den dritten Rang einnimmt – nach den dominierenden Tageszeitungen mit 40 Prozent am Werbekuchen und den Publikumszeitschriften mit einem Anteil von rund 18 Prozent. Für den Erfolg der Direktwerbung spricht außerdem die Tatsache, daß sich im letzten Jahrzehnt (1974-1984) die Menge der Portoaufwendungen für Werbepost verdoppelt und die Ausgaben für die Produktionskosten der versandten Werbemittel um zwei Drittel erhöht haben.

Doch laut Bundespostministerium entpuppte sich Direktwerbung bei genauerem Hinsehen als „verkannte Größe". So heißt es zumindest in einer druckfrischen Studie der Postler über die Bedeutung der Direktwerbung in der deutschen Wirtschaft (Befragung: Januar 1985). Erschreckende Quersumme der Ergebnisse: Nur etwa jede neunte der rund 2,1 Millionen Firmen und Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland führen überhaupt kommunikativen oder absatzfördernden Maßnahmen durch. Tröstlich für Verlage und Direktwerber ist zumindest, daß beide hoch im Kurs stehen, wenn sie als Werbeträger genutzt werden. Denn laut Poststudie gaben 88 Prozent der befragten Unternehmen die Presse und an zweiter Stelle Direktwerbung (81 Prozent) als genutzte Methode der Marketingkommunikatin an – Zahlen, die durch die Rangfolge der Werbeumsätze bei den Medien gestützt werden. Sagte ein Teilnehmer des heute zu Ende gehenden Kongresses in Düsseldorf: „Was der Direktwerbung fehlt, ist noch mehr Werbung – und nicht nur auf leisen Socken!".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 355

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

HENKEL

Übernahme von Chemie Grünau

J. G. Düsseldorf

Die Henkel KGaA, Düsseldorf, will der Degussa AG, Frankfurt, deren Tochter Chemische Fabrik Grünau GmbH, Illertissen, per 1. Januar 1986 abkaufen und wird diese Absicht „in den nächsten Tagen" dem Bundeskartellamt vortragen. Die seit 1884 existierende Grünau GmbH (180 Mill. DM Umsatz mit 610 Beschäftigten) gilt als führenderHersteller u. a. von Nahrungsmitteladditiven, kosmetischen Grundstoffen, technischen Emulgatoren, Textil- und Betonhilfsmitteln. Für den Henkel-Konzern bringt der Erwerb eine Erweiterung seiner oleochemischen Aktivitäten und eine weitere Diversifikation im Bereich der Spezialchemikalien.

Erfolgslos beendet haben Henkel und die Schering AG, Berlin/Bergkamen, die Verhandlungen über den Verkauf des amerikanischen Feinchemikalien- und Polymerharzgeschäfts der Henkel Corp. an Schering. Man habe sich über die Bewertung nicht einigen können. Henkel will diesen Bereich (80 Mill. Dollar Umsatz) nun ohne weitere Verkaufspläne fortführen und ausbauen.

Babcock-Gewinn leicht verbessert

J. G. Düsseldorf

Die Ertragslage der Gruppe Deutsche Babcock AG, Oberhausen, habe sich 1984/85 (30. 9.) weiter gefestigt, der Jahresüberschuß werde gegenüber dem Vorjahr (28 Mill. DM) „leicht verbessert" ausfallen. Zur Lage dieser Anlagen/Maschinenbau-Gruppe sagte Vorstandsvorsitzender Helmut Wiehn vor Arbeitsjubilaren ferner: Der Auftragseingang blieb mit 5,1 (5,3) Mrd. DM „kursbereinigt" auf Vorjahresniveau; der Umsatz fiel wegen weniger Großauftragsabrechnungen auf 5,1 (6,5) Mrd. DM; der Auftragsbestand von 7,9 (8,9) Mrd. DM enthielt weiterhin 53 Prozent Auslandsanteil; die Mitarbeiterzahl ging leicht auf 22 432 (22 515) zurück.

Zur Marktlage teilte Wiehn mit, daß 1984/85 im Inland kein einziger Kraftwerksautrag vergeben wurde. Im Bereich Umwelttechnik jedoch seien die Aufträge um 40 Prozent gestiegen, wobei Babcock wiederum „einen Großteil" aller Inlandsaufträge für Rauchgasentschwefelungsanlagen erhalten habe. Zufriedenstellend sei der Geschäftsverlauf auch in der Verfahrenstechnik.

Gutes Neugeschäft bei Gerling Leben

J. G. Düsseldorf

Ein Neugeschäft von 3,5 Mrd. DM Versicherungssumme in 1985, dessen Wachtumsrate „mehr als doppelt so hoch wie im Branchendurchschnitt" liegen werde, erwartet die Lebensversicherungsgruppe des Gerling-Konzerns, Köln. In den ersten drei Quartalen habe man ein Plus von 7,5 Prozent gegenüber 1,8 Prozent in der Branche erreicht. „Besonders erfolgreich" sieht sich die Gruppe in der privaten Altersvorsorge. Da habe man sowohl bei Neuabschlüssen im reinen Altersversorgungsbereich zur Deckung der Versorgungslücke als auch beim Abschluß von Lebensversicherungen in Verbindung mit Hypotheken zweistellige Zuwachsraten erzielt, dies auch als Erfolg der Investitionen in Ausbau und Weiterbildung des Außendienstes.

In der betrieblichen und berufsständischen Altersversorgung (ein Drittel ihres gesamten Neugeschäfts) erwartet die Gruppe 1985 ein Neugeschäft in Vorjahreshöhe. Der Versicherungsbestand der Gruppe werde 1985 um fünf Prozent auf 30 Mrd. DM wachsen, der Durchschnittszins der nun mehr als 10 Mrd. DM Vermögensanlagen bei 7,8 Prozent bleiben.

Dank dieser „sehr guten" Rendite und günstigem Kostenverlauf werde die Gewinnbeteiligung der Kunden auch 1985 wiederum um zehn Prozent steigen. Die beiden Gruppengesellschaften werden nach Rücklagendotierung unverändert 18 Prozent Dividende zahlen. Für 1986 rechnen sie mit abermals überdurchschnittlichem Wachstum.

GESUNDHEIT / Kaufmännische Unkenntnis und schlechter Rat vor der Praxisgründung kommen teuer zu stehen

Viele Ärzte übernehmen sich bei den Investitionen

HARALD POSNY, Düsseldorf

„Der Erfolg einer ärztlichen Niederlassung wird in Zukunft mehr denn je von der Beachtung betriebswirtschaftlicher Faktoren mitbestimmt. Jeder Arzt sollte sich deshalb der Tatsache bewußt sein, daß er neben seiner im Vordergrund stehenden ärztlichen Tätigkeit auch als Unternehmer handeln muß." Richard Deutsch, Vorstandsmitglied der Deutschen Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf, weiß, wovon er spricht. Das Spezialinstitut für die Heilberufe vom Allgemeinmediziner bis zum Zahnarzt erfährt immer wieder, wie wenig sich die niedergelassenen Ärzte zwischen Kostendämpfung im Gesundheitswesen, befürchteter Ärzteschwemme und Kostendruck zurecht finden.

War in früheren Jahren geübte Praxis, in wenigen Jahren nach der Niederlassung zu wirtschaftlichem Erfolg zu gelangen, kann der Arzt heute längst nicht mehr davon ausgehen. Selbst bei etablierten Praxen ist die Bandbreite zwischen gesunden Praxen und denen mit wirtschaftlichen Problemen größer geworden.

Mit dem Hinweis, „Von finanziellen Dingen verstehe ich nichts, ich bin Arzt", sind nicht nur viele Mediziner in (unseriöse) Bauherren- und andere Abschreibungsmodelle geschlittert, sie nehmen allzuoft auch den (teuren) Rat von sogenannten Finanzexperten bei Praxisgründung an. Meist kommt der Katzenjammer im „verflixten 7. Jahr", sagt Apo-Banker Deutsch.

Nach Ablauf der meist fünfjährigen Mindest-Abschreibungsfrist auf medizinische Großgeräte treten zwischen dem 6. und dem 8. Jahr zunächst unerklärliche Liquiditätsengpässe auf. Das Phänomen: das Auseinanderklaffen zwischen der vom Arzt meist zu kurz gewählten Absetzung für Abnutzung (AfA) und dem Tilgungszeitraum für den Anschaffungskredit. Nur in Ausnahmefällen sei der Arzt in der Lage, seine Praxisinvestitionen aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Er greife auf Fremdmittel zurück, die in den Folgejahren nach der Gründung wie persönliche Schulden aus seinem versteuerten Einkommen zu begleichen seien.

Wenn im Heilberufssektor schon jetzt Schwierigkeiten für die 90er Jahre vorhersehbar sind, sollte man, so Deutsch, betriebswirtschaftlich sinnvoll vorgehen. Eine Hilfe dazu bietet sich im computergestützten Investitions- und Kostenberatungsprogramm (Inko), das in allen 30 Apo-Bank-Filialen arbeitet.

Die Beratung ist umso notwendiger, als eine Praxisneugründung zwischen 180 000 (Kinderärzte) über 420 000 DM (Internisten) bis zu 750 000 DM (Röntgenologen) kostet. Diese durchschnittlichen Kosten (medizinisch-technische Geräte, Einrichtung, Umbauten und Betriebsmittelkredit) sind jedoch seit 1982 nur noch mäßig gestiegen, 1984 sogar teilweise gesunken.

Gerhard Brenner, Geschäftsführer des Zentralinstituts für die kassenärztliche Vereinigung in der Bundesrepublik, beziffert die Neuinvestitionen der rund 62 000 niedergelassenen Kassenärzte mit ihren 250 000 Beschäftigten auf 700 Mill. DM pro Jahr. Zum Neuwert gerechnet liegen 11 Mrd. DM an gebundenem Kapital in den Arztpraxen. Der Gesamtumsatz dieser Praxen liegt bei 19 Mrd. DM (1984). Die Kosten haben sich jedoch seit 1975 bis 1983 von 39,3 auf 50,8 Prozent des Umsatzes bei den Allgemeinärzten und von 47,2 auf 54,8 Prozent bei den Spezialisten gesteigert.

Immerhin weisen 58 Prozent aller niedergelassenen Ärzte – beginnend 1981 – einen Einkommensrückgang aus, fast elf Prozent verfügen über einen Zuwachs von bis zu fünf Prozent und ein knappes Drittel konnte um über fünf Prozent zulegen.

Das Risiko hierbei aus der Sicht der Ärzte- und Apothekerbank: Nur fünf Prozent der ärztlichen Kreditfälle sind mehr oder weniger „Sorgenkinder". Richard Deutsch verweist „Horrorzahlen" über sanierungsbedürftige Arztpraxen in das Reich der Phantasie.

BAYERISCHE HYPOBANK / Höhere Dividende?

Erträge kräftig verbessert

DANKWARD SEITZ, München

Steht bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, für das Geschäftsjahr 1985 eine neuerliche Dividendenanhebung bevor, nachdem für das vergangene Jahr 10 (9) DM sowie ein Jubiläumsbonus von 2,50 DM ausgeschüttet worden waren? Dies könnte jedenfalls vermutet werden. Im jüngsten Zwischenbericht heißt es nämlich: „Nach dem bisherigen Verlauf wird uns das erzielte Gesamtergebnis neben der angemessenen Vorsorge gegen Risiken des Kreditgeschäfts eine erfreuliche Verzinsung des Eigenkapitals ermöglichen."

Die ersten zehn Monate 1985 brachten der Hypobank jedenfalls ein sehr gutes Ergebnis. So erhöhte sich das Teilbetriebsergebnis gegenüber dem Vorjahreszeitraumum zwölf Prozent auf 709,1 Mill. DM. Und das Betriebsergebnis inklusive Eigenhandel vor Risikovorsorge übertraf nach Angaben des Vorstands das Vorjahresniveau um 7,1 Prozent. Bei einem um 7,2 Prozent auf 866,1 Mill. DM erhöhten Personal- und Sachaufwand nahmen die Erträge aus dem laufenden Geschäft um 9,3 Prozent auf 1,57 Mrd. DM zu. Dabei wuchsen der Zinsüberschuß (einschließlich Einmalmarge) um 6,3 Prozent auf 1,35 Mrd. DM und der Provisionsüberschuß um 30,7 Prozent auf 228,6 Mill. DM. Der verbesserte Zinsüberschuß stammt zu rund zwei Drittel aus dem Bankgeschäft.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber Ende 1984 um 3,5 Prozent auf 72,7 Mrd. DM (Konzern: plus vier Prozent auf 109,4 Mrd. DM). Dabei stieg das Kreditvolumen um 2,3 Prozent auf 23,7 Mrd. DM, wobei sich bei langfristigen Krediten ein Rückgang um 6,8 Prozent auf 9,4 Mrd. DM ergab.

Im Hypothekengeschäft wurden mit 4,1 Mrd. DM fast zwei Drittel mehr Darlehen zugesagt als zur Vorjahreszeit.

PROCTER & GAMBLE / „Qualitatives Wachstum"

Wieder in der Gewinnzone

adh. Frankfurt

Als „Jahr des qualitativen Wachstums" bezeichnet die Geschäftsleitung der Procter & Gamble GmbH, Schwalbach, das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.). Die deutsche Tochter des amerikanischen Waschmittel-Konzerns ist mit 3,3 Mill. DM Jahresüberschuß wieder in die Gewinnzone zurückgekehrt; im vorangegangenen Jahr wurde ein Verlust von 19,7 Mill. DM verbucht.

Die Verbesserung der Ertragslage sei Folge höherer Abgabepreise für eine Reihe von Produkten sowie eines überdurchschnittlichen Wachstums der Sparte Körperpflegemittel, heißt es im jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht. Außerdem seien die Maßnahmen zur Kostensenkung in unvermindertem Umfang fortgesetzt worden. Zufrieden ist Procter & Gamble vor allem damit, daß eine Reihe von Produkten die Marktstellung trotz eines unvermindert harten Wettbewerbs „weiter gefestigt" habe.

Unzufrieden ist man in Schwalbach dagegen mit der absoluten Höhe des Ertrags. In diesem Zusammenhang erinnert das Unternehmen daran, daß die Abgabepreise wichtiger Produkte niedriger als vor zehn Jahren lägen. Insgesamt wuchs der Procter & Gamble-Umsatz um acht Prozent auf 1,9 (1,76) Mrd. DM.

Die kräftige Investitionsaufstokkung auf 327 (107) Mill. DM ermöglichte die Muttergesellschaft mit einer Bareinlage von 222 Mill. DM. Die Investitionen dienen im wesentlichen der Umrüstung von Produktionsanlagen auf eine neue Generation von Höschenwindeln (Werke Euskirchen und Crailsheim); die Mitarbeiterzahl stieg leicht auf 3475 Beschäftigte.

Weltweit setzte die Procter & Gamble Company, Cincinnati, deren Aktien auch an der Frankfurter Börse gehandelt werden, 1984/85 gut 13,5 Mrd. Dollar um und erzielte damit 635 Mill. Dollar Jahresüberschuß.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Höhere Investitionen

Düsseldorf (J.G.) – Eine Steigerung des Investitionsprogramms auf 863 (788) Mill. DM, darin 80 (292) Mill. DM für Finanzanlagen, hat die Mannesmann AG, Düsseldorf, für 1986 beschlossen. Von den Sachanlageinvestitionen sollen 488 (369) Mill. DM im Inland und 295 (127) Mill. DM im Ausland ausgegeben werden. Mehr als die Hälfte der Sachinvestitionen soll auf die Unternehmensgruppen des Maschinen- und Anlagenbaus mit 353 Mill. DM und auf die Gruppen Hartmann & Braun und Kienzle mit 85 Mill. DM entfallen.

„Angemessene Dividende"

Hannover (dos) – Die Teutonia Zementwerk AG, Hannover, hat in den ersten neun Monaten 1985 deutlich besser abgeschnitten als die gesamte Branche. Zwar ging der Inlandsabsatz erneut um neun (Zementindustrie insgesamt 15) Prozent zurück. Die Belieferung einiger Großobjekte im öffentlichen Tiefbau und höhere Zementexporte brachten aber einen gewissen Ausgleich und bescherten Absatzeinbußen von nur sechs Prozent, schreibt der Vorstand in einem Zwischenbericht. Der Umsatz erreichte 35 Mill. DM und lag um fünf Prozent unter dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit. Nur unwesentlich verschlechtert habe sich die Ertragslage. Dies lasse „wieder eine angemessene Dividende" erwarten. Für 1984 hatte die Gesellschaft 6 DM ausgeschüttet.

Kapitalerhöhung

Darmstadt (VWD) – Eine erneute Kapitalerhöhung um 0,45 Mill. auf 18,16 Mill. DM soll die zum 30. Dezember einberufene außerordentliche HV der Dugena Uhren & Schmuck AG, Darmstadt, beschließen. Die neuen Aktien werden vom Großaktionär Rewe-Handelsgesellschaft Leibbrand OHG, Bad Homburg, gezeichnet. Sie sollen vom 1. Januar 1986 an gewinnberechtigt sein. Die Dugena, deren Grundkapital bis auf 0,6 Prozent bei Rewe Leibbrand liegt, erwartet für 1985 einen Verlust von rund 9 Mill. DM. In der zum 13. Dezember 1985 anberaumten ordentlichen HV soll die AG mit Wirkung vom 1. 1. 1986 an in eine GmbH umgewandelt werden. Danach wird Dugena vor allem als Dach für die wachsenden Aktivitäten von Rewe Leibbrand im Nicht-Lebensmittelbereich fungieren.

Neuer Bereich bei IBM

Stuttgart (nl) – Die IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, hat mit Wirkung vom 1. Januar 1986 an den neuen Bereich „Unternehmenssysteme" geschaffen. Geleitet wird dieser Bereich, der die Geschäftsprozesse innerhalb der IBM koordinieren und optimieren soll, von Eberhard Bihler, bislang Leiter des Bereichs Finanz. Dieser wird von Horst Haberzettl, bisher Treasurer, übernommen.

Kaufabsicht

Zürich (dpa/VWD) – Justus Dornier steigt erneut in ein Schweizer Hochtechnologie-Unternehmen ein, das in finanzielle Bedrängnis geraten ist. So beabsichtigt Dornier, sich mit 400 000 sfr (484 000 DM) zur Hälfte an der Erdis SA, Vevey, zu beteiligen, die 1986 ein computergesteuertes Fotosatz-System mit Laserdrucker auf den Markt bringen will. Dornier hatte kürzlich die Chips-Zulieferfirma Sitesa SA übernommen.

Voll ausgelastet

Bielefeld (hdt.) – Einen ersten Auftrag aus der Volksrepublik China über die Lieferung von Nähmaschinen für die Lederwarenindustrie konnte die Kochs Adler AG, Bielefeld, verbuchen. Vorstandsvorsitzender Alfred Zubler sieht dies zwar als deutliches Signal für ein Fußfassen auf einem potentiell großen Markt, warnt jedoch vor übertriebener Euphorie. Kochs Adler konnte seinen Umsatz (1984: 130 Mill. DM) bis Ende Oktober um 10 Prozent steigern, der Auftragsbestand nahm sogar um 51 Prozent zu. Die Kapazität bei dem Nähmaschinenproduzent ist voll ausgelastet. Seit dem Frühjahr wurde die Zahl der Mitarbeiter um 200 auf 1200 aufgestockt.

KOMMUNIKATIONSTECHNIK / In bilateralen Gesprächen wird die „amerikanische Marktphilosophie" nähergebracht

Deutsches Normungsverfahren unter Beschuß

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Daheim ist die Deutsche Bundespost schon des öfteren unter Beschuß geraten; Schwarz-Schillings Mitarbeiter sind da bereits an einiges gewöhnt. Einigermaßen überrascht dürften sie jedoch gewesen sein, als sich auch amerikanische Zeitungen sich ihrer annahmen. Deren Vorwurf: „Das große deutsche Monopol hält das Telefon fest im Griff und macht Konkurrenten das Leben schwer". Die Attacke kam nicht von ungefähr. Beunruhigt über Handelsbilanzdefizite in wichtigen Branchen, suchen Amerikas Politiker derzeit nach den Quellen der Ungleichgewichte, um die jeweiligen Lieferländer in bilateralen Verhandlungen zu Wohlverhalten zu bewegen.

In der Sparte „Telekommunikation" waren sie dabei auch auf die Bundesrepublik gestoßen. Freilich: Das US-Defizit von 150 Mill. Dollar, das sie gefunden hatten, ließ sich in der deutschen Statistik beim besten Willen nicht nachvollziehen. Selbst bei einer Erfassung der Positionen getreu dem amerikanischen Vorbild blieb das Defizit mit 70 Mill. DM auf der deutschen Seite. Für die Telekommunikation nach deutscher Abgrenzung ergab sich sogar ein Defizit von gut 250 Mill. DM zu Lasten der Bundesrepublik. Und darin sind die Bauelemente-Lieferungen aus den USA noch nicht einmal enthalten.

Solche Tatsachen hielten indessen eine 23köpfige Expertengruppe aus den USA nicht davon ab, nach München zu reisen, wo sie sich heute und morgen mit „Kollegen" aus deutschen Ministerien und der Industrie beraten wollen. Tatsächlich dürfte das Statistik-Spiel nur ein willkommener Vorwand für das Treffen gewesen sein. Denn den US-Unterhändlern geht es im wesentlichen darum, den Gesprächspartnern „die amerikanische Marktphilosophie" näherzubringen. Die Forderungen richten sich auf die deutschen und europäischen Normungs- und Zulassungsverfahren, die als zu weitgehende Eingriffe in das Marktgeschehen angesehen werden:

- Der amerikanische (Minimal-)Ansatz für Normen in der Telekommunikation, nach dem jedes Gerät als zugelassen gilt, das dem Netz keinen Schaden zufügt, soll auch hierzulande ausreichen. Qualitätssicherung, Abhörsicherheit und dergleichen mögen dem Markt überlassen bleiben. Ob europäische Kunden es allerdings widerspruchslos hinnehmen, wenn die Billigausgabe eines schnurlosen Telefons ungewollt auch das Garagentor öffnet und schließt?
- Die US-Industrie möchte stärker an der europäischen Normungsarbeit im Telekommunikationsbereich beteiligt werden. Daß die Europäer zum Beispiel beim Digitalnetz ISDN vorgeprescht sind und mit ihren Standards vollendete Tatsachen geschaffen haben, die auch von einigen US-Unternehmen inzwischen übernommen werden, hat nicht eben Entzükken ausgelöst.
- Darum wünschen sich die Amerikaner Normungsverfahren, die für jedermann transparent und zugänglich sein sollen. Dabei verweisen sie auf Standardisierungsgremien im eigenen Land, an deren Arbeit sich jeder beteiligen kann (die aber nur die Normen für Teilnehmergeräte festlegen). Freilich: Die deutschen Töchter von US-Unternehmen haben auch in der Bundesrepublik Einblick in die Normungsarbeit.
- Auch das deutsche Zulassungsverfahren (über das Fernmeldetechnische Zentralamt in Darmstadt und die Zulassungsstelle in Saarbrücken) ist der US-Industrie ein Dorn im Auge – warum ein Telefonhörer 50 Mal aus einem Meter Höhe fallen kann und unbeschädigt bleiben soll, vermögen sie nicht einzusehen.

Solchen Wünschen – und teilweise Vorwürfen – von jenseits des Atlantik hat die deutsche Seite durchaus einiges entgegenzusetzen. So verstehen sich die amerikanischen Konkurrenten sehr wohl darauf, das Instrument der Normen als Mittel der Marktabschirmung einzusetzen. Schon beim einfachen Telefonapparat werden bestimmte (brandsichere) Kunststoffe und völlig andere Kabelfarben verlangt, als es die international abgestimmten Normen vorsehen.

Durch die US-spezifischen Standards entstehen Zugangsschwellen auch für die europäischen Anbieter. Für die Anpassung der deutschen digitalen Vermittlungssysteme zum Beispiel an die amerikanischen Vorgaben (ausgearbeitet von der Bellcore, der Tochter des weltweit größten Konkurrenten AT&T, der den ohnehin oligopolistischen US-Markt für Vermittlungseinrichtungen weitgehend beherrscht) werden die beiden deutschen Postlieferanten Siemens und SEL (immerhin eine Tochtergesellschaft der amerikanischen ITT) jeweils rund eine halbe Milliarde Mark ausgeben müssen, schätzungsweise ein Drittel der ursprünglichen Entwicklungskosten.

Danach kommen dann noch Zulassungsprüfungen, die ebenfalls von Bellcore durchgeführt werden, rund zwei Jahre dauern und 2 Mill. Dollar kosten, wie die deutschen Anbieter beklagen. Auch die zweite Prüfstelle für Telekommunikationsgeräte in den USA, die Underwriters Laboratories, ist im übrigen ein Privatunternehmen.

Schließlich verweisen die deutschen Kommunikationstechniker auch noch auf die gewaltigen Unterschiede in den Größenordnungen: Die beiden größten US-Unternehmen in diesem Sektor, IBM und AT&T, setzen gemeinsam doppelt so viel um wie die gesamte deutsche Elektroindustrie mit ihren mehr als 2000 Firmen. Und der Markt der Computer- und Nachrichtentechnik in den USA ist etwa zehnmal so groß wie der deutsche.

Das ist dann auch der letzte Trumpf: Nach Meinung der deutschen Branchenvertreter lassen sich Informations- und Kommunikationstechnik nur noch als Gesamtmarkt betrachten. Dann aber kommt die Bundesrepublik gegenüber den USA auf ein Handelsbilanzdefizit von 3,3 Mrd. DM. Die Frage ist nur, ob es dies ist, was die amerikanischen Experten wirklich interessiert.

RÜTGERSWERKE / Kapitalerhöhung mit Pflegeeffekt

Ausland bringt noch Schub

Wb. Frankfurt

Zum Jahresbeginn 1986 wollen die Rütgerswerke AG, Frankfurt, ihren Aktionären ein kleines Bonbon servieren: Zur Erhöhung des Grundkapitals um 19 Mill. DM auf 118,6 Mill. DM werden den Aktionären 18,2 Mill. DM junge Aktien im Verhältnis 11:2 und zum Kurs von 150 DM je 50-DM-Aktie zum Bezug angeboten. Die verbleibenden 0,8 Mill. DM sind für die Belegschaft vorgesehen. Gestern wurden die Rütgers-Aktien in Frankfurt mit 460 DM notiert.

Zum Ergebnis 1985 und zur möglichen Dividenden-Gestaltung (1984: 8,50 je Aktie) mag Vorstandschef Heinz-Gerhard Franck sich noch nicht äußern. Man sei aber bislang „nicht unzufrieden", das Gesamtergebnis nach zehn Monaten liege über dem Vorjahresniveau. Bis Ende Oktober hat sich der Konzernumsatz um fünf Prozent auf 2,73 Mrd. DM erhöht. Die vergleichsweise bescheidene Zuwachsrate folgt auf ein Vorjahreswachstum im gleichen Zeitraum von 23 Prozent. 1984 war der Konzernumsatz insgesamt um 22 Prozent auf 3,26 Mrd. DM gestiegen.

Im Gegensatz zur Großchemie war es bei Rütgers immer noch das Auslandsgeschäft, das mit einer Zunahme um neun Prozent den wesentlichen Schub brachte. Sein Anteil am Konzernumsatz nahm dabei auf 36 (35) Prozent zu. Verschoben haben sich auch die Beiträge der drei Bereiche des Kohlechemie-Spezialisten zum Konzernumsatz: Die lebhafte Grundstoffchemie kam auf 49 (48) Prozent, die Kunststoffe hielten sich bei 40 Prozent, und die konjunkturgeschädigte Bausparte ging auf elf (zwölf) Prozent weiter zurück.

Für 1986 erwartet Franck eine ähnlich differenzierte Entwicklung. Um den hohen Anforderungen an die Flexibilität gewachsen zu sein, soll das Investitionsvolumen auf dem Rekordniveau von 1985 gehalten werden. Nach den 161 (140) Mill. DM dieses Jahres will der 11 500-Mitarbeiter-Konzern 1986 rund 162 Mill. DM in Sachanlagen investieren.

GROSSBRITANNIEN / Gewaltige Konzentrationswelle in der Warenhaus-Branche

Das Übernahmefieber hält weiter an

WILHELM FURLER, London

Im britischen Einzelhandel, und da insbesondere im Warenhausbereich, hat in den letzten Jahren ein bemerkenswerter Konzentrationsprozeß stattgefunden. Mit dem beabsichtigten Zusammenschluß der Einrichtungs- und Bekleidungsgruppe Habitat Mothercare und der British Home Stores-Kette (Haushaltswaren und Lebensmittel) hat der „Ausverkauf" in der Warenhaus-Branche einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Verantwortlich für den frischen Wind, der seit einiger Zeit durch die Einkaufsstraßen der britischen Städte weht, ist in erster Linie der Mann, der auch jetzt den Zusammenschluß von Habitat Mothercare und British Home Stores (BHS) inszenierte, Sir Terence Conran. Er wird der neuen Gruppe, die auf einen gemeinsamen Jahresumsatz von fast vier Mrd. DM kommt (Ende 1984: 3,7 Mrd. DM), als Chairman vorstehen. Zusammen beschäftigt die Gruppe mehr als 35 000 Mitarbeiter in knapp 900 Filialen überall in Großbritannien.

Die Karriere von Sir Terence Conran begann vor Jahren mit der Eröffnung eines Einrichtungsgeschäfts im vornehmen Londoner Stadtteil Chelsea. In den frühen Sechzigern gründete er das Einrichtungshaus Habitat, das sich insbesondere auf den Geschmack junger Familien konzentrierte. Das Konzept wurde im Lauf der Zeit zu einem großen Erfolg.

Doch erst Anfang der achtziger Jahre gelang Conran der Durchbruch. 1981 verschmolz er Habitat mit Mothercare, einem dahinvegetierenden Filialbetrieb für Damenbekleidung und Artikel für Mütter und Kleinkinder. Danach ging es Schlag auf Schlag. 1982 schluckte Habitat die Damenbekleidungs-Filialisten Richards und Now; mit modischen Kollektionen wurden auch diese Filialbetriebe zu einem großen Erfolg.

Das Möbel- und Einrichtungsangebot seiner Conran- und Habitat-Häuser rundete Sir Terence 1983 mit der Übernahme des Nobel-Möbelkaufhauses Heal's ab. Erst im August dieses Jahres griff er in das Übernahmegefecht zwischen dem Bekleidungskaufhaus Burtons und dem Warenhauskonzern Debenhams ein, indem er eine 20prozentige Option an Debenhams übernahm.

Der Übernahme-Appetit Conrans steckte auch etliche andere Unternehmen der Branche an. Ende 1982 wurde der britische Teil der Warenhauskette F. W. Woolworth mit 850 Filialen für knapp 1.15 Mrd. DM von einem Finanzkonsortium übernommen. Wenige Monate später schluckte der auch heute noch hungrige Mischkonzern Hanson Trust die United Dominion Stores (UDS) für fast eine Mrd. DM. Im Januar 1985 „beirateten" die beiden Warenhaus-Unternehmen Dixons und Currys.

Kurz darauf gewannen die ägyptischen Brüder Al-Fayed nach einem heftigen Übernahmegefecht die Kontrolle über den Warenhauskonzern House of Fraser mit seinem Juwel Harrods für knapp 2,3 Mrd. DM. Zum gleichen Preis übernahm im April die Teppich- und Einrichtungs-Gruppe Allied Carpets (Asda) die Filialunternehmen für Wohnungseinrichtung MFI. Und im August folgte die spektakuläre Einverleibung der Warenhausgruppe Debenhams durch Burtons für gut zwei Mrd. DM.

Branchenkenner sind der Ansicht, damit erst die Spitze des Eisberges ausgemacht zu haben. Als weitere Übernahmekandidaten werden sogar so angesehene Namen wie der Warenhauskonzern Marks and Spencer (11,8 Mrd. DM Umsatz), das Drogerie-Filialnetz Boots (7,5 Mrd. DM) und der Buch-, Zeitschriften- und Schallplatten-Filialunternehmen W. H. Smith (3,95 Mrd. DM) gehandelt.

Mit der Übernahmewelle geht in der Branche ein beachtlicher Umdenkungsprozeß einher, der vor allem drei Schwerpunkte hat:

- weg von der alten Kaufhausstrategie der fünfziger und sechziger Jahre hin zum „Konzept der Galerien" (Spezialgeschäfte unter einem Dach);
- starkes Augenmerk auf Qualität, Design und Präsentation des Angebots, nachdem die britischen Verbraucher der achtziger Jahre weit stärker auf hohe Lebensqualität achten als bislang;
- stärkere Betonung der eigenen Identität durch Profil- und Imagepflege.

Immer deutlicher wird auch das Bemühen, den Einkauf von zu Hause per Bildschirm voranzutreiben.

LUFTFAHRT / WELT-Gespräch mit Frankreichs UTA

Liberalisierung gefordert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Liberalisierung der Luftverkehrstarife setzt einen gemeinsamen europäischen Markt voraus – mit freiem Zugang aller Gesellschaften und der freien Bestimmung ihrer Kapazitäten. „Sonst wird der Karren vor den Ochsen gespannt", meint René Lapautre in einem Gespräch mit der WELT. Der Präsident der privaten französischen UTA (Union de Transports Aériens) ist für freie Meinungsäußerungen bekannt. Sein Mehrheitsaktionär ist nicht der Staat, sondern (zu 92 Prozent) die Reedereigruppe Chargeurs SA.

Staatliche Hoheitsrechte sind nach Lapautre im Luftverkehr dem Ebevertrag unterzuordnen. Dieser Vertrag sehe auch für diesen Bereich ausdrücklich den gemeinsamen Markt vor. Das heißt insbesondere, daß bilaterale Verhandlungen durch multilaterale ersetzt werden müssen. Gegenüber Drittländern seien die Luftfahrtinteressen genauso wie die Handelsinteressen gemeinsam über Brüssel zu vertreten.

Konkret kommt es der UTA darauf an, eine Revision des von der französischen Regierung 1963 verfügten Konkurrenzverbots zwischen den drei nationalen Gesellschaften zu erwirken. Danach wurde der Air Inter der innerfranzösische Luftverkehr zugewiesen, während die UTA die Exklusivität für die meisten Afrika- und einige Pazifiklinien erhielt. Die übrige Welt erklärte Paris zur Domäne der staatlichen Air France.

Diese Regelung, so räumt Lapautre ein, war zunächst für alle Beteiligten sehr zufriedenstellend. Inzwischen aber werde sie nicht mehr der Expansion des internationalen Flugverkehrs und den veränderten Konkurrenzbedingungen gerecht. So sei es beispielsweise für die UTA notwendig, ihre Landerechte in San Francisco nicht nur über ihre Pazifikroute, sondern auch über den Nordatlantik zu nutzen.

Die UTA wolle dabei aber keineswegs der Air France Marktanteil wegnehmen, betonte Lapautre. Vie mehr sollte man vor allem den ame kanischen Luftverkehrsgesellsch ten, die ohnehin im Nordatlantikv kehr gegenüber den europäischen vorzugt seien, mehr Konkurrenz chen. Sicher denkt Lapautre au daran, daß auf dieser Route das m ste Geld verdient wird.

Das andere Problem, welches für die UTA stellt, ist der europäis Zubringerdienst. Vor allem auf Afrikalinien der UTA – mit tägli Verbindung von Paris nach Ab beispielsweise – würden in gro Umfang Passagiere und Frach Großbritannien und der Bundes blik befördert. Das Deutschla schäft der UTA nahm in diesem um 15 Prozent zu. Es sei de „normal", diese Verbindungen s zu bedienen.

Während die Air France 1984 ihren Umsatz um 13 Prozent auf 27,6 Milliarden Franc erhöhte, mußte sich die UTA mit einer Zunahme um 4,7 Prozent auf 6,06 Milliarden Franc begnügen. Gleichwohl gelang es ihr dank drastischer Sparmaßnahmen, ihren Reingewinn um 35 Prozent auf 219 Millionen Franc zu steigern. In der ersten Hälfte dieses Jahres erhöhten sich ihre Einnahmen um 15 Prozent. Jedoch steht die Gesellschaft vor großen Investitionen.

Als Privatunternehmen setzt die UTA vor allem auf ihren guten Service. Für Geschäftsreisen wurde kürzlich eine neue Komfortklasse (Galaxy) eingerichtet. Mit der internationalen Hotelkette Accor und dem Club Méditerranée wurden Assoziierungsabkommen getroffen. Die Hauptstärke der UTA ist aber das Frachtgeschäft, das ein Drittel ihres Verkehrsaufkommens stellt.

COGNAC / USA bleiben wichtigster Auslandskunde

Nachfrage zieht wieder an

J. Sch. Paris

Der französische Cognac scheint seine Schwierigkeiten überwunden zu haben. Im Verkaufsjahr 1984/85 (31. August) stieg der Absatz weltweit um 2,9 Prozent auf 147,8 Mill. Flaschen. Davon entfielen 11,7 (10,9) Mill. Flaschen auf den Inlandsverkauf, der damit zum erstenmal seit 1981 um immerhin 7,1 Prozent anzog. Dazu kamen wie im Vorjahr 17,4 Mill. Flaschen für die Weiterverarbeitung (Pineau, Liköre usw.) und 0,72 (0,77) Mill. Flaschen, die in Frankreich zollfrei verkauft wurden.

Die Franzosen hätten damit die diversen Alkoholsteuererhöhungen der letzten Jahre, die den Cognac stark verteuerten, „verdaut", meint der Branchenverband BNIC. Außerdem habe man der amtlichen Anti-Alkohol-Kampagne eine konstruktive Long-Drink-Werbung entgegengesetzt, für die 25 Mill. Franc ausgegeben wurden. Jetzt könne mit einer Normalisierung des Inlandsmarktes gerechnet werden.

Der Export stieg um 3,1 Prozent auf 118 Mill. Flaschen. Wertmäßig erhöhte sich die Ausfuhr um 9,3 Prozent auf 5,39 Mrd. Franc. „Dies entspricht dem Wert der 112 ersten Airbusse", macht der BNIC deutlich. Allerdings mußte auf dem asiatischen Markt ein Absatzrückgang von 8,5 Prozent hingenommen werden.

Nach wie vor an der Spitze der Auslandskunden standen die USA mit einem 25prozentigen Umsatzzuwachs auf 1,55 Mrd. Franc bzw. einem mengenmäßigen um 14,5 Prozent auf 32,6 Mill. Flaschen. In Europa hielt Großbritannien mit 638 Mill. Franc und 15,11 Mill. Flaschen seine Position als zweitwichtigster Einzelkunde, während der Cognac-Export in die Bundesrepublik mengenmäßig um 6,9 Prozent auf 10,8 Mill. Flaschen und wertmäßig um 9,6 Prozent auf 373 Mill. Franc zunahm.

BOLIVIEN / Niedrige Zinnpreise gefährden das erfolgreiche Stabilisierungsprogramm

Pessimismus macht der Zuversicht Platz

WERNER THOMAS, La Paz

Die bolivianische Zentralbank läßt in den nächsten Wochen 20 Tonnen Peso-Scheine verbrennen. Das Geld war wertlos geworden, ein Ergebnis der Rekordinflation, die im August eine Jahresrate von fast 24 000 Prozent erreichte. „Ich hoffe, daß wir diese schlimmen Zeiten endgültig überwunden haben", sagte der Zentralbank-Direktor Raul Tovar. „Es sieht danach aus."

Die neue Regierung des 78jährigen Präsidenten Victor Paz Estenssoro konnte innerhalb von drei Monaten große Erfolge in der Inflationsbekämpfung erzielen: Die Lebenshaltungskosten steigen kaum noch. Im Oktober betrug die Inflationsrate nur 1,87 Prozent. Viele Preise sind in den letzten Wochen gefallen, auch Lebensmittelpreise. Zuversicht breitet sich erstmals wieder aus.

Paz Estenssoro, einst ein linksgerichteter Revolutionär, in seinen alten Tagen ein konservativer Politiker, hatte Ende 1984 ein radikales Stabilisierungsprogramm verkünden lassen: Abwertung des Peso um 95 Prozent. Kontrolle der Löhne für öffentliche Angestellte bis Dezember, Ende der Preissubventionen, Reorganisierung staatlicher Betriebe und Entlassung des überflüssigen Personals. Als die Gewerkschaften mit Generalstreiks das Land lähmten, wagte der Präsident den Machtkampf. Er proklamierte den Ausnahmezustand. 173 Funktionäre wurden verhaftet. Die Streikaktionen brachen rasch zusammen, obgleich die Arbeiter über „Hungerlöhne" klagen. Ihr Monatseinkommen beträgt weniger als – umgerechnet – 65 Mark.

Während die Regierung die Superinflation stoppen konnte, wurde sie mit einem komplizierten Problem an einer anderen Front konfrontiert: Die Preise für Zinn fielen, unter 4 Dollar pro Pfund. Das wichtigste Exportprodukt brachte im vergangenen Jahr Devisen in Höhe von 247,9 Mill. Dollar. In diesem Jahr erwartet man lediglich 100 Mill. Dollar. Planungsminister Guillermo Bedregal schließt nicht aus, daß die Hälfte der Minen geschlossen werden müssen.

Bedregal hofft, mit neuen Krediten internationaler Behörden und privater Banken die kritische Phase der nächsten Monate durchstehen zu können. Eine Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat gerade die Lage vor Ort inspiziert. Er möchte „unter allen Umständen" eine bittere Rezession vermeiden. „Es ist leichter, eine Inflation zu bremsen als eine Rezession zu überwinden."

Präsident Paz Estenssoro nennt die Entwicklung des Zinnpreises zwar eine „schreckliche Situation". Er äußert jedoch nach wie vor Optimismus: „Wir werden die Schwierigkeiten meistern." (SAD)

GRIECHENLAND / Anhebung zahlreicher Preise

Streiks halten weiter an

E. ANTONAROS, Athen

Fast täglich bereitet die Athener Regierung Papandreou den Griechen eine neue unangenehme Überraschung. Nach der Verkündung eines Gehalt- und Lohnstopps bis zum Ende 1987, der zu einer Spaltung der Gewerkschaften führte und eine immer noch anhaltende Streikwelle auslöst, hat der für die Preispolitik zuständige Regierungsausschuß am Wochenende die Anhebung von zahlreichen Preisen mit sofortiger Wirkung mitgeteilt.

Zum drittenmal seit Jahresbeginn wurden die Treibstoff- und Heizölpreise um acht bis 15 Prozent erhöht. Ein Liter Superbenzin kostet nun 80 Drachmen (1,33 DM) statt bisher 72 Drachmen, ein Liter Normal 75 (1,25 DM) statt 65 Drachmen. Auch die Preise aller einheimischen Milchprodukte sind um 15 bis 20 Prozent gestiegen. Weitere Preiserhöhungen, vor allem im hochdefizitären staatlichen Dienstleistungsbereich, werden für die nächsten Tage erwartet. Dazu zählt unter anderem die Anhebung der Post- und Telefongebühren um circa 20 Prozent.

Die Preiserhöhungen im Staatssektor dienen in erster Linie dem im Staatshaushalt für das Fiskaljahr 1986 vorgesehenen Kürzung der Defizite der Staatsbetriebe um fast anderthalb Mrd. DM. Durch die Preiserhöhungen im Agrarbereich soll vor allem die Abschaffung von zahlreichen Subventionen ermöglicht werden, die trotz Griechenlands Vollmitgliedschaft in der EG weiterhin existieren. Schließlich sollen durch die Preiserhöhungen der Erdölprodukte die Nachteile behoben werden, die durch die Abwertung der griechischen Währung um 15 Prozent entstanden sind.

Experten haben ausgerechnet, daß durch die Drachmenabwertung und die jetzige Preislawine die Preise allein in den letzten vier Monaten dieses Jahres um 15 Prozent steigen werden. Vor diesem Hintergrund ist es höchst unwahrscheinlich, daß sich die Regierungsprognosen über eine Gesamtjahresinflation von maximal 23 Prozent verwirklichen lassen.

Diese horrenden Preissprünge, gepaart mit den enormen Kaufkraftverlusten, die die meisten Arbeitnehmer durch das Wegbleiben der in den letzten Jahren üblichen Lohnanpassung an den Preisindex in Kauf nehmen müssen, hat die Gewerkschaften verärgert. Fast täglich finden in Griechenland zahlreiche Streiks in sämtlichen Lebensbereichen statt. Die Streiksituation ist mittlerweile so unübersichtlich geworden, daß die meisten überregionalen Zeitungen täglich lange Listen über die geplanten Streiks veröffentlichen.

Trotz der brisanten Streiksituationen scheint Athen zu Konzessionen nicht bereit zu sein. Nachgiebigkeit gegenüber einzelnen Berufsgruppen, so wird in der Regierung argumentiert, würde das unpopuläre, aber wegen der desolaten Wirtschaftslage absolut notwendige Austerity-Programm ins Wanken bringen.

Letzte Subvention für Stahlbranche

J. Sch. Paris

Die angeblich letzte Staatshilfe für die verstaatlichte französische Stahlindustrie wurde jetzt von der Regierung auf 20 Mrd. Franc festgesetzt. Davon erhält Sacilor 12,8 Mrd. Franc und Usinor 7,2 Mrd. Franc. Zu diesen Beträgen emittieren die beiden Konzerne per 31. Dezember Wandelanleihen, die in voller Höhe vom staatlichen Interventionsfonds für die Stahlindustrie (FIS) gezeichnet werden. Die Wandlung (in staatliche Kapitaldotationen) erfolgt im Laufe der nächsten zwei Jahre. Dieses Verfahren wird formal dem EG-Beschluß gerecht, wonach ab 1. Januar 1986 der Stahlindustrie keine Subventionen mehr gewährt werden dürfen.

Die Hälfte der Hilfe ist für die Umwandlung der mittel- und langfristigen Schulden bestimmt, wodurch die Finanzlasten (zur Zeit 8,5 Prozent des Umsatzes) erleichtert werden. Von der anderen Hälfte erhalten (an frischen Mitteln) Sacilor 3,3 Mrd. Franc 1986 und 4,5 Mrd. Franc 1987 sowie Usinor 0,7 und 1,5 Mrd. Franc. Die größere Hilfe für Sacilor erklärt sich daraus, daß dieser Konzern die Kontrolle der gemeinsamen Tochtergesellschaften Unimétal (Langprodukte) und Ascométal (Spezialstahl) übernehmen mußte.

BHF-Bank mit besserer Zinsmarge

VWD, Frankfurt

Die positive Ertragsentwicklung in der ersten Jahreshälfte hat sich im weiteren Jahresverlauf verstärkt fortgesetzt. Das schreibt die BHF-Bank in ihrem Aktionärsbrief über die Geschäftsentwicklung in den ersten zehn Monaten. Die Zinsmarge habe sich nach einem anfänglichen Rückgang wieder verbessert und liege im Berichtszeitraum über dem Vorjahresniveau. Der Zinsüberschuß sei wegen der verbesserten Marge und des gestiegenen Geschäftsvolumens auf 203 Mill. DM gestiegen gegenüber 184 Mill. im Vorjahreszeitraum. Der Provisionsüberschuß konnte gegenüber dem anteiligen Vorjahresergebnis um 18 Prozent auf 105 (89) Mill. DM gesteigert werden. Dies wird mit dem anhaltend starken Kommissionsgeschäft und der regen Emissionstätigkeit begründet.

Die Personalaufwendungen stiegen auf 124 (114) Mill. und der Sachaufwand auf 61 (56) Mill. DM. Das Teilbetriebsergebnis verbesserte sich auf 123 (103) Mill. DM. Der gute Geschäftsverlauf bestärke die BHF in der Erwartung, wieder ein befriedigendes Gesamtergebnis vorlegen zu können. Die Bilanzsumme betrug am 31. Oktober 12,5 Mrd. DM nach 11,5 Mrd. Ende 1984.

POLEN / Erholung macht kaum Fortschritte – Versorgungslage leicht verbessert

Weiterhin auf Westkredite angewiesen

dpa/VWD, Warschau

Probleme mit veralteten Maschinen und überholten Produktionsweisen, Versorgungsengpässe, eine kaum zu überbrückende technologische Lücke, Exportschwierigkeiten sowie hohe Auslandsschulden lassen Polen nur zögernd die Folgen der Wirtschaftskrise überwinden. Eine nach dem Krisentief verzeichnete Erholungsphase 1983/84 sollte in ein stetes Wirtschaftswachstum münden. Das für 1985 mit vier bis 4,5 Prozent vorgesehene Wachstum der Industrieproduktion wird nicht erreicht.

Besorgnis erregt bei der Regierung die Entwicklung des Westhandels. So wird am Ende des Jahres mit einem Exportvolumen von 5,65 Mrd. US-Dollar (15,2 Mrd. DM) das Planziel nur zu 89 Prozent erfüllt, bei einem Handelsüberschuß von lediglich 1,27 Milliarden. Die Zahlungsbilanz bleibt bei einer diesjährigen Belastung durch Zinsverpflichtungen von 2,19 Mrd. Dollar weiterhin negativ. Um keine Zweifel im Westen an der Kreditfähigkeit aufkommen zu lassen, versicherte Regierungssprecher Jerzy Urban, Polen werde seinen Verpflichtungen auf alle Fälle nachkommen.

Die Gesamtverschuldung Polens im Westen wird zum Jahresschluß auf 29,2 Mrd. Dollar steigen. Finanzminister Stanislaw Nieckarz plant für 1986 ein Exportwachstum von 9,2 Prozent auf 6,17 Mrd. Dollar und einen Handelsüberschuß von 1,5 Mrd. Dollar. Der Schuldenberg wird aber auch dann bis Ende 1986 auf 30,5 Mrd. Dollar und bis 1989 auf 33 bis 34 Mrd. anwachsen. Bisher ist es Polen nicht gelungen, die Verschuldung einzudämmen. Der Schuldendienst macht rund 25 Prozent der Exporteinnahmen aus. Die Schulden im Osten werden von derzeit 5,6 Mrd. Rubel (18,8 Mrd. DM) auf 6,3 Mrd. 1986 steigen.

Die Regierung in Warschau sieht die Lösung vieler Probleme in der Steigerung der Ausfuhren, was jedoch bei einer hauptsächlich durch Rohstoffe bestimmten Exportstruktur an Grenzen stößt und nur durch einen erhöhten Anteil von Fertigerzeugnissen zu erreichen ist. Warschau fordert deshalb eine „volle Normalisierung der Finanzbeziehungen" mit dem Westen und neue Investitionskredite. Ohne den Import hochwertiger Vorprodukte werde eine Exportsteigerung, die auch im Interesse der Gläubiger liege, kaum möglich sein, heißt es in der polnischen Hauptstadt. Während Polen 1980 rund 8,8 Mrd. Dollar Kredite erhielt, waren es 1985 nur 0,3 Mrd.

Die gesamte Wirtschaft hat vor allem Investitionen zur Modernisierung dringend nötig. Die Investitionen sollen 1986 um vier Prozent steigen, jedoch zunehmend über Bankkredite finanziert werden. Im Staatshaushalt, der 1986 ein Volumen von umgerechnet 28 Mrd. Dollar hat und ein Defizit von fast einer Milliarde Dollar ausweist, soll die staatliche Finanzierung von Investitionen um fünf Prozent gekürzt werden.

1985 war geplant, das Einkommen der Bevölkerung um 16,8 Prozent wachsen zu lassen. Hohe Gehaltsforderungen in den Betrieben bewirkten jedoch einen Anstieg um 22 Prozent. Bezweifelt wurde bei der Vorlage des Haushaltes letzte Woche, ob es 1986 gelingen wird, das geplante 14prozentige Wachstum des Einkommens einzuhalten.

Obwohl von einem Marktgleichgewicht noch weit entfernt, hat sich die Versorgungslage in den letzten Jahren gebessert. Von den Lebensmitteln sind jetzt nur noch Fleisch und Wurst rationiert. Besser geworden ist auch die Versorgung mit Konsumgütern.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Frankfurt: Peter Emmel GmbH; Die Fotosetzer GmbH; **Göppingen:** City-Photo Franz & Co. GmbH; **Hildesheim:** Heinrich Sonnenberg, Kaufmann u. Hotelbesitzer; Nachl. d. Percy Stewart; **Höxter:** Rudi Bondzio, Kfz.-Meister; **Landau:** MIG GmbH, Bauunternehmung, Kandel; **Mannheim:** Immobilien Etsch GmbH, Weinheim; **Neuss:** KOORDINATA Altbausanierung GmbH; **Nürnberg:** Siegfried Schweiger GmbH, Diepersdorf; **Recklinghausen:** Hellmann Bauges. mbH, Herten; **Rendsburg:** Nachl. d. Elfriede Wienke; **Reutlingen:** Nachl. d. Gerhard Carl Ohlandt, Metzingen; **Saarlouis:** Inge Reck-Sigler, Bous; **Stadthagen:** K + I Leinenweberei GmbH; **Tostedt:** Claus Ehrenthal Bauunternehmen GmbH, Buchholz; **Ulm:** Nachl. d. Samuel Selinski; **Waiblingen/Enz:** PLM – Planungstechnik Wimmer GmbH, Illingen; **Weiden:** Fliesenlegermeister Heinz Schönberner; **Wuppertal:** CC Computer Systeme GmbH.

Vergleich beantragt: Münster: Verfürth GmbH & Co. KG.

Aktien beschleunigt abwärts

Verkäufe kamen aus dem Aus- und Inland

DW. – Der Druck auf die Aktien hat sich am Montag verschärft. Wie in der Vorwoche, so lagen auch jetzt wieder Verkaufsaufträge aus dem Ausland vor. Durch sie wurden sowohl Kurs- als auch erhebliche Währungsgewinne realisiert. Unbeeindruckt durch die günstigen Aktienprognosen großer Banken nahmen auch inländische institutionelle Anleger Positionslösungen vor. Da andererseits die Aufnahmebereitschaft auch nach Überwindung des Monatsultimos gering blieb, kam es in zahlreichen Standardaktien zu Kursverlusten.

Im Mittelpunkt der Auslandsverkäufe standen wieder Siemens, Deutsche Bank, Schering sowie Daimler und Mercedes. Bei den VW-Aktien wurde der Rückschlag von rund 15 DM mit der Enttäuschung darüber erklärt, daß mit der jetzt avisierten Optionsanleihe alle Hoffnungen auf eine Kapitalerhöhung zu günstigen Konditionen zunächst einmal zu Grabe getragen werden müßten. Die Konditionen der Optionsanleihe wurden als ausgekocht bezeichnet. Von der Abgabewelle blieben auch die Unternehmen der Großchemie trotz ihrer günstigen Dividendenprognosen nicht verschont. Allerdings hielten sich bei ihnen die Tagesverluste vergleichsweise in Grenzen, während bei Beiersdorf der Rückgang 35 DM ausmachte. In den konsumnahen Aktien wurden ebenfalls Gewinne realisiert, was hier zu Abschlägen um 10 DM führte. Bei den Banken fielen lediglich Bayern Hypo mit einem kleinen Tagesgewinn aus dem Rahmen.

Frankfurt: Braun wurden um 20 DM zurückgenommen. Altana verloren 13 DM und Kochs Adler verminderten sich um 14,80 dm. Binding erholten sich um 5 DM, Grünzweig – Hartmann um 7 DM und Kali Chemie um 5 DM.

Düsseldorf: Bilfinger konnten sich um 3 DM, Heinrich Lehmann um 4 DM und Keramag um 6 DM verbessern. Concordia Chem. büßten 5 DM ein. Isenbeck gaben um 2 DM nach und Kochs Adler verminderten sich um 9 DM.

Hamburg: Bremer Vulkan gaben um 5 DM nach, Beiersdorf schwächten sich um 25 DM ab und Doag fielen um 15,50 DM. HEW lagen mit minus 0,80 DM etwas leichter.

München: Cassella erhöhten sich um 8 DM, Dywidag zogen um 10 DM an und Grünzweig konnten sich um 8 DM verbessern. Aigner fielen um 7 DM, Agrob St. gaben um 1 DM nach und Flachglas verminderten sich um 10 dM.

Berlin: Rheimetall St. zogen um 10 DM an und Engelhardt wurden um 5 DM höber taxiert. Herlitz Vz. erholten sich um 4,50 DM und Berthold um 4 DM. Detewe und Schering schwächten sich um je 9 DM ab.

Stuttgart: Hohner konnten sich um 8,90 DM verbessern. ASS konnten sich um 9 DM und Aesculap um 3 DM verbessern. Daimler gaben um 28 DM und Mercedes um 55 DM nach.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 240,44 (145,39)
WELT-Umsatzindex: 3953 (3210)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

[illegible]

Frankfurt: 2. 12. 1985

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Sydney

	2.12.	29.11.
[illegible]	2,78	2,8
[illegible]	7,65	2,65
[illegible] Banking	4,55	4,53
[illegible]	2,1	2,1
[illegible] Copper	1,8	1,83
[illegible]	8,26	8,33
[illegible]	4,18	4,2
[illegible]	5,36	5,34
[illegible]	3,5	3,49
[illegible]	0,36	0,36
[illegible]	2,45	2,48
[illegible]	3,4	3,4
[illegible] Hill	2,2	7,28
[illegible]	1,27	1,27
[illegible]	5,1	5,2

Tokio

	2.12.	29.11.
Canon	1110	1090
Daikin Kogyo	665	671
Daiwa Sec.	785	777
Daiwa House	890	885
Eisai	1300	1270
Fuji Bank	1440	1450
Fuji Photo	2020	1990
Hitachi	710	705
Honda	1170	1140
Ikegai Iron	354	360
Kansai El. P.	1830	1820
Kao Soap	988	979
Kirin Brewery	725	744
Komatsu	506	501
Kubota Iron	337	338
Matsushita El. Ind.	1190	1190
Matsushita El. Wks.	891	900
Mitsubishi El.	346	344
Mitsubishi H. I.	372	363
Nikko Sec.	725	736

Toronto

	2.12.	29.11.
Inter City Gas Ltd.	17	17,125
Interprov. Pipeline	–	44,625
Kerr Addison	15,375	15,5
Lac Minerals	36	36,25
Massey Ferguson	3,2	3,2
Moore Corp.	27,75	27,75
Noranda Mines	13,75	14,125
Norcen Energy Res.	15,875	16
Northgate Expl.	4,65	4,7
Northern Telecom.	45,25	45,25
Nova An Alberta 'A'	6,625	6,75
Nu West Group	0,42	0,43
Oakwood Petrol	–	3,425
Placer Development	24,25	24,425
Provigo Inc.	14,75	15
Ranger Oil	5,375	5,75
Revenue Properties	–	2
Rio Algom	–	22
Royal Bk. of Can.	34,625	34,875
Seagram	63,625	63,75

Zürich

	2.12.	29.11.
Nestlé Inh.	8100	8110
Oerlikon-Bührle	1340	1350
Sandoz NA	4200	4150
Sandoz Inh.	10000	10000
Sandoz Part.	1670	1720
Art. A. Saurer	206	206
Schw. Bankges.	4930	4975
Schw. Bankverein	523	526
Schw. Kredit. A. Inh.	3480	3500
Schw. Rückv. Inh.	12600	12800
Schw. Volksb. Inh.	2400	2430
Sika -B-	4175	4172
Gebr. Sulzer Part.	490	498
Swissair	1540	1540
dgl. NA	1250	1270
Winterthur Inh.	5875	5900
Winterthur Part.	4990	4990
Zür. Vers. Inh.	5725	5725
Index: Schw. Bankv.	476,80	–

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 147,85 (150,61); Elektrowerte: 285,87 (293,32). Autowerte: 564,58 (583,94); Maschinenbau: 163,36 (166,51). Versorgungsaktien: 147,74 (147,71); Banken: 326,56 (332,45); Warenhäuser: 129,75 (133,34); Bauwirtschaft: 385,59 (388,19); Konsumgüterindustrie: 129,23 (130,77); Versicherung: 1264,76 (1264,23); Stahlpapiere: 158,98 (167,08)

Kursgewinner:

Adt	42,00	+5,00	+13,5%
Engelhardt	255,00	+20,00	+8,5%
Grünzw. Hartm.	126,00	+7,00	+5,8%
Autania	400,00	+20,00	+5,2%
Bankg. v. 1899	690,00	+31,00	+4,7%
MAB St.	440,00	+20,00	+4,7%
AGT	259,00	+11,70	+4,7%
Württ. Bad. Vers.	2250,00	+100,0	+4,6%
VDM	355,00	+14,50	+4,5%
Herlitz St.	214,00	+8,50	+4,1%

Kursverlierer:

Westafr. Vict.	70,00	-7,00	-9,0%
VFS Verm.	510,00	-45,00	-8,1%
IG Farben Liqu.	10,00	-0,60	-5,6%
Strabag	199,00	-11,00	-5,2%
Thyssen	161,50	-9,00	-5,2%
Koepp	170,00	-9,00	-5,0%
Nordd. Hypo	170,00	-9,00	-5,0%
Dortm. Hansa	200,00	-10,00	-4,7%
Dt. Babcock St.	205,00	-10,00	-4,6%
VW	386,50	-19,00	-4,6%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 580,00 T, Kötitzer 1940,00 T, VAB 3000,00 G
Düsseldorf: BASF 246,50, Contigas 335,00 G, IWK –, Linde 550,00 bG, Metallges. 280,00 T, Nixdorf 521,00 bG, Schering –, VEW 132,00
Frankfurt: Alweiler St. 270,00 G, Alweiler Vz. 211,00 bG, BASF 251,00, Contigas –, Frankona 452,00 bG, IWK 300,00, Linde 580,00, Magdeburger Feuer 500,00, Magdeburger Feuer NA 1501,00, Metallges. 290,00, Moto Meter 203,00 G, Nixdorf 521,00, Schering 610,00, VEW 130,00, Wibau 9,00 G
Hamburg: Schering 615,00
München: BASF 249,00, Bremer Wolle 187,00 G, Contigas 345,00 G, Isar Amper 348,00 bG, IWK 300,00, Linde 585,00 G, Metallges. 275,00, Nixdorf 530,00, Schering 620,00 B, Stumpf 120,00 B, VAB 3050,00 G, VEW 130,00 bG, Wanderer 500,00 B
Bezugsrecht: Lehmann 12,00 DM, Doag 19,00 DM.

Devisenmärkte

Der US-Dollar war auch zum Wochenbeginn schwach. Nach am frühen Morgen konnte man den Eindruck gewinnen, daß eine Phase der Stabilisierung eintreten könnte. Die Kurstaxen lagen zu diesem Zeitpunkt 2,5160. Das Angebot nahm zu, und bis zur Notiz wurde zeitweise nur noch knapp über 2,50 gezahlt. Die Bundesbank griff nicht ein und blieb auch zur Notiz von 2,5030 fern. Am Nachmittag wurde die Marke von 2,50 bis 2,4960 unterschritten. Postwendend entwickelte sich endlich der Hauch einer Reaktion, die den Kurs bis 2,5070 trug. Die D-Mark verlor heute einen Teil ihrer Favoritenrolle an das Englische Pfund, das um 6,4 Promille auf 3,7510 kletterte. Der Schweizer Franken fiel um 30 Pfennige auf 120,55. Dort nahmen die Großbanken ihre Einlagensätze zurück. Aus dem Japanischen Yen stieg man weiter aus. Er gab heute um 7,7 Promille auf 1,2320 nach. Dollar in: Amsterdam 2,8160; Brüssel 50,64; Paris 7,6350; Mailand 1703,00; Wien 17,6050; Zürich 2,0766; Ir. Pfund/DM 3,090; Pfund/Dollar 1,4986; Pfund/DM 3,751.

Devisen und Sorten

2.12.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,499	2,507	2,4887	2,44	2,56
London[2]	3,744	3,758	3,684	3,68	3,87
Dublin[2]	3,083	3,097	3,046	2,99	3,14
Montreal[1]	1,8016	1,8096	1,7933	1,76	1,86
Amsterd.	88,825	89,045	88,64	87,75	89,50
Zürich	120,45	120,63	121,17	119,50	122,25
Brüssel	4,911	4,931	4,885	4,80	5,00
Paris	32,70	32,86	32,365	31,75	33,50
Kopenh.	27,525	27,645	27,305	26,50	28,25
Oslo	33,08	33,20	32,51	31,75	33,50
Stockh.**	32,79	32,95	32,23	32,00	33,75
Mailand[3]**	1,4635	1,4735	1,4335	1,42	1,52
Wien	14,212	14,252	14,17	14,13	14,35
Madrid**	1,614	1,624	1,572	1,54	1,66
Lissabon**	1,57	1,59	1,483	1,15	1,75
Tokio	1,2305	1,2335	–	1,20	1,26
Helsinki	46,08	46,28	45,435	45,00	47,80
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,656	1,71	–	0,95	1,75
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,684	1,705	–	1,67	1,77
Johannbg.*	0,893	0,927	–	0,72	1,04
Hongkong *	31,96	32,24	–	30,00	34,00

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 80 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Renten ohne Richtpunkte

Am Rentenmarkt herrschte zum Wochenbeginn verbreitet Unsicherheit. Die Kurse öffentlicher Anleihen schwankten um 0,10 Prozentpunkte. Kaufaufträge aus dem Ausland lagen kaum noch vor. Der rückläufige Dollar hat einer Anlage in der Bundesrepublik offensichtlich den währungspolitischen Reiz genommen, der bisher als Ausgleich für die vergleichsweise niedrige Verzinsung angesehen worden war. Die 6¾prozentige Anleihe von Baden-Württemberg wurde zu ihrem Emissionskurs von 99,60 Prozent in den Handel eingeführt.

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Um das Limit höher ging Kaffee aus dem Markt. Auch Kakao notierte fester.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	29.11.	28.11.
Dez.	334,75	
März	334,75	geschl.
Mai	312,00	

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	29.11.	28.11.
Dez.	60,40	
März	60,15	
Mai	60,70	geschl
Juli	58,85	
Okt.	55,30	
Dez.	51,50	

Devisenterminmarkt

Die Dollar/DM-Deports wurden am 2. 12. reduziert genannt, da die DM-Zinssätze höher tendierten.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,80-0,70	2,12-2,02	4,15-3,95
Pfund/Dollar	5,45-0,43	1,21-1,18	2,21-2,18
Pfund/DM	2,90-1,50	6,70-5,30	12,1-10,7
FF/DM	24-8	34-14	104-88

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2.12.: Tagesgeld 4,90-5,25 Prozent, Monatsgeld 4,75-4,90 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.
Privatdiskontsätze am 2.12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 29.11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2.12.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8⅓-8⅜	4⅝-4¾	3⅞-4⅛
3 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	3⅞-4⅛
6 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	3⅞-4⅛
12 Monate	8⅛-8¼	4⅞-5⅛	4⅛-4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 2.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00, Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2.12. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM)

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1205,00	1556,10
5 US-Dollar (Indiana)**	795,00	957,65
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	644,10
1 £ Sovereign alt	192,75	242,54
1 £ Sovereign Elizabeth II.	188,50	237,69
20 belgische Franken	146,50	195,51
10 Rubel Tscherwonez	194,50	249,09
2 südafrikanische Rand	180,75	227,72
Krüger Rand, neu	807,25	960,17
Maple Leaf	824,50	979,83
Platin Noble Man	885,50	1049,37
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,50	271,89
20 schweiz. Franken „Vreneli"	163,75	215,18
20 franz. Franken „Napoléon"	156,00	206,34
100 österr. Kronen (Neuprägung)	763,75	934,52
20 österr. Kronen (Neuprägung)	151,75	195,80
10 österr. Kronen (Neuprägung)	78,25	106,31
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	360,00	444,60
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	81,50	115,71

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

zent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,78) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,74) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,55, 2 Jahre 5,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,30, Rendite 6,43.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 2.12.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,524	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	100,933	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,73	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	38,06	6,85
Commerzbank	100,00	22.5.95	53,58	6,85
Commerzbank	100,00	4.8.00	37,30	6,95
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	100,16	10,40
DSL-Bank R.264	937,01	2.7.90	102,40	6,55
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,74	6,55
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,89	7,02
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	105,42	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,25	7,04
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,33	6,84
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	34,98	7,10
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	52,53	7,22
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,42	7,12
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	25,40	7,12
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	52,71	6,95
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,70	6,83
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,60	7,05
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,38	7,18
WestLB 500	126,86	16.2.89	106,75	5,55
WestLB 501	137,01	16.2.90	107,25	6,01
WestLB 503	115,76	3.10.88	99,90	5,35
WestLB 504	141,85	1.10.91	99,05	6,36
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	82,25	9,39
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	57,375	9,41
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	50,00	11,85
Xerox (AA)	400,00	11.2.92	55,125	10,09
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	54,875	10,07
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	51,875	9,53
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	43,125	10,81
Penney (A+)	100,00	17.2.94	44,50	10,36
Sears (AA)	100,00	27.5.94	44,00	10,15
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	43,75	19,19
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	43,875	9,30

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Jahre	Umlauf-Rendite* ca.% (Vortag)		Preise** bei Kuponzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	5,00	(5,00)	100,0	101,0	101,8	102,8	103,7	104,7
2	5,55	(5,55)	99,0	100,1	102,5	104,4	106,2	108,0
3	6,05	(6,05)	97,0	99,9	102,3	105,0	107,6	110,3
4	6,46	(6,47)	94,7	98,1	101,5	105,0	108,4	111,8
5	6,71	(6,70)	92,6	96,7	100,8	104,9	109,1	113,2
6	6,80	(6,80)	90,9	95,7	101,0	105,3	110,1	114,8
7	7,02	(7,00)	88,6	94,0	99,9	104,7	110,1	115,5
8	7,10	(7,10)	87,0	92,9	99,4	104,8	110,7	116,6
9	7,15	(7,15)	85,5	92,0	99,1	104,9	111,3	117,8
10	7,20	(7,20)	84,1	91,0	98,6	104,9	111,8	118,7
15	7,40	(7,40)	78,0	86,8	95,6	104,4	113,3	122,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: unerh. (110,148)
Performance-Rentenindex: unerh. (230,612)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Fonds	30. Nov.	7,70-10
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	7,80
	60–270 Tage	7,75
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,80
	60 Tage	7,80
	90 Tage	7,80
Certificates of Deposit	1 Monat	7,75
	2 Monate	7,75
	3 Monate	7,75
	6 Monate	7,75
	12 Monate	7,85
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,15
	26 Wochen	7,25
US-Staatsanleihe	10 Jahre	9,58
	30 Jahre	9,84
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	18. Nov.	616,6 Mrd. $ (+ 2,8 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Dezember	116,55	116,15
März	117,90	117,50

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Triumphale Premiere Delta S4

Lancia Doppelsieg in England

Das letzte Rennen zur Rallye-Weltmeisterschaft 1985: Erster internationaler Auftritt für den neuen Lancia Delta S 4. Siebenundsiebzig Stunden vom Start bis zum Zieleinlauf in Nottingham. 65 schwerste Sonderprüfungen auf strapaziösen Pisten.

Auf diesem Prüfstand: zwei Delta S 4. Mit dem absoluten Optimum an modernster Automobil-Technologie: doppelter Turbolader plus Kompressor, Allradantrieb mit Lastausgleich für Front- und Hinterradantrieb, Vierzylindermotor mit 16 Ventilen. Leistung 450 PS / 8000 U/min, max. Drehmoment 45 kgm / 5000 U/min. Auf dem Prüfstand: Zuverlässigkeit von Lancia High Tech. Mit dieser Synthese aus modernster Technologie und Zuverlässigkeit hat Lancia bereits mehr Rallye-Weltmeisterschaften und berühmte Rallyes gewonnen als jede andere Marke. Auf dem Prüfstand aber auch: die Bewährung der Lancia-Technologie für jedes Lancia Serienauto. Denn Fahrfreude unserer Kunden ist immer unser schönster Sieg.

Am Doppelsieg haben Anteil:
Bilstein · Brembo · Esso · Ferodo Magneti Marelli · Martini & Rossi VS Oliofiat · Olivetti · Pirelli · Sabelt Savara · Siem · Speedline · Weber.

Schlußklassement der RAC-Rallye vom 24. bis 28. November 1985:
Platz 1: Toivonen/Wilson, Lancia
Platz 2: Alen/Kivimäki, Lancia
Platz 3: Pond/Arthur, MG Metro
Platz 4: Eklund/Cederberg, Audi Quattro
Platz 5: Kankkunen/Gallagher, Toyota
Platz 6: Opel. Platz 7: Nissan. Platz 8: Opel

LANCIA

Welch ein Fahr-Zeug!

LANCIA MARTINI
MARTINI
MAGNETI MARELLI
brembo
olivetti

Kardinal Ratzinger: „Zur Lage des Glaubens"

Die Kirche geht voran

Seit dem Abschluß des Zweiten Vatikanischen Konzils sind 20 Jahre vergangen. Am Rande der außerordentlichen Bischofssynode, die Papst Johannes Paul II. deshalb nach Rom einberief, wird leidenschaftlich über ein Buch diskutiert – über das Gespräch „zur Lage des Glaubens", das Kardinal Ratzinger, Präfekt der Römischen Kongregation für die Glaubenslehre, mit dem italienischen Journalisten Vittorio Messori geführt hat. Übersetzungen aus dem Italienischen ins Deutsche und ins Französische liegen schon vor. Und auch in Brasilien, einem Zentrum radikaler Formen der Befreiungstheologie, ist vor wenigen Tagen eine Übersetzung ins Portugiesische erschienen.

Zur Befreiungstheologie zitiert Messori ein „privates Dokument" des Theologen Ratzinger, also eine Äußerung, die ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Der zunächst durch Indiskretion bekanntgewordene Text analysiert, wie durch Bibelexegeten aus der Schule des Protestanten Bultmann und durch die marxistische Geschichts- und Gesellschaftskritik der späten sechziger Jahre in die Befreiungstheologie Gedanken einströmten, die unvereinbar sind mit der Lehre der Kirche. Solcher Verführung des Geistes, die „eine fast unwiderstehliche Logik in sich trägt", stellt Ratzinger den Auftrag der Kirche entgegen: Die „Logik des Glaubens" müsse als „Logik der Wirklichkeit, das heißt, als reale Kraft einer besseren Antwort in gelebter Erfahrung" zwingend, also überzeugend, sichtbar gemacht werden.

Buch des Tages

Mehr noch als Kritik an Irrwegen der Befreiungstheologie erregt manche Gemüter in dem Ratzinger-Gespräch das Wort „Restauration". Der Italiener Messori hatte es dem Kardinal suggeriert. „Wenn mit ‚Restauration' ein Zurückgehen gemeint ist", antwortet Ratzinger auf die Frage Messoris, „dann ist keinerlei Restauration möglich. Die Kirche schreitet vorwärts auf die Vollendung der Geschichte zu, sie blickt voraus auf den Herrn, der kommt. Nein, man geht nicht zurück, noch kann man es." Wenn man unter „Restauration" ein „neu gefundenes Gleichgewicht der Orientierungen und der Werte innerhalb des katholischen Ganzen" verstehe, so sei dies wünschenswert.

Zur Klarstellung fügte der Kardinal später hinzu, linguistisch sei das Wort „derart besetzt", daß es schwierig sei, ihm eine solche Bedeutung zu geben. Also nicht Ratzinger, sondern sein italienischer Gesprächspartner hat das Stichwort „Restauration" in die Debatte eingebracht. Der Kardinal hat sich davon klar distanziert. Was bezweckt dann das Gerede mancher Gegner der Kirche, die römische Kurie strebe eine „Rückkehr" in die Vergangenheit an?

Im Mittelpunkt der umfassenden Übersicht über die „Lage des Glaubens", die Kardinal Ratzinger in dem mehrtägigen Interview bietet, stehen jedoch weder die Befreiungstheologie noch der Streit um die angebliche „Restauration". Kirchenverständnis, Priester und Bischöfe, die Krise der Moral, die Liturgie, die „letzten Dinge" – also Tod, Auferstehung und ewiges Leben – sowie die Ökumene aus katholischer Sicht (mit einem bemerkenswerten Seitenblick auf die Bedeutung der Lutherbibel für das protestantische Deutschland), das sind Hauptfragen, die der Präfekt der Glaubenskongregation allgemeinverständlich mit einem gebildeten Laien erörtert.

Für die Kirchengeschichte war es ein Ereignis, daß sich ein Präfekt der ehemals verschwiegensten Kongregation der römischen Kurie mit einem Journalisten in einen so umfassenden Gedankenaustausch einließ. Das Tonband lief dabei immer mit. Ratzinger hat auch hier freilich als Theologe gesprochen, also gewissermaßen wiederum „privat", nicht als Präfekt der Glaubenskongregation.

Zu dem müßigen Streit, ob sich bei der römischen Bischofssynode die „konservativen" oder die „progressiven" Kräfte durchsetzen werden, verdient es ein fundamentaler Ratzinger-Satz, daß man ihn gründlich bedenkt: „Viele vergessen, daß für das Konzil der Gegenbegriff zu ‚konservativ' nicht ‚progressiv' ist, sondern ‚missionarisch'." HARALD VOCKE

Joseph Ratzinger: Zur Lage des Glaubens. Verlag Neue Stadt, München. 216 S., 28 Mark.

Aus dem Hausrat der Hohenzollern: Berliner Münzhumpen (um 1692) und Münchener Wikingerschiff (1914), aus der Ausstellung im Deutschen Goldschmiedehaus Hanau FOTOS: KATALOG

„Kaiserliches Gold und Silber": Hanau zeigt die Schätze von Wilhelm II.

Waggons voll mit Wikingerschiffen

Daß es dem letzten Deutschen Kaiser trotz seiner überstürzten Abreise nach Holland (im November 1918) später nach und nach gelang, Möbel, Hausrat und sonstigen kaiserlichen Besitz in insgesamt 31 Eisenbahnwaggons aus Berlin in sein Exil in Haus Doorn südlich der Straße von Utrecht nach Arnheim zu holen, ist längst bekannt. Was für Schätze sich jedoch darunter befanden, konnte man bisher allenfalls (und nur in Ausschnitten) in „Huis Doorn" (nach dem Tode von Wilhelm II. 1941 von der niederländischen Regierung übernommen und in eine Stiftung umgewandelt) selbst sehen.

Nun ist ein Teil der kostbarsten Stücke aus Gold, Silber und Edelsteinen zum ersten Mal in Deutschland zu bewundern. Das Deutsche Goldschmiedehaus in Hanau zeigt mit 241 ausgewählten Beispielen „Kaiserliches Gold und Silber".

Das reicht von den zierlich-eleganten, goldenen Tabatieren aus dem Besitz Friedrichs des Großen über zahlreiche Münz- und Prunkhumpen bis hin zu jenen überladenen, Klassizistisches und Neo-Barock in unbegreiflicher Naivität mischenden Huldigungsgeschenken an jenen Kaiser, dessen Macht- und Repräsentationsbedürfnis in späteren Jahren Stoff zu so vielen psychologischen oder gar medizinischen Spekulationen abgegeben hat.

Zu den interessantesten Stücken zählen Terrinen, Weinkühler und anderes Geschirr aus dem prunkvollen, 15 Zentner schweren, insgesamt 808 Einzelstücke umfassenden, von 14 Bildhauern entworfenen Hochzeitssilber, das die preußischen Städte 1881 dem damaligen Prinzen Wilhelm zu seiner Vermählung mit Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein untertänigst verehrten, nicht ohne öffentlich Rechenschaft über die Kosten abgegeben zu haben: 400 000 Reichsmark.

Hier wird Geschichte spürbar. Die preußischen Könige des 18. Jahrhunderts hatten ihr Tafelsilber zum großen Teil für die Staats- (sprich: Kriegs-) Kasse opfern müssen. Diese ehrenvolle Armut versuchte das wilhelminische Reich offenbar mit gewaltiger Anstrengung zu kompensieren, gleichzuziehen mit der historisch gewachsenen Prachtentfaltung bei den englischen oder französischen Nachbarn.

Eine merkwürdige Geschichte hat ein riesiges Wikingerschiff aus Gold, Silber und Edelsteinen. Gestiftet wurde es 1913 von den deutschen Fürsten und den freien Reichsstädten zum 25jährigen Regierungsjubiläum Wilhelms II. Als Fertigstellungsjahr wurde vom Hersteller 1914 eingraviert. Überreicht wurde es Wilhelm aber erst 1927, wie aus dem Tagebuch des letzten kaiserlichen Adjutanten, Sigurd von Ilsemann, hervorgeht. „Eine Gabe von sehr großem Wert", vermerkt der Tagebuchschreiber knapp.

Nichts von den Gefühlen, die den von seinem Volk verstoßenen deutschen Kaiser angesichts dieser anachronistischen Huldigung an die dahingesunkene Macht bewegt haben müssen. Und auch nichts über die Ursachen der Verzögerung. Vielleicht hängt sie mit einem anderen Datum zusammen: 1927 erging jenes Gesetz zum Schutz der Republik, das dem Kaiser endgültig jede Rückkehr verbot. Vielleicht hat in Berlin irgend jemand das Wikingerschiff bis dahin als heimliches Rückkehrsymbol zurückgehalten?

Ein ausführlicher und lückenlos bebilderter Katalog geht nicht nur auf interessante Aspekte der Geschichte der Goldschmiedekunst in Europa ein, sondern bietet (aus der Feder der Hanauer Oberstudienrätin Ina Schneider) einen Überblick über Wilhelms Exil-Jahre, in dem auf bemerkenswerte Art jeder Versuchung zu billiger Häme und Besserwisserei widerstanden wird. (Bis 23. Febr.; Kat. 32 Mark) JOACHIM NEANDER

Römische Oper: Wiederentdeckung von Cherubini

Démophoon bleibt stur

Durch zu viel Lob muß uns ein Komponist verdächtig werden. Weber, Mendelssohn, Schumann, Brahms und Wagner bewunderten ihn, für Beethoven war er gar der größte lebende Komponist: Luigi Cherubini, der uns nur noch als pedantischer Direktor des Pariser Conservatoires bekannt ist, als Opernkomponist allerdings längst zu den Akten gelegt wurde. Zur Spielzeiteröffnung der Römischen Oper wurden diese Akten wieder einmal neu geordnet und dabei mit dem „Demophoon" des 28jährigen ein Werk von frappierender Dramatik und melodischer Spontanität entdeckt.

Ein großer Wurf, der zu seiner Zeit jedoch ins Leere traf, was kaum verwundert, wie bei Dingen, die ihrer Zeit eine Winzigkeit voraus sind. 1788 gab es kein Werk weit und breit, das in dieser musikdramatischen Ernsthaftigkeit mit Cherubinis Pariser Erstling konkurrieren konnte, außer Mozarts „Don Giovanni" und „Cosi".

Etwas gemein mit Mozart hat der „Démophoon" tatsächlich, wenn auch mehr inhaltlicher Natur, und zwar mit „Idomeneo". Hier wie dort geht es um ein Menschenopfer. Monsieur Marmontel, Cherubinis Textlieferant, ließ sich (natürlich) von Metastasio inspirieren und blähte über Gebühr eine Geschichte auf um Démophoon, den König von Perinth, der für das jährlich Apoll darzubringende Jungfrauenopfer Dircé, die heimliche Gattin seines Sohnes Osmide, bestimmt. Osmide soll eine fremde Prinzessin heiraten, die sich wiederum in Osmides Bruder Néade verliebt hat. Démophoon bleibt aber stur bis zum Ende des dritten Aktes, als er erkennt, daß der Orakelspruch durchaus zugunsten seiner Kinder gedeutet werden kann.

Dieser nicht gerade umwerfenden Handlung gewinnt Cherubini, der sich nie mit den Schemata der italienischen Opera Seria identifizieren mochte, eine erstaunliche Frische und ein an Beethoven gemahnendes Pathos ab, das längst nicht so blechern lärmt wie das seines Landsmannes Spontini. Natürlich reiht sich Cherubini in die lange Reihe der Retter der „Tragédie lyrique" ein. Hier wird nicht in langen Arien geschwelgt, in Rezitativen gefaucht. Die Rezitative sind energisch durchgeknetet und gleiten unmerklich in dramatisch-ariose Duette hinüber, ohne auf der Stelle zu treten.

Gianluigi Gelmetti nun hätte bei seiner Aufführung an der Römischen Oper Orchester und Chor auf ein glutvolles Pathos hin getrimmt, und die Sänger erfüllten den Sprechgesang mit solenner Pracht. Die hohe Baß-Tessitur des Démophoon bereitet Jean Philippe Lafont keine Probleme. Monserrat Caballé (Dircé) zeigt, welcher Reichtum in den Flektionen dieser Rezitative steckt, wenn man die Musik aufzuschlüsseln versteht. In der Rolle der Prinzessin Ircile steht ihr Margarita Castro Alberty an stimmlicher Opulenz kaum nach, doch in dem „wie" liegt auch hier der ganze Unterschied. Und Veriano Luchetti als Osmide hätte nach einem triumphalen Radames kaum begeisterter gefeiert werden können.

Inszenatorische Kapriolen lassen sich mit dieser Seria nicht schlagen; das wußte auch Luca Ronconi. So stellt er die Figuren in Räume von grandioser, verwirrender, klassizistischer Prägnanz. Die schiefen, versenkten, auch mal von oben gesehenen Raumausschnitte sind abstrakte, symbolisch zu fassende Handlungsebenen. Und genau dadurch wird die humanitäre Aussage, frei nach Rousseau, in einen geistesgeschichtlichen Raum verlagert. ROLF FATH

KULTURNOTIZEN

300 Model aus Privatbesitz zeigt das Deutsche Brotmuseum in Ulm im Rahmen seiner traditionellen Weihnachtsausstellung bis 13. Januar.

In Monte Carlo findet zum elften Mal das Internationale Zirkusfestival statt, und zwar vom 5. bis 9. Dezember. Für die Bundesrepublik tritt der Zirkus Roncalli auf.

„Das Glasperlenspiel" heißt das Thema des 4. Internationalen Hermann-Hesse-Kolloquiums, das die Stadt Calw (Schwarzwald) am 16. und 17. Mai 1986 veranstaltet.

Mehr als hundert Siegel aus der Zeit vom 13. bis 19. Jahrhundert zeigt das Kestner-Museum in Hannover bis zum 2. Februar.

Josef Zaritzky, der als einer der Pioniere der modernen israelischen Malerei gilt, ist im Alter von 94 Jahren in Tel Aviv gestorben.

Rückkehr in die Alte Welt: Werner Baecker moderiert jetzt den Treffpunkt Kino

Profiliert sich nie auf Kosten anderer

Vielleicht geht's dem an Zuschauerschwund leidenden Kino demnächst wieder etwas besser. Denn Werner Baecker, fünfundzwanzig Jahre lang „unser Fernsehmann in Amerika" und als Kino- und Showbusineßfreund anerkannt, wirbt unter neuer Flagge für Filme und deren Schöpfer.

Heute abend steigt er mit der neuen Sendereihe „Treffpunkt Kino" (ARD) in die Bildschirmarena. In ihm hat die Kinobranche einen mitfühlenden und wohlwollenden Fürsprecher gefunden (und die Fernsehzuschauer einen profunden Moderator, der weiß, wovon und worüber er spricht).

Wie wenig es Baecker liegt, Schwächen eines Interviewpartners auszunutzen und sich auf dessen Kosten als harter Fernsehjournalist zu profilieren, hat die vor wenigen Wochen ausgestrahlte Sendung „Besuch bei Hildegard Knef in Hollywood" gezeigt. Wehe, Hildchen wäre so nahe vor ihrem 60. Geburtstag einem weniger taktvollen Besucher mit Kamera und Mikrofon in die Hände gefallen!

Seine einfühlsame und liebenswürdige Interviewtaktik erklärt Baecker so: „Kritiker werfen mir vor, ich sei zu freundlich. Ich suche mir im allgemeinen nur Gesprächspartner, die ich mag. Es gibt ohnehin schon genug Negatives in unserer Zeit. Da leiste ich mir meine positive Grundeinstellung."

Werner Baecker ist einer der wenigen alten Hasen des deutschen Fernsehens, die sich nicht in dem erbarmungslosen Metier verschlissen haben. Der gebürtige Wuppertaler begann 1948 als politischer Redakteur beim Hamburger Rundfunk (damals noch NWDR). Bereits im Jahr darauf machte er mit dem neuen Medium Fernsehen Bekanntschaft, als er mit Jürgen Roland die Sendereihe „Was ist los in Hamburg?" gestaltete. Sieben Jahre lang leitete er die Hörfunksendung „Echo des Tages" und drei volle Jahre die von ihm in Hamburg gegründete TV-Sendereihe „Die aktuelle Schaubude".

1960 wechselte er als Fernsehkorrespondent des NDR nach Amerika, in jenes hinter Klischees verborgene kontinentgroße Land, in das er bereits 1943 als Kriegsgefangener gebracht worden war.

Treffpunkt Kino – 20.15 Uhr, ARD

Als Werner Baecker in diesem Jahr, „New York, New York"-berühmt und voller neuer Pläne, nach einem Vierteljahrhundert Fernsehdiensten in der Neuen Welt heimkehrte, ließ er sich in München nieder. Weniger wegen des Freizeitwertes der bayerischen Metropole, mehr wegen ihrer Arbeitschancen.

In der Nähe des Arabellahauses, einem von Künstlern bevorzugten Appartementblock mit Hotelservice, liegen die Büros neuer Mediengesellschaften. Und mit dem Auto ist es nicht weit nach Geiselgasteig, der international bekannten Produktionsstätte für Film und Fernsehen.

Kein Wunder, daß Baeckers erster Gesprächspartner im heutigen „Treffpunkt Kino"-Magazin der Regisseur Wolfgang Petersen ist. Seine Unterhaltung mit dem Regie-As leidet allerdings an einem Manko. Weil es schon längst aufgezeichnet wurde, kommt das Fernsehereignis der vergangenen Woche nicht zur Sprache: die weltweit beachtete Auszeichnung des Fernsehfilms „Das Boot" (Regie: Wolfgang Petersen) mit dem sogenannten Fernseh-Oscar „Emmy award".

Sei's drum: Baeckers neues Film-Magazin wird aktuell genug sein, um Kinointeressierte angenehm zu unterhalten und zu informieren. Dabei wird Baecker Skandalen ebenso aus dem Wege gehen wie Fehleinschätzungen des internationalen Filmtrends.

Obwohl er zwischen New York und Hollywood viele Weltstars vor der Kamera hatte, ist er immer noch nicht frei von Lampenfieber, wenn das Rotlicht an der Kamera „läuft" signalisiert. Seine sympathische Erklärung: „Nervös wäre ich, wenn ich kein Lampenfieber hätte, denn das ist für mich ein Zeichen, daß ich meine Arbeit wirklich ernst nehme."

Wenn „Treffpunkt Kino" als Sendereihe einschlägt, ist mit einer langen Baeckerei zu rechnen. Denn seinen Ruhestand kann sich der 68jährige Fernsehmann der ersten Stunde (noch) nicht vorstellen.

GÜNTER RUDORF

KRITIK

Erfinder ohne Fortüne

Merkwürdig: Vom Fliegen wurde in diesem Film immer nur gesprochen, nie aber wurde die Flugbegeisterung des Erfinders Franz Xaver Stannebein sinnlich erfahrbar, nachvollziehbar gemacht, auch seine Erfindungen, das „Schraubenluftschiff" beispielsweise, wurden nicht vorgeführt. Vielleicht lag es daran, daß **Das Luftschiff** (ZDF), frei nach dem Roman von Fritz Rudolf Fries, von der „Gruppe Johannisthal" in den Babelsberger DEFA-Studios gedreht worden war, da verbot es sich von selbst, Flugapparate zu zeigen, die den zahllosen „DDR"-Bastlern Anregungen geben könnten, Mauer und Staatsgrenze zu überwinden. In Rückblenden wird der erstaunliche Aufstieg eines Erfinders vom Waisenkind zum Generaldirektor erzählt, der im Berliner Hotel Adlon absteigt, mit südamerikanischen Regierungen verhandelt, nach Spanien auswandert, dort eine Importfirma leitet, aber wieder ins „Reich" zurückkehrt, weil er von seinen Flugplänen besessen ist. Dann baut er in Spanien eine Rollbahn für die „Legion Condor", begibt sich aufs politische Glatteis und stürzt ab. Ein Film mit vielen Schwächen, künstlerischen wie politischen, der dem Roman nicht gerecht wird. ALBAN ROTT

Tatort-K.o. durch Bud

Dem **Tatort** „Baranskis Geschäft" (ARD) am Adventssonntag ging ein Programm-Krimi voraus, der gewiß spannender, aber auch peinlicher war als (fast) alle „Tatort"-Folgen zuvor. Das ZDF hatte bereits beim vorletzten „Tatort" Bud Spencer, den Mann mit harten Schlägen und sanftem Gemüt, aufmarschieren lassen. Mit Erfolg, denn der „Plattfuß"-Kommissar aus Neapel siegte hoch nach Punkten, ein K.o. konnte gerade noch abgefangen werden. Nun also wiederholte sich das Spielchen. Also auch mehr Brutalität in zukünftigen „Tatort"-Geschichten? Nein, endlich Qualität, gleichbleibende Qualität, mehr Originalität: in den Stories und an ihren Helden. Schimanski könnte Bud Spencer vielleicht zum Teufel jagen, nicht aber Horst Bollmann (ein wunderbarer Schauspieler, der hier jedoch verbraten wurde). Kurz: der groß angekündigte Knüller aus dem Ost/West-Spionage-Milieu entpuppte sich als Blindgänger, bestätigte nur den Verdacht, daß es hierzulande selten gelingt, einen witzigen und spannenden Krimi zu ersinnen und dann abzudrehen. Routine ersetzt Phantasie eben noch lange nicht.

AXEL MICHAEL SALLOWSKY

ARD | **ZDF**

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Marktplatz der Sensationen
11.35 Sketchup
12.10 Die Zehn
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Filmkritiker H. C. Blumenberg bescheinigte Heidi Genée 1978 einen Starstatus unter den Cuttern, seit Jahren gilt die Mutter von drei Kindern auch als begabte Regisseurin. Ihre ehemalige Regie-Assistentin Gisela Zick versucht nun, mit Heidi Genée zusammen, ein Porträt der Regisseurin zu erstellen.
16.55 Spaß am Dienstag (2)
Das flippy Chaos S. A. D.-Team mit Roll und Rock und Gag und Micky
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt Kino
Von New York nach Hollywood. Werner Baecker berichtet heute zum ersten Mal aus der US-Filmszene. Er spricht unter anderen mit Andreas Deja, dem deutschstämmigen Chefzeichner bei Walt Disney, mit Wolfgang Petersen über seinen Film „Enemy mine" und berichtet über Steven Spielbergs neuesten Film „Goonies".
21.00 Report
Daten – Bilder – Hintergründe
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Dallas
Jamie schlägt zu
J. R. sieht es gar nicht gern, daß sich seine Nichte Jamie bei Ewing Oil als Empfangsdame betätigt. Aber wenigstens scheint seine neue Flamme Mandy Winger willig. Währenddessen sucht Pamela weiter nach dem Geist von Mark Graison.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Das Schlangenfischkanu
Eine Reise in Amazonien
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
Moderation: Biggi Lechtermann
16.20 Schüler-Express
Magazin für junge Leute
Farbe im Gesicht
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
Das Arrangement
Abiturientin Christine lernt den auswanderungswütigen Tommy kennen, der für seinen Traum Mexico jedoch Geld braucht. Das könnte ihm eventuell Christine beschaffen.
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Abenteuer Pipeline
Deutsche Ingenieure zwischen Armee und Guerrilla
Aus Kolumbien berichtet Harald Jung
20.15 Ist ja irre
Cäsar liebt Cleopatra
Englischer Spielfilm (1964)
Mit Kenneth Williams, Sidney James, Kenneth Conner u. a.
Regie: Gerald Thomas
21.45 heute-journal
22.05 Die Sport-Reportage
Fußball-Bundesliga
Berichte von den Nachholespielen
22.25 Das kleine Fernsehspiel
Der Galaxenbauer
Spieldokumentation über und mit Schriftsteller und Maler Hugo Käufl
Mit Karin Baal, Michael Kroecher, Paul Högenauer u. a.
Regie: Kurt K. Hieber
23.55 Filmforum
Auf der Suche nach dem eigenen Bild
Kino in Venezuela
0.40 heute

Kenneth Williams als Cäsar und Sidney James als Mark Anton in dem englischen Lustspielfilm „Ist ja irre, Cäsar liebt Cleopatra" – 20.15 Uhr, ZDF FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Jürgen Roth aus Palermo:
Basta con la Mafia
20.45 Rückblende
Vor 300 Jahren geboren:
Johann Maria Farina – Ahnherr des Kölnisch Wassers
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Rösrath ratlos
Eine Giftgaskatastrophe und ihre ungelösten Folgen im Dickicht der Behörden
22.15 Ein Firmenausschlächter – Uff Cloppenburg
23.00 Auslandsmagazin
Themen u.a.:
Impressionen aus Moskau und Washington
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Briefmarken – nicht nur für Sammler
18.45 Musik für uns – Musik für Euch
19.00 Kleine Panne? – Keine Panik! (6)
19.15 45 Fieber
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
21.15 Toma
22.00 Sie – er – Es
22.45 Offerte
23.00 Der Sternenhimmel im Dezember
23.15 Die Wolfsbraut
0.40 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Unser Auto wird hundert
Geht es auch ohne?
19.05 Formel Eins
20.00 Weihnachtsurlaub
Amerikanischer Spielfilm (1944) nach Somerset Maugham
21.30 Drei aktuell
21.45 Filmmagazin
22.30 Gerhard Rühm im Gespräch mit Peter Wapnewski
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der Rabe
Amerikanischer Spielfilm (1935)
22.15 Avanti! Avanti! (26)
22.45 New Jazz Meeting Baden-Baden 1984
23.30 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Der direkte Draht
20.00 Spiegelbilder
20.45 Die Sprechstunde
Die ersten 365 Tage im seelischen Leben des Kindes
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
Lyrik heute
21.50 I wie Ikarus
Französischer Spielfilm (1979)
Mit Yves Montand u. a.
Regie: Henri Verneuil
23.55 Rundschau

SAT 1

13.30 Perrine
Im schönen Land
14.00 Charlie Chan
Charlie Chans Geheimnis
15.00 Mein Freund Taffdi
Ein Leben voller Gefahren
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
Versetzung auf einen anderen Stern
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Der Mann mit der Brille
18.00 Taxi
Elaines Party
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Meine Nichte tut das nicht
Deutscher Spielfilm (1960)
Mit Conny Froboess, Fred Bertelmann, Margit Nünke u. a.
Regie: Franz Joseph Gottlieb
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Herz ist Trumpf
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künstler,
Sport und Wetter
22.15 Tödlicher Salut
Englischer Spielfilm (1969)
Mit Roger Moore, Martha Hyer, Claudie Lange u. a.
Regie: Alvin Rakoff
23.50 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Schlesien '85 – Begegnungen an der Oder
Film von Klemens Mosmann und Stanislaw Krzeminski
Ein Deutscher und ein Pole, beide nach dem Krieg geboren und seit einiger Zeit Freunde, reisen gemeinsam durch Nieder- und Oberschlesien.
20.15 Das Traumschiff
Urlaubsgeschichten auf See (4) von Barbara Noack und Werner Honns
Mit Günter König, Sascha Hehn, Heide Keller, Hell Finkenzeller u. a.
Regie: Fritz Umgelter
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

17.00 Gewinn zu Beginn
17.05 Geheimauftrag für John Drake
Eine Frau lebt gefährlich
17.35 Typisch RTL – Jetzt ist Feierabend
Gewinnspiele, Stars, Musik und Service
18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.20 RTL-Spiel
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Death Fighter
Amerikanischer Spielfilm (1983)
Mit Britt Ekland, Winston Rekert, Jackson Davies u. a.
Regie: Len Kowalewich
22.10 RTL-Spiel
22.20 Wie geht's?
22.45 Wetter / Horoskop Betthupferl

Heines späte Genugtuung

eb. – Immer Ärger mit Goethe. Nun ist auch der französische Erziehungsminister Chevènement auf dem Werk dieses Klassikers spektakulär ausgerutscht. In einem Gespräch mit der Pariser Frauenzeitschrift „Elle" verriet er, daß er sein Gedächtnis mit dem Auswendiglernen von Gedichten schule. „Was wollen Sie hören", fragte er die Interviewerin kokett. „Racine oder Goethe?" Und bot ihr eine französische und eine deutsche Kostprobe seines Könnens.

„Ich weiß nicht, was soll es bedeuten", flötete er auf deutsch – und behauptete, das sei ein Gedicht von Goethe. Nun, jeder deutsche Gymnasiast könnte ihn eines besseren belehren (aber könnte er es wirklich?). Die „Loreley" ist nicht von Goethe, sondern von Heinrich Heine, der gerade in Frankreich kein ganz Unbekannter sein dürfte. Er lebte lange in Paris und starb auch dort. Auf dem Montmartre-Friedhof ist er begraben.

Die „Loreley" gehört in unserem Nachbarland noch immer zu den populärsten Gedichten überhaupt, gilt nach wie vor als Inbegriff „typisch deutscher Romantik", und unzählige Kinder müssen sie in der Schule auswendig lernen. An die dreißig Mal ist das Gedicht vertont worden, auch von französischen Komponisten. Chevènement freilich skandierte nach der Melodie eines Deutschen, nämlich Friedrich Silchers, der die wohl berühmteste Version geschaffen hat.

Nichts also gegen Monsieur Chevènement! Der Minister skandierte und rezitierte einwandfrei, und das ist ja auch schon eine ganze Menge. Wo gäbe es denn andererseits einen deutschen Kultusminster, der zum Gedächtnistraining u. a. Racine-Verse lernt, und sei es, um sie dann mit Corneille-Versen zu verwechseln? Nur wer hier ganz ohne Fehl ist, hebe meinetwegen den ersten Stein!

Für Heine wäre der Vorgang übrigens eine späte, ganz große Genugtuung gewesen. Den Zyklus „Die Heimkehr", zu dem die „Loreley" gehört, schrieb er 1823 in Lüneburg. Ein Jahr zuvor hatte der damals 25jährige seinen ersten Gedichtband mit ehrfurchtsvoller Widmung an Goethe nach Weimar übersandt, aber der Dichterfürst hüllte sich in Schweigen. Heine bekam nie eine Antwort. Heute, 129 Jahre nach seinem Tode, wird er nun mit seinem damaligen Idol verwechselt. Und das ausgerechnet von einem französischen Erziehungsminister!

Das Bach-Jahr geht zu Ende – hat es sich gelohnt?

Im Absoluten die Tradition erfahren

In seinem hundertsten Geburtsjahr, 1785, war die Welt still geblieben. Abgesehen davon, daß man damals im allgemeinen auf Jubiläen noch nicht eingestellt war: Johann Sebastian Bach war nicht aktuell. Zwar war er in Kennerkreisen als Komponist von Tastenmusik bekannt, man erinnerte sich an den außerordentlichen Klavier- und Orgelspieler, aber im öffentlichen Bewußtsein war er nicht gefragt. Das Kunstvolle der Musik Bachs, das Gearbeitete, Durchdachte, Verdichtete, entsprach nicht dem aufkommenden Ideal des Natürlichen in der Musik, des Angenehmen, Empfindungsvollen, sinnlich Eingängigen.

Hundert Jahre später, 1885, war die Entdeckung Bachs in vollem Gange. Patriotismus, Interesse an der älteren Kirchenmusik, erstarkendes historisches Bewußtsein standen Pate. Philipp Spittas grundlegende Bach-Monographie lag vor; von der 1850 begonnenen Gesamtausgabe der Werke Bachs erschien der 31. Band. Auch die Vokalmusik hatte seit der Berliner Aufführung der Matthäus-Passion 1829 durch Mendelssohn an Boden gewonnen. Was noch ausstand, war die verbreitete Pflege, die Omnipräsenz des Gesamtwerks im praktischen Musikleben, wie dies dann insbesondere durch die von 1901 an jährlich veranstalteten Bach-Feste gefördert wurde.

Heute, im sich neigenden 300. Geburtsjahr, ist Bach – wenn man es so sagen darf – eine musikalische Weltmacht geworden. Keine Musik gilt als aktueller, gegenwärtiger, bedeutender als seine. Grund also, ihn zu würdigen, oder besser: sich darüber zu freuen, daß es ihn gibt. Diese Freude aber bedarf der Anstrengung: sie stellt Forderungen. Nicht nur an die Güte der Aufführungen, sondern auch an das Verstehen.

Bachs Musik wirkt zwar heute verständlich aus sich selbst: Überall ist sie präsent, auch ohne Kommentar, als sei sie ein Stück gegenwärtigen Musikbewußtseins, uns so nahe – wenn auch in ihrer Weise – wie die Musik Mozarts oder Beethovens. Aber gerade hier stellt sich die Frage des Verstehens. Um sich dies bewußt zu machen, muß man an das 18. Jahrhundert zurückdenken, an jene Jahrzehnte der Unaktualität Bachs, die schon zu seinen Lebzeiten begonnen hatten.

Diese Unaktualität hatte zwei Gründe. Der erste Grund war der Wandel des Zeitgeistes. Die Traditionen, in denen Bach lebte, dachte und komponierte und die durch Jahrhunderte zurückzuverfolgen sind, begannen sich zu verändern, wurden durch neue Lebens- und Musikauffassungen verdrängt. Die Stichwörter hierfür heißen: Aufklärung, Revolutionsideen, Romantik.

In der Musik des „galanten" und „empfindsamen" Stils, des Sturms und Drangs und der Vorklassik entstanden die musikalischen Voraussetzungen für jene von der Wiener Klassik an datierende Musik, die ohne Rezeptionslücke, d. h. ohne eine Phase der Unaktualität, bruchlos bis heute Gültigkeit hat und unser musikalisches Bewußtsein prägte.

Zusammen mit der neuen, der ästhetischen Konzeption der Kunst entfaltete sich die Idee der autonomen Musik, d. h. die Vorstellung, daß das musikalische Werk sich in seiner Sinnfülle durch sich selbst begründet und dabei sich unmittelbar dem sinnlichen Empfinden zu verstehen geben soll; es entstand die Öffentlichkeits-, die Konzertmusik, bei der der Kunstanspruch beständig verknüpft war mit dem Gedanken an Erfolg und Publikumswirkung.

Bachs Musik wurde aktuell, als diese Prozesse vollzogen waren. Und das bedeutet: sie wurde entdeckt, indem sie aus dem Traditionsgeflecht, in welchem sie entstanden war, in eine ganz neue und andersartige Musikwelt transportiert wurde.

Bach hat sich nie um Publikumsbedürfnisse gekümmert, er brauchte es nicht. Von seinen Vokalwerken wurde fast nichts gedruckt, und die im Druck erschienenen Werke für Tasteninstrumente verblieben weitgehend in Kreisen der Kennerschaft. Tatsächlich hat er – ganz im Unterschied zu Händel – für seine Öffentlichkeitsgeltung relativ wenig getan. Sie war sein Maßstab nicht. Bachs Publikum war zum einen die Kirchengemeinde, die, auch wenn sie sich verwunderte und wenig verstand, keine Kritikfunktion übernahm, und zum anderen der Fürstenhof, der – gerade in Köthen – durch Kunstverständnis und -ehrgeiz sich auszeichnete. Bachs „Publikum" war sein kompositorisches Gewissen. Man kann auch sagen – selbst wenn es seltsam klingt –, es war: solus Deus.

Bachs Entdeckung im 19. und vollends in unserem Jahrhundert hatte viele Gründe. Aber sie alle hätten nicht ausgereicht, ihm die musikalische Weltgeltung zu verschaffen ohne die überragende ästhetische Qualität, den Kunstwert seiner Musik. Bei diesem Entdeckungsprozeß wurde Bachs Musik nicht nur immer mehr verbreitet, sondern – damit verbunden – auch zunehmend selbstverständlich, d. h. aus sich selbst verstehbar. Denn durch die „autonome" Musik, durch Haydn, Mozart, Beethoven und alles an großer Musik, was nach ihnen kam, hatte man gelernt, Musik höchsten Kunstanspruchs zu verstehen, und hat nun diese Fähigkeit auch zurück auf Bach übertragen: Man hörte Bachs Musik wie „autonome" Musik (und daher zögern wir auch, Bachs Musik als „alte" Musik zu bezeichnen, obwohl ihr ein Merkmal der „alten" Musik, das der Aktualitätslücke und Wiederentdekkung, eignet).

Die Tradtitionen aber, in denen Bach lebte und arbeitete und die in seiner Musik als ihr konkreter Sinn und spezifischer Gehalt sich eingewohnt haben und aus ihr sprechen, diese Traditionen sind gebrochen und unserem Bewußtsein nicht mehr gegenwärtig. Sie erscheinen in seiner Kunst unter anderem als schöpfungsbezogene Ordnung, als ausgeprägtes Symboldenken, als konkrete Rhetorik, als tiefsinnigste christologische Textexegese, als Abbild der Beziehungen zwischen Gott und Mensch, Sein und Dasein, auch in der Instrumentalmusik.

Dies alles verstehen wir nicht mehr unmittelbar. Wir hören gewissermaßen „nur" noch das ästhetisch Kunstvolle, Tiefsinnige, Reiche und Schöne, wenn wir auch fühlen und ahnen, daß dem noch ein anderes innewohnt – aber wir können es bei dem bloßen Hören nicht mehr oder kaum noch in seiner Konkretheit erkennen und benennen. Bachs Kompositionskunst ist nun einmal nicht „absolut", und das Erkennen kann sich bei ihm auf der ästhetischen Ebene nicht erfüllen.

Der eigentliche Bach lebt und spricht in jenem konkreten Meinen und Bedeuten der ästhetischen Erscheinungen, das aus den Traditionen stammt, in denen er zu Hause war und das heute nur in der Anstrengung der Rückerinnerung zu erkennen und zu erfahren ist. Das in diesem Jubiläumsjahr erkannt zu haben, sich fürderhin um ein solches Bach-Verständnis zu bemühen: das wäre ein schönes Resultat der Bach-Feiern.

HANS HEINRICH EGGEBRECHT

Professor Hans Heinrich Eggebrecht ist Ordinarius für Musikwissenschaft an der Universität Freiburg im Breisgau.

Per familia ad astra: „Bach, von seinen Kindern gestört", ein Ölgemälde (1975) von Johannes Grützke
FOTO: DIE WELT

JOURNAL

Nach 30 Jahren wieder Wagners „Ring" in Paris

AFP, Paris

Erstmals seit fast 30 Jahren wird Richard Wagners „Ring des Nibelungen" in dieser Saison wieder vollständig in Paris zu hören sein, wo er unter der Leitung von Hans Knappertsbusch zuletzt 1957 an der Oper komplett aufgeführt wurde. Die vier Singspiele stehen im Januar und Februar auf dem Programm des Théâtre des Champs Elysées und des Théâtre Musical de Paris. Es spielt das neue französische Rundfunkorchester (NOP) unter Leitung seines Dirigenten Marek Jankowski, der den „Ring" bereits mit der Staatskapelle Dresden für Ariola aufgenommen hat. Unter den Solisten sind Teresa Zylis Gara, Ute Vinzing, Waltraud Meir, Theo Adam, James King, Peter Schreier und Matti Salminen.

„Goldener Tukan" für kolumbianischen Film

dpa, Rio

Der kolumbianische Spielfilm „Tiempo de morir" (Zeit zum Sterben) des Regisseurs Jorge Alitriana ist beim zweiten internationalen Filmfestival von Rio de Janeiro als bester von 22 Beiträgen aus 19 Ländern mit dem nach einem Vogel benannten „Goldenen Tukan" ausgezeichnet worden. Der Film um das Thema Blutrache, dessen Drehbuch aus der Feder des Nobelpreisträgers Gabriel Garcia Marquez stammt, wurde in der kürzlich von einem Vulkanausbruch zerstörten kolumbianischen Stadt Armero gedreht. Hauptdarsteller Gustavo Angarita erhielt den Preis als bester Schauspieler.

Deutsches Polen-Institut: Finanzierung gesichert

dpa, Darmstadt

Die Finanzierung des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt ist nun auch langfristig gesichert. Zum Abschluß der Kultusminister-Konferenz in Darmstadt beschlossen die Politiker, das wissenschaftliche Institut künftig mit dem Geld aller Bundesländer zu unterstützen. Bisher hatten die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz das vor fünf Jahren gegründete Polen-Institut allein getragen.

Münchener Schauspieler für Antiapartheidsaktion

dpa, München

44 Ensemblemitglieder der Münchner Kammerspiele, unter ihnen auch Intendant Dieter Dorn, haben sich in einem offenen Brief hinter die umstrittene Antiapartheidsaktion des Schauspielers Sepp Bierbichler während einer Aufführung von Herbert Achternbuschs „Gust" am Bayerischen Staatsschauspiel gestellt. Bierbichler hatte bei einer Vorstellung einen Text gegen die Verhaftung von Gottfried Kraatz, eines deutschen Pastors in Südafrika, verlesen sowie das Engagement der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in Südafrika kritisiert.

Slawisch schon vor Kyrill Kirchensprache?

dpa, Salzburg

Schon vor den legendären Slawenaposteln Kyrill und Method soll es Slawisch als Kirchensprache gegeben haben. Das wurde bei den internationalen „Salzburger Slawistengesprächen" deutlich. Professor Otto Kronsteiner (Universität Salzburg) erklärte, mindestens hundert Jahre vor Kyrill und Method sei Slawisch Kirchensprache im heutigen Kärnten gewesen. Von Salzburg ausgehend habe Virgil in slawischer Sprache bis Dalmatien und Bulgarien missioniert.

Kostenloser Eintritt in Freiburger Museen

dpa, Freiburg/Br.

In allen vier städtischen Museen Freiburgs wird entgegen einem bundesweiten Trend vom kommenden Jahr an kein Eintrittsgeld mehr erhoben. Der Gemeinderat zog mit diesem Beschluß die Konsequenz aus einem Versuch des vor zwei Jahren neu eröffneten Museums für Ur- und Frühgeschichte, das bei freiem Eintritt bis jetzt weit über eine viertel Million Besucher und damit mehr als die übrigen drei Museen zusammen registriert habe.

Zehn Jahre „nachtcafé": jetzt bei Klett-Cotta

DW, Stuttgart

Die Literaturzeitschrift „nachtcafé", vor zehn Jahren in Freiburg von Heiner Egge und Jan Schulz gegründet, erscheint nun im Verlag Klett-Cotta, Stuttgart. Die jetzigen Herausgeber, Heiner Egge (Hamburg) und Elmar Schenkel (Tübingen), sind über die Anfänge des Zeitschriftenmachens, wie in einem Rückblick nachzulesen ist, längst hinaus. Das professionell aufgemachte Heft Nr. 24 (84 S., 10 Mark) bringt Lyrik und Prosa von Anna Rheinsberg und Zsuzsanna Gahse bis zu Erwin Chargaff und Michael Hamburger. Es gibt außerdem Erinnerungen an Jesse Thoor und Porträts der Künstler Antoni Tapies und Edid Lüttke.

Ein Buch von „illegalen" Historikern der ČSSR

Ohne Archiv, aber exakt

Knapp 350 hektographierte Seiten aus der ČSSR machten kürzlich beim Internationalen Historikerkongreß in Stuttgart Furore (vergl. die WELT vom 3. September). Sie enthalten sechs Arbeiten renommierter tschechischer Historiker, die an dem Kongreß nicht teilnehmen durften, weil sie in ihrem Heimatland nicht mehr Historiker sein dürfen. Sie gehören zu den etwa 200 Geschichtswissenschaftlern, die nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch sowjetische Truppen im August 1968 mit Berufsverbot belegt wurden und seither ihren Unterhalt als ungelernte Arbeiter, Brunnenbohrer, Schaufensterputzer u. ä. verdienen. Manche von ihnen sind heute schon Rentner.

Interessenten können die zwei Bände jetzt über Dr. Ivan Pfaff, Friedrich-Ebert-Anlagen 21, 6900 Heidelberg, beziehen. Einer der darin enthaltenen Aufsätze entstand in der Pförtnerloge eines Betriebes, in dem sich der Autor als Nachtwächter in zweiter Schicht seinen Lebensunterhalt verdient. Ein anderer schrieb seine Analysen in Schulhefte, um diese unauffällig unter den Schulsachen seiner Kinder verbergen zu können, denn etliche Arbeiten wurden bereits von den Sicherheitsbehörden bei Hausdurchsuchungen konfisziert. Nicht wegen ihres Inhalts – den kannte man ja noch nicht –, sondern wegen ihrer bloßen Existenz. Geächtete Historiker sollen nicht einmal zu Hause arbeiten dürfen.

Dabei haben die sechs Arbeiten nichts mit dem gegenwärtigen Regime und den Verhältnissen in der ČSSR zu tun. Anstößig sind nicht die Arbeiten, sondern die Autoren – und teils die ideologiefreie Bewertung der Themen.

Bis auf eine Ausnahme berühren alle Arbeiten das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen. So beschäftigt sich Milan Otáhal mit den „tschechischen Liberalen im Jahre 1848". Er beschreibt die Standpunkte und das Vorgehen der tschechischen Repräsentanten in der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche wie das Verhalten der Tschechen im Revolutionsjahr 1848 überhaupt. Kritisch und mit größtmöglicher Objektivität analysiert Otáhal sowohl das Verhalten der Tschechen als auch die Voraussetzungen und Einflüsse, die seitens der Deutschen im Reich und in der Donaumonarchie vor und während des revolutionären Aufbruchs geschaffen worden waren.

Eine vergleichende Untersuchung der kommunistischen Parteien der Tschechoslowakei und Deutschlands in den zwanziger Jahren legt Miloš Hajek vor. Jaroslav Meznik wartet mit einer Arbeit über die Mähren als eigenständige Nation auf. Auch hier spielt in der Analyse des Verhältnisses zwischen Böhmen und Mähren das Zusammenleben von Tschechen und Deutschen in beiden Ländern eine wichtige Rolle.

In einer Betrachtung über den ersten Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Tomas Garrigue Masaryk (1850–1937), befaßt sich Jaroslav Opat mit dem Verhältnis der Tschechen zu Deutschland und Rußland aus der Sicht der Jahrhundertwende. Die Arbeit Opats ist zweifellos von großem Wert für das Verständnis der politischen Entwicklungen in den böhmischen Reichsteilen der Habsburger Monarchie vor dem Ersten Weltkrieg.

Ganz spezifisch und gewiß außerhalb des bisherigen Rahmens liegt das Thema von Hana Mejdrová, der einzigen Frau im Sextett: die Solidaritätsaktionen in der Tschechoslowakei mit den streikenden britischen Bergarbeitern im Jahre 1926. Anhand zahlreicher Tafeln, Statistiken und anderer Quellen gelingt es der Autorin, ein fesselndes Bild der damaligen Beziehungen zwischen britischer und mitteleuropäischer Arbeiterschaft zu zeichnen.

Am nächsten an die Gegenwart wagt sich Jiří Doležel heran. Mit seiner Analyse des Prager Aufstandes von 1945 greift er ein für die kommunistische Tschechoslowakei heikles Thema auf. Nüchtern, ohne Beschönigungen und Heroisierungen, wird die Geschichte des tschechischen Widerstandes aufgerollt, werden der mehr spontane als geplante oder vorbereitete Aufstand, das Verhalten der NS-Besatzer und die ganze Tragödie der letzten Kriegstage in Prag geschildert. Auch diese Arbeit würde Aufmerksamkeit außerhalb der Tschechoslowakei verdienen.

Das Niveau der Arbeiten ist erstaunlich hoch – obwohl den Historikern die wissenschaftlichen Bibliotheken und Archive verschlossen waren. Ausführliche Literaturhinweise und ein umfangreicher Anmerkungsapparat lassen erkennen, daß sie trotzdem Wege zu den Quellen und Materialien fanden. Ein nicht unbedeutender Sieg über Orwell à la ČSSR.

FRIEDRICH UTTITZ

Psycho-Krimi: David Hares Erstling „Wetherby"

Mord vor weißer Wand

In den Idyllen nistet (besonders in England und dort noch deutlicher im scheinbar idyllischen Film) das Unheil. Ein junger Mann hat sich als ungeladener Gast in ein abendliches Essen eingefädelt, das eine reizvolle, wenn auch leicht angealterte Lehrerin ihren Freunden gibt. Jeder glaubt, der andere hätte den netten, aber stummen Gast mitgebracht. Das kleine Gelage nimmt, sehr britisch freundschaftlich und gepflegt, seinen Gang. Am nächsten Morgen taucht der Fremde wieder auf. Die reizvolle, immer etwas starre Lehrerin bietet ihm eine Tasse Tee in ihrem entzükkend englisch verschnuckelten Cottage. Er setzt sich an den Tisch, zieht eine Pistole und schießt sich in den Mund. Blut und Gehirn spritzen an die pfleglich geweißte Wand.

Ein psychologischer Krimi beginnt, wie ihn Meister Hitchcock kalt erdacht haben könnte. Er stammt aber von David Hare, dem englischen Dramatiker, Fernsehautor und Romanschreiber. Es ist sein erster Film: „Wetherby", ein „Autorenfilm". Er ist von einer ganz neuen Faszination. Er hat bestechenden Tiefgang, hat Bildkraft und Intelligenz. Er ist, so schrecklich er anhebt, durchweg von einer beklemmenden Schönheit.

Was trieb den jungen Studenten zu seinem schrecklichen Selbstmord mit der Pistole im Munde? Plötzlich wird eine idyllisch schöne Welt fragwürdig. Angst zieht auf wie ein Gewitter. Alle, die zufällig oder beruflich mit seinem Fall befaßt sind, werden, einer nach dem anderen, mit einer sozusagen tiefenpsychologischen Zwangsläufigkeit ihrer scheinbar bürgerlichen Selbstgefälligkeit entkleidet.

Die nette Lehrerin wird sich der schrecklichen Einsamkeit ihrer im Grunde vertrockneten Seele bewußt. Das spielt Vanessa Redgrave mit einer wunderbaren Mühelosigkeit vor. Der feinsinnige Kommissar, mit dieser schrecklichen Bluttat befaßt, kommt, je tiefer und intelligenter er sich mit auf diesen Fall einläßt, geradezu grausam in einen Zustand unerträglicher Selbsterkenntnis. Den anderen allen auch wird liebevoll, aber eben doch gnadenlos der Teppich ihrer ruhigen Existenz unter den Füßen fortgezogen. Sie alle waren tief einsam. Ihr Glück war geheuchelt. Diese Idylle war schrecklich.

Wie David Hare das mit wunderschönen, immer aber schrecklichen Rückblenden, Teil für Teil, aufdeckt, wie er den Zeitbegriff des Zuschauers immer neu ins Schweben bringt, wie er Freundlichkeit und die schreckliche Unberührtheit der englischen Seelen in immer neue, fatale Unordnung drängt, wie er die Masken von den betroffenen Gesichtern eine nach der anderen zieht und wie er am Ende eine Art tiefen Mitleids an die Zuschauer bringt: das allerdings ist von einer großen, einer schier bildpoetischen Schönheit und Schrecklichkeit.

Ein tiefenpsychologischer Krimi, wie man ihn von solch (Bild für Bild) schöner, strikter und mühelos tiefer Wahrheitsfindung bisher kaum sah. Eine Idylle als Seelendschungel. Die wahre Menscheneinsamkeit als Motiv für das Schrecklichste. Sozusagen ein philosophischer Edelkrimi – gebettet in lauter Schönheit.

David Hare hat mit seinem Filmerstling eine neue Gattung der Durchforstung des Menschlichen gefunden. Er wurde zu Recht bei der letzten Berlinale mit dem Goldenen Bären gekrönt.

FRIEDRICH LUFT

KULTURNOTIZEN

Die „Deutsche Künstlerhilfe" für ältere und in Not geratene Kulturschaffende erhält nächstes Jahr 3,1 Millionen Mark vom Bund.

Wolfgang Rommerskirchen übernimmt von Juli 1986 an die Leitung des Wolfgang Borchert Theaters in Münster.

Eine „Goldene Taube" erhielt der bundesdeutsche Film „Der Untergang der ‚AG Weser'" bei der 28. Internationalen Dokumentar- und Kurzfilmwoche in Leipzig.

Der erste Preis beim Jean-Sibelius-Violinwettbewerb ging an Leonidas Kavakos (18) aus Griechenland und Ilya Kaler (22) aus der Sowjetunion.

Shanghai plant für April nächsten Jahres ein Shakespeare-Festival.

Yehudi Menuhin dirigiert am 4. und 5. Dezember das Orchestre du Capitole in Toulouse.

Philip Larkin, englischer Lyriker und Romancier, ist im Alter von 63 Jahren in Hull gestorben.

Frankfurt: „Zerstören, sagt sie" von M. Duras

Rätsel und Schlüssel

Marguerite Duras ist mit ihrem riesigen Prosa- und Filmœuvre in Frankreich seit langem eine Institution. Ihr Denken ist schwierig, es besteht aus konkreten Abstraktionen, ist aber nie abstrakt. Als Dichtung erscheint es symbolistisch, aber in Symbolen erfahrenen und erfahrbaren Schreckens.

Leben, Liebe, Sprache erscheinen gerade als Unmöglichkeit begehrenswert. Sprache umfaßt auch das Schreiben. Sprache und Schreiben beziehen sich auf ein ungewisses und unerreichbares Ziel, das müssen sie, sonst sind sie ein pures Nichts, bloße „Werbung", wie sie einmal sagt. Wobei sie allerdings übersieht, daß „Werbung" zur Kategorie des Begehrens gehört.

Mit dieser letzten Bemerkung ist eine Möglichkeit der Distanzierung vor ihrer Existentialität angedeutet. Jede Philosophie hat ihre Zeit, ist aber jedesmal aufs neue das Zeichen für die Unmöglichkeit des Menschen. In den Philosophien folgen immer wieder andere, neue Zeichen der uns Menschen abgeforderten Unmöglichkeit.

Die deutschsprachige Erstaufführung von „Zerstören, sagt sie" im Frankfurter Theater am Turm unter der Regie von Thomas Bockelmann führt geradewegs in das komplexe Denken der Duras. Die Einsamkeit der Figuren fordert von den Schauspielern bis in Haltung und Gang fast Unmögliches.

Zwei Frauenfiguren, Elisabeth und Alissa, werden von Verena Buss und Petra von der Beek besser realisiert als die Männer Thor, Stein und Bernard Alione durch Herbert Adamec, Klaus Völker und André Settembrini. Das ist nicht negativ gemeint. Männer erscheinen hier rätselhafter als Frauen und also von vornherein weniger aufschlußreich in der Realisierung. Dem Rätsel der Frauen kommen nicht die Männer, sondern die Frauen auf die Spur. Den Männern bleiben in diesem Stück (in einem spezifisch Durasschen Stück) nur Faszination, Bestürzung, schweigendes Zusehen (Thor) oder wissende und damit selbstvernichtende Hinnahme des Unmöglichen (Stein).

Stein sagt einmal, es lohne sich nicht zu leiden. Aber er sagt am Ende auch: „Was soll aus uns werden?" Und Alissa sagt zu Elisabeth am Ende: „Wir würden Stein lieben, wenn Liebe möglich wäre." Und sie ruft mehrmals „Wie kann man leben" als Frage und als wilden Ausruf. Der wenig sprechende, partiell stumme, zuschauende Thor, Professor der Geschichte, wird einmal gefragt, ob nach seiner historischen Kenntnis die große Veränderung komme. Er antwortet: „Es kommt nichts mehr. Also schweige ich. Meine Schüler schlafen." (Lachen im überfüllten Zuschauerraum.) So hat er übrigens seine Frau Alissa kennengelernt, in seiner Vorlesung schlafend.

Alissa stellt ihre beiden „Liebhaber" dem simplen Bourgeois Bernard als „deutsche Juden" vor. Das ist, laut dem Schlüssel, den die Autorin in einem Interview geliefert hat, eine Reminiszenz an den 68er Aufstand der Pariser Studenten, die nach der Ausweisung des deutschen Juden Cohn-Bendit skandierten: „Wir alle sind deutsche Juden."

Das Phänomen des Antisemitismus beunruhigt die Duras auch in mehreren anderen Arbeiten, in denen die konkrete Abstraktion allerdings in denkerische Bereiche führt, die für die praktische Symbiose wenig hilfreich sind. Schon der Slogan der Studenten war eine Pointe, die der vom antisynagogischen Christentum tradierten Judenfeindschaft und ihren säkularen Folgen keine ebenbürtige Zerstörungskraft entgegensetzte. Und so ist auch diese Reminiszenz des Slogans kein wirkungsvoller Schlag gegen das alteingewurzelte Unheil.

Und worum geht es in dem Stück? Was ist mit dem Plot? Das ist das Einfachste innerhalb der komplizierten Gemütszustände der Figuren. Elisabeth wird von Alissa durch Fragen gezwungen, von einer Totgeburt zu erzählen und von einem Arzt, der vielleicht der Mörder des Kindes war, aus Liebe zu Elisabeth, vielleicht, und der dann Selbstmord begangen hat, vielleicht, und daß ihr Mann viel Verständnis aufbringt und daß sie ihren Mann liebt, vielleicht. Als dann ihr Mann zu der Gruppe im Hotel stößt, das in Wirklichkeit ein Sanatorium (oder ein Symbol?) ist, verbittet er sich die Einmischung der drei in seine Angelegenheiten. Das kann man verstehen, aber die Duras liefert auch hierzu einen Schlüssel: „Ich glaube an die Tugend des Fragens, weil es erhellt und klärt. Das kann uns weiterhelfen."

Es wäre jedoch besser, wenn sie nicht so viele Schlüssel lieferte.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Banküberfall: 23 Millionen Mark Beute

HEINZ WEISSENBERGER, Paris

Eine Räuberbande nahm in der Nacht zum Montag die Familien von zwei Angestellten der Geldtransportfirma Brink's als Geiseln und zwang die Familienväter, ihnen die Tresore in der Brink's-Zentrale in Colombes, einem Vorort von Paris, zu öffnen. Die Banditen entkamen mit einer Beute von etwa 70 Millionen Franc (rund 23 Millionen Mark).

Kurz nach 21 Uhr drangen die Gangster in die Wohnung eines Brink's-Angestellten in dem Pariser Vorort Chatillon-sous-Bagneux ein. Sie nahmen den Vater mit sich, während einige der Gangster in der Wohnung blieben und die Frau und ihren zehnjährigen Sohn bewachten. Die Banditen waren mit Gewehren und Revolvern bewaffnet sowie mit Sprechfunkgeräten ausgerüstet.

Sie fuhren mit dem Brink's-Angestellten zur Zentrale der Firma in der Rue de Mantes am Ortsrand von Colombes. Dort muß sich herausgestellt haben, daß die Tresore nur von zwei Angestellten zugleich geöffnet werden können. Denn um vier Uhr morgens tauchten die Gangster im Haus eines anderen Angestellten in Aubervilliers, einem Vorort im Norden von Paris, auf. Sie zwangen den Mann ebenfalls, mit ihnen zu kommen, und nahmen seine Frau und den 20jährigen Sohn als Geiseln.

Nachdem ihnen die Angestellten die Tresortüren geöffnet hatten, schleppten sie die Lederbeutel mit Geld und Schecks aus den Panzerschränken zu einem Lieferwagen. Als um fünf Uhr die ersten fünf Wächter zur Morgenschicht eintrafen, überwältigten und fesselten die Gangster sie, ehe sie davonfuhren.

Die Sicherheitsmaßnahmen der Zentrale in Colombes, die für Geldlieferungen im gesamten westlichen Pariser Raum zuständig ist, umfassen ultramoderne elektronische Einrichtungen und eine direkte Verbindung zum zuständigen Polizeikommissariat. Einzelheiten wollte die Direktion von Brink's nicht bekanntgeben. In Colombes sind rund 100 Personen beschäftigt.

Der Raubüberfall ist einer der „einträglichsten" der letzten zehn Jahre. Im Juli 1976 hatte der Fotograf Albert Spaggiari, der mit seiner Bande an einem Wochenende durch die Abwässerkanäle in eine Bank in Nizza eindrang, 46 Millionen Franc erbeutet. Dieser Einbruch wurde übrigens zur Vorlage für einen Roman und einen Film. Bei einem Einbruch in die Villa des Emirs von Quatar in Cannes am 25. Juli 1980 fiel den Gangstern Schmuck im Wert von 80 Millionen Franc in die Hände. Und bei dem bewaffneten Raubüberfall auf das Pariser Museum Marmottan am 27. Oktober dieses Jahres entwendeten die Banditen neun impressionistische Gemälde im Millionenwert. (SAD)

Die Kanaltunnelgegner rüsten zur Attacke

Mit dem Bau von zwei Superfähren soll Tunnelplanern das Wasser abgegraben werden / Eine Liste der Gegenargumente

Der Großauftrag aus England für die Werft Schichau Unterweser AG in Bremerhaven war ein doppelter Paukenschlag. Mit dem Bau von zwei Jumbo-Fährschiffen für zusammen 290 Millionen Mark, denen möglicherweise sogar noch ein drittes folgt, wird die Beschäftigung auf der Werft bis Mitte 1987 gesichert. Außerdem setzt der Auftrag ein Zeichen, daß die Kanal-Fährreedereien mit ihrem Kampf gegen den Bau eines Kanaltunnels Ernst machen.

Schichau Unterweser erhielt den Auftrag von der Reederei Townsend Thoresen. Diese befördert alljährlich acht Millionen Passagiere und 1,5 Millionen Fahrzeuge zwischen dem Kontinent und England und ist damit die größte Fährreederei in diesem Fahrtgebiet. Für Townsend Thoresen hat Schichau in den vergangenen zehn Jahren bereits sieben Fährschiffe gebaut.

Neue Jumbo-Fähren als Bedrohung

Zur Zeit werden vier Townsend Thoresen-Fähren bei ihr vergrößert. So meint denn auch ein Sprecher der Reederei: „Wir haben aufgrund unserer Erfahrungen großes Vertrauen in die technische Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bremerhavener Werft."

Die neuen Schiffe sind für die Route Calais–Dover bestimmt. Sie sollen mit 20 000 Bruttoregistertonnen (BRT) die größten Kurzstreckenfähren der Welt werden. Sie bieten Platz für je 2400 Passagiere und 700 Kraftfahrzeuge. Trotz der kurzen Fahrzeiten werden sie mit vier Restaurants, drei Bars und einer großen Zollfrei-Einkausfzone ausgestattet.

Die Hafenanlagen in Calais und Dover müssen den neuen Schiffen, die mehr als doppelt so groß sind wie die gegenwärtigen Fähren, angepaßt werden. Ein Sprecher von Townsend Thoresen sagte zu den Neubauten: „Unsere neuen Jumbo-Fähren stellen eine direkte Bedrohung der Rentabilität für eine feste Kanalverbindung dar. Sie würden diese, sofern es überhaupt zu einem Bau kommt, vom ersten Tag an überholt erscheinen lassen."

Unter dem Namen „Flexilink" hatten sich vor einigen Monaten britische und kontinentale Fährhäfen und Fährreedereien zusammengeschlossen – unter ihnen die Hamburger Olau Line, deren beide Schiffe täglich zweimal zwischen Vlissingen und Sheerness verkehren. Auch Bus- und Güterfernverkehrsunternehmen reihten sich ein. Ihr Ziel: Sie wollen für die bereits bestehenden Verkehrsverbindungen über den Kanal sprechen und deren Vorteile herausstellen. Natürlich vertreten die Gegner eines Kanaltunnels ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen. Aber sie tun das sehr geschickt. Sie benutzen Argumente der Verkehrssicherheit und der Erhaltung von Arbeitsplätzen, der Wirtschaftlichkeit und des Marktes. Jonathan Sloggett, Chef der Hafenverwaltung von Dover und zugleich Vorsitzender von Flexilink, formulierte so: „Unsere Position ist ganz redlich. Wir sind eine Gruppe von Leuten, die auf dem Feld der Kanalüberquerung heftig miteinander im Wettbewerb stehen. Aber wir haben uns zusammengeschlossen, weil wir aus Erfahrung wissen, daß lebenswichtige Fragen des öffentlichen Interesses und der Sicherheit" – von den Tunnel-Befürwortern – „ignoriert werden." Den Befürwortern des Kanaltunnels warf Sloggett vor, sie begnügten sich mit phantastischen Ideen.

Wenn ein Schiff den Brückenpfeiler rammt

Man biete Eisenbahntunnel an, die nicht einmal den Sicherheitsvorkehrungen einer Tiefgarage entsprächen. Man verspreche eine Verkürzung der Zugreisezeit zwischen London und Paris auf zweieinhalb Stunden, obwohl man wisse, daß dazu weitere Milliarden-Investitionen zum Ausbau der Gleise zwischen London und der britischen Südküste sowie zwischen Paris und der französischen Nordküste unabdingbar seien. Was nütze zudem ein Zeitgewinn von einer Stunde bei der Tunnelfahrt, wenn die Gesamtreisedauer zwischen Mailand und Manchester drei Tage betrage? Auch die Beteuerung, mit dem Tunnelbau würden neue Arbeitsplätze geschaffen, wischte der Tunnelgegner beiseite: „Der einzige Weg, die gewaltigen Kosten für eine feste Kanalüberquerung wieder hereinzuholen, besteht doch in der Einsparung von Arbeitskräften." Neue Jobs gebe es bestenfalls befristet für die Dauer der Bauarbeiten. Und was die vorausberechnete Lebensdauer einer festen Kanalüberquerung angeht, ist den Tunnelgegnern gerade rechtzeitig ein negatives Beispiel untergekommen: Das unerwartete Absinken von Förderplattformen in der Nordsee. So heißt es denn. Ohne genau definierte technische Spezifikationen für den Bau von Brücken und Tunnels ist die geforderte Standzeit von 120 Jahren „eine Plattitüde". Man denke nur an die Möglichkeit, daß ein schnelles Schiff einen Pfeiler der zum Tunnel führenden Brücken rammt und zum Einsturz bringt. Es soll ja nicht der gesamte Kanal untertunnelt werden, sondern nur seine mittlere Sektion. Aus Kostengründen soll rund die Hälfte der Strecke von beiden Ufern aus mit Brücken bewältigt werden, die in zwei künstlichen Inseln in den Tunnel münden. Wohlgemerkt: Nicht die Unfallmöglichkeit als solche stößt auf Gegnerschaft – schließlich sind auch schon Kanalfähren in Kollisionen verwickelt gewesen. Aber dann fiel eben nur ein Schiff aus, und nicht der gesamte Verkehr.

Nicht zu vergessen: Ein Tunnel kann durch den Streik einer kleinen Gruppe lahmgelegt werden, das vielfältige Netz der Fährlinien kaum. In London werden bereits Wetten angenommen, ob sich die Tunnelgegner wieder einmal durchsetzen, wie schon oft in der Geschichte des Ärmelkanals. Die Reederei Townsend Thoresen jedenfalls ist fest entschlossen, notfalls mit radikaler Senkung der Fährpreise die Reisenden an die Schiffe zu binden – auch wenn der Tunnel gegraben wird.

DIETER F. HERTEL

Die ehrliche Fälschung fand reißenden Absatz

MONIKA v. ZITZEWITZ, Varese

„Dieser herrliche Caravaggio oder besser: Dieses Werk eines sensiblen Künstlers, der Caravaggios unvergleichlichen Stil im Blut hat, gibt Ihnen, meine Damen und Herren, die Gelegenheit, zu einem lächerlichen Preis ein Meisterwerk zu erwerben." So sprach der „Professore" auf der Auktion im Mailänder „Angelicum". Auf der Staffelei stand in üppigem Goldrahmen eine Kopie der „Jünger von Emmaus". 5,5 Millionen Lire lautete der Zuschlag bei der ersten offiziellen Versteigerung des italienischen „Fälscherkollektivs".

400 Werke der abendländischen Kunst von Lorenzo Lotto und Albrecht Dürer bis zu Picasso und Chagall standen zum Verkauf. Ein jedes versehen mit dem Zertifikat: „Originalfälschung nach (Name des Meisters) von (Name der Kopisten)". 30 Prozent der Einnahmen sind für behinderte Kinder bestimmt und das allein gibt dieser „Louvre der Fälscher" genannten Ausstellung ihren tieferen Sinn.

„Ein ehrlicher Fälscher", sagte der Maler Enrico Baj, „ist ebenso zu achten wie Morandi oder de Chirico, die sich selbst ein Leben lang kopiert haben, um ihre Kunsthändler zufriedenzustellen. Auch die Großen der Vergangenheit kopierten sich: zum Beispiel Tizian den Raphael und El Greco den Tintoretto."

Der Gründer des „Collettivo Falsari" in Gremono, Daniele Dondé, versteht sich als Talentesucher. Die Sympathie, mit der man in Italien im vorigen Jahr über die Modigliani fälschenden Studenten von Livorno lachte, hatte ihn auf die Idee gebracht, den inzwischen fast hundert Malern Gelegenheit zu geben, ihrer Kopierleidenschaft zu frönen. Am 15. Dezember wird Dondé außerdem ein Museum für die besten Werke des Fälscherkollektivs eröffnen.

Zwischen einer und zehn Millionen Lire (1500 bis 15 000 Mark) kosteten die Kopien berühmter Werke. Die Interessenten ließen sich nur langsam durch das feurige Pathos des Professore erwärmen. Wie zu erwarten, fanden die vielen falschen de Chiricos den größten Absatz, ist er doch der am meisten und besten gefälschte moderne Meister. Aber auch die „Gioconda", Lorenco Lottos „Concert", Antonello Damessinas „Annonziata" und Dürers Selbstbildnis (2,6 Millionen) fanden Liebhaber.

Dreierlei dürfte nach dieser ersten erfolgreichen Versteigerung der Fälscherwerke sicher sein: daß es unter den Kopisten echte Künstler und arge Dilettanten gibt, daß ein neues Gesellschaftsspiel mit nur einer einzigen Frage erfunden wurde: Echt oder nicht? Und daß sich Kunstdiebe endlich von nun an auf unangenehme Überraschungen gefaßt machen müssen.

Kurzurlaub, ohne Urlaub zu nehmen

AP, Saarbrücken

Durch eine zeitweise Verlängerung der täglichen Arbeitszeit können Arbeitnehmer zwischen Weihnachten und Neujahr freie Tage einlegen, ohne daß sie auf den Urlaub zurückgreifen müssen. Die ausfallende Arbeitszeit darf zwischen dem 25. November und dem 1. Februar eingearbeitet werden. Auf eine entsprechende Regelung in der Arbeitszeitverordnung (AZO) wies kürzlich die Arbeitskammer des Saarlandes hin. Nach Paragraph 4, Absatz 4 der AZO könne die Arbeitszeit anders verteilt werden, wenn es in Verbindung mit Feiertagen möglich ist, eine zusammenhängende Freizeit zu gewähren.

Komet Halley sichtbar

dpa, Hamburg

Der Komet Halley ist jetzt mit dem Feldstecher am Abendhimmel zu beobachten. Bei klarem Himmel sei der Komet am Abend gegen 20 Uhr in südlicher Richtung in etwa 50 Grad Höhe über dem Horizont im Sternbild der Fische zu sehen, teilte ein Mitarbeiter der Hamburger Sternwarte mit. Im Verlauf des Dezember nimmt die Helligkeit des Kometen weiter zu, auch der Schweif wird deutlicher ausgebildet erscheinen. Er wird dann voraussichtlich mit bloßem Auge zu sehen sein.

Japanische Mafia

dpa, Tokio

Strafverfolgungsexperten aus Japan und den Vereinigten Staaten sind gestern in Tokio zu einer dreitägigen Konferenz zusammengetroffen, um über die organisierte Kriminalität japanischer Gangsterbanden in Amerika zu beraten. Die japanischen Yakuza, wie die Mitglieder der Mafia-ähnlichen Organisationen genannt werden, sind in den letzten Jahren in Hawaii und an der Westküste der USA im Waffenschmuggel und Rauschgifthandel aktiv geworden.

Schlechte Lage

rtr, Bonn

Die wirtschaftliche Lage der Studenten in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen drei Jahren verschlechtert. Nach einer gestern in Bonn veröffentlichten ersten Auswertung der elften Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) haben zwei Drittel der Studenten mit monatlich weniger als 900 Mark keine gesicherte wirtschaftliche Grundlage für ihr Studium. Gespart werde vor allem bei der Ernährung und bei Lernmitteln.

Tauwetter und Nebel

AP, Frankfurt

Pünktlich kam in diesem Jahr das „Adventswasser", auch „Nikolaustau" genannt. Bei Temperaturen von zwölf bis 15 Grad taute es im Westen und Süden. Nebel behinderte am Sonntag den Verkehr zu Lande und in der Luft erheblich. Auf dem Frankfurter Flughafen fielen etwa 200 Flüge aus. Nach Vorhersagen der Meteorologen bleibt es mild und regnerisch bei Temperaturen um zehn Grad.

Rettung gestoppt

dpa, Hobart/Tasmanien

Das Drama um die Rettung des australischen antarktischen Versorgungsschiffes „Nella Dan", das seit dem 23. Oktober in der Amundsen-Bay von dickem Eis eingeschlossen ist, spitzt sich zu. Schneesturm und Packeis haben am Wochenende auch das zur Hilfe geschickte zweite Versorgungsschiff „Icebird" gestoppt – nur etwa 30 Kilometer von der „Nella Dan" entfernt. Die „Antarctic Division" des australischen Wissenschaftsministeriums hat gestern den japanischen Eisbrecher „Shirase" um Hilfe gebeten. Er ist fünfmal stärker als die „Icebird".

Das große Gähnen

Rechtzeitig zum Geburtstag kam der Schnee. Doch Kenda, die Eisbärin, scheint dies eher zu langweilen. Vor zwei Jahren wurde sie im Science Center von Worcester (US-Bundesstaat Massachussetts) geboren. Vom Körperbau und Verhalten her ist der ursus maritimus – wie der Eisbär wissenschaftlich heißt – auf ein Leben im Dauerfrost der Arktis eingerichtet. Seine breiten Tatzen mit behaarten Sohlen und Schwimmhäuten zwischen den Zehen garantieren ihm sogar auf spiegelglattem Eis noch sicheren Halt, erlauben ihm aber auch, gewandt im Wasser zwischen den Eisbergen zu paddeln und kilometerlange Strecken zurückzulegen. Der im Sommer angelegte Fettvorrat unter dem Pelz muß im Winter eine lange Fastenzeit überbrücken helfen, bei den Müttern sogar für das Säugen eines oder zweier Jungen ausreichen. In freier Wildbahn leben heute nur noch etwa 10 000 Eisbären.

FOTO: AP

WETTER: Unverändert mild

Lage: Ein umfangreiches Tiefdrucksystem über dem Ostatlantik führt weiterhin milde Meeresluft von Südwesten her nach Deutschland.

Vorhersage für Dienstag: In den Flußniederungen Süddeutschlands Nebel. Im Norden starke Bewölkung und zeitweise geringer Regen oder Sprühregen. Höchsttemperaturen zwischen 6 und 11 Grad, im Westen und Südwesten örtlich bis 15 Grad, in Nebelgebieten bei 5 Grad. Nächtliche Tiefstwerte zwischen 1 und 6 Grad. Im Norden mäßiger bis frischer und zeitweise böiger, sonst schwacher bis mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten: Im Norden und Westen Regenneigung zunehmend. Weiterhin mild.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.09 Uhr*, Untergang: 16.16 Uhr; **Mondaufgang:** 23.02 Uhr, Untergang: 13.10 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 3. Dez., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum, T Tiefdruckzentrum, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Windstille, Nordwind 10 km/h, Ostwind 20 km/h, Südwind 30 km/h, Westwind 40 km/h, Nebel, Nieseln, Regen, Schnee, Schauer, Gewitter, Niederschlagsgebiet, Temperaturen in °C, Warmfront, Okklusion, Kaltfront am Boden, Kaltfront in der Höhe, Luftströmung warm, Luftströmung kalt, Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	10	bd
Bielefeld	11	bd
Braunlage	5	Sp
Bremen	12	bd
Dortmund	10	bd
Dresden	9	bd
Düsseldorf	12	bw
Erfurt	6	bw
Essen	12	bw
Feldberg/S.	8	bw
Flensburg	8	Ne
Frankfurt/M.	9	bw
Freiburg	16	bw
Garmisch	5	bw
Greifswald	7	bd
Hamburg	10	bd
Hannover	12	bd
Kahler Asten	7	bd
Kassel	6	bw
Kempten	11	bw
Kiel	8	bd
Koblenz	14	bw
Köln-Bonn	13	bw
Konstanz	10	bw
Leipzig	8	bw
List/Sylt	8	Ne
Lübeck	9	bd
Mannheim	10	bw
München	9	bw
Münster	11	R
Norderney	7	Ne
Nürnberg	10	bw
Oberstdorf	7	bw
Passau	2	Ne
Saarbrücken	12	bw
Stuttgart	11	bw
Trier	12	bw
Zugspitze	-2	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	15	he
Amsterdam	11	R
Athen	17	he
Barcelona	14	he
Belgrad	4	Ne
Bordeaux	18	he
Bozen	6	he
Brüssel	13	bw
Budapest	1	Ne
Bukarest	1	bd
Casablanca	27	wl
Dublin	11	Sp
Dubrovnik	13	bw
Edinburgh	13	bd
Faro	18	he
Florenz	13	bd
Genf	11	he
Helsinki	-14	bw
Hongkong	22	he
Innsbruck	3	he
Istanbul	9	bw
Kairo	20	bw
Klagenfurt	0	bd
Konstanza	-1	bw
Kopenhagen	4	Ne
Korfu	15	he
Las Palmas	27	wl
Leningrad	-13	he
Lissabon	20	wl
Locarno	8	bw
London	14	bw
Los Angeles	12	bd
Luxemburg	10	he
Madrid	13	he
Mailand	7	he
Malaga	16	bw
Mallorca	19	he
Moskau	-10	bw
Neapel	18	he
New York	11	bd
Nizza	23	bw
Oslo	-4	bd
Ostende	12	R
Palermo	16	he
Paris	13	he
Peking	2	bw
Prag	4	bd
Rhodos	16	he
Rom	14	he
Salzburg	8	bw
Singapur	30	bw
Split	15	he
Stockholm	-4	S
Straßburg	13	bw
Tel Aviv	22	bw
Tokio	16	bd
Tunis	16	he
Valencia	11	he
Varna	2	bd
Venedig	6	he
Warschau	4	R
Wien	0	Ne
Zürich	8	he

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, IW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall o Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos

LEUTE HEUTE

Domingo umjubelt

Vor ausverkauftem Haus sang der mexikanische Operntenor **Placido Domingo** am Sonntag in Zürich Arien von Verdi, Donizetti, Leoncavallo, Puccini und Massenet. Der Erlös von rund 500 000 Mark soll den Betroffenen der Erdbebenkatastrophe von Mexiko-Stadt zugute kommen. Auch Domingo – in Zürich umjubelt – verlor bei dem Unglück mehrere Familienangehörige.

Prinz Charles gerügt

Weil er seine Pflichten als Kronprinz vernachlässigte und als „Mann ohne richtigen Beruf" kritisiert wurde, soll Prinz **Philip** (64) seinem Sohn, Kronprinz **Charles** (37) gehörig die Leviten gelesen haben. Das wußte gestern die seriöse Londoner „Times" zu berichten. Von allen Familienmitgliedern bildet Charles in der Ausübung seiner repräsentativen Pflichten mit 204 Auftritten das Schlußlicht. Königin **Elizabeth** war im vorigen Jahr bei 346 Terminen, Prinz Philip bei 298 Veranstaltungen zu sehen. Selbst Charles' Schwester **Anne** (35) repräsentierte bei 269 Anlässen.

John Wayne geehrt

Ganz Hollywood gab sich Sonntag abend in den Filmstudios von Burbank (US-Bundesstaat Kalifornien) bei einem Fernseh-Gala-Abend ein Stelldichein zu Ehren von Präsident **Ronald Reagan**. Unter den 100 Gästen befanden sich mit **Frank Sinatra**, der den Abend moderierte, **Dean Martin**, **James Stewart** und **Robert Mitchum** viele ehemalige Kollegen Reagans. Scherzte der Präsident, der bei dieser Gelegenheit wieder mit seinem alten Spitznamen „Dutch" gerufen wurde, er habe sich vor seinem Einzug ins Weiße Haus genußvoll ausgemalt, ein Kabinett zu bilden, in dem John Wayne, der freilich 1979 gestorben war, Außenminister, **Clint Eastwood** Verteidigungsminister und Groucho Marx Erziehungsminister sein sollte. Der Erlös des Abends geht an die Wohltätigkeitsorganisation „Variety Clubs International", die medizinische Einrichtungen für behinderte Kinder finanziert. Die Star-Partys werden seit 1976 jedes Jahr zu Ehren einer anderen Persönlichkeit gegeben.

Geburtstagsfeier für kostbares Naß

75 Jahre Wiener Hochquellen-Wasserleitung / Eine Meisterleistung der Techniker

KURT POLLAK, Wien

In der kleinen Ortschaft Wildalpen in der Steiermark wird gefeiert. Dort wurde am 2. Dezember 1910 eine Hochquellen-Wasserleitung in Betrieb genommen, die den Wienern das beste Trinkwasser der Welt bescherte – und immer noch beschert.

Täglich 420 Millionen Liter werden auf dem Rax-Schneeberg-Hochschwab- und Wildalpengebiet an der niederösterreichisch-steirischen Grenze in eine 200 Kilometer lange „Pipeline" eingespeist, deren Endpunkt das Wiener Wasserleitungsnetz ist. Und der jahrzehntealte Slogan der Gemeindeväter „Worauf freut sich der Wiener, wenn er vom Urlaub kommt? – aufs Hochquellenwasser ..." ist daher keineswegs als billige Eigenwerbung zu belächeln, die dem kostbaren Naß zuliebe sogar eine Geburtstagsfeier arrangierten.

Gestern, auf den Tag genau vor 75 Jahren, wurde die zweite Wiener Hochquellen-Wasserleitung in Betrieb genommen und mit der bereits im Jahre 1873 erbauten ersten Wasserleitung vereinigt. 100 Aquädukte und Kanalbrücken mußten errichtet werden, um das Wasser nach Wien zu „dirigieren". Eine technische Meisterleistung, die mit einem Schlag den häufigen Cholera- und Typhus-Epidemien in Wien ein Ende bereitete.

Die beiden Hochquell-Leitungen wurden so konstruiert, daß das Wasser, der Schwerkraft folgend, ohne Pumpanlagen und damit ohne Energiekosten innerhalb von zehn Stunden in Wien eintrifft. Die Wassertemperatur beträgt an der Quelle fünf bis sechs Grad; durch die Erdwärme bedingt kommt es in Wien um zwei Grad wärmer an.

Die Quellen liegen in einem 250 Quadratkilometer großen Wasserschutzgebiet, von dem 180 Quadratkilometer im Eigentum der Stadt Wien stehen. 84 Prozent des Wiener Wassers stammen aus diesen Quellgebieten. Zum Vergleich: Zürich verfügt nur über 20 Prozent Trinkwasser aus Hochquellen, viele Städte in Skandinavien und Deutschland sind durchweg auf aufbereitetes Grundwasser angewiesen.

Die Wasserqualität der Donau-Metropole ließ vor einigen Jahren sogar einen arabischen Ölscheich das Angebot unterbreiten, das „schwarze Gold" seiner Ölquellen in Zehntausende Hektoliter Trinkwasser aus Wien einzutauschen. Die Wiener lehnten ab.

Doch die Stadt lebt gerne mit diesem internationalen „Durstlöscher"-Image. Deshalb hat man auch nichts gegen den „Trinkwasser-Touristen". Stillschweigend wird von den Wasserbehörden geduldet, daß die Fremden dieses so begehrte Wasser aus den Hochquellen flaschenweise mit nach Hause nehmen, um sich daran zu „berauschen".

Ein Bergführer wie aus dem Bilderbuch

Von WALTER H. RUEB

Am Fuße des Matterhorns feiert heute der älteste aktive Bergführer der Welt seinen 85. Geburtstag. Ulrich Inderbinen ist in Zermatt geboren, mit 21 bestieg er seinen ersten Viertausender, mit 25 hatte er sein Bergführer-Patent in der Tasche. Noch im vergangenen Sommer führte er an jedem schönen Tag Bergbegeisterte auf die Viertausender seiner Heimat.

„Daß ich so alt wurde und noch immer gesund bin, ist eine Gnade Gottes", sagt er, und auf die Frage, ob er sich endlich zur Ruhe setzen wolle, meint er: „Wenn man 60 Jahre als Bergführer gearbeitet hat, sollte man vielleicht ans Aufhören denken." Inderbinen ist kaum mittelgroß, doch seine Schritte sind lang, ihre Kadenz ist flott. Konditionsschwache vermögen ihm kaum zu folgen, selbst wenn sie erst geboren wurden, als er seine ersten Kunden auf die Gipfel führte. Führung und Griffe des Alten sind in Fels und Eis sicher, die knappen Anweisungen schaffen Vertrauen.

Wo der 85jährige auftaucht, zieht er die Blicke auf sich. Sein mächtiger, nur noch von wenigen weißen Haaren bedeckter Kopf mit den hellen Augen und dem eisgrauen Schnurrbart wird in Zermatt fast so oft fotografiert wie das Matterhorn, das er 370mal bestiegen hat. Am eindrucksvollsten ist sein Antlitz: ein schweres Leben hat darin tiefe Spuren hinterlassen.

Vom Leben gezeichnet: Bergführer Ulrich Inderbinen FOTO: RUEB

„Mein Vater hatte drei oder vier Kühe und ein paar Hektar Land", erzählt der Alte. „Wir waren arm. Schon als Junge mußte ich Geld verdienen. Ich tat es als Schafhirte – für 25 Pfennig pro Tag. Das Geld landete in der Tasche meiner Mutter. Sie mußte drei Mädchen und sechs Buben satt bekommen. Beim Aufkommen der Bergsteigerei aber eröffneten sich Möglichkeiten, auch im Zermattertal satt zu werden. Ich beschloß, Bergführer zu werden."

Die Pfade in die Welt der Viertausender aber waren nicht mit Gold gepflastert, die Sommersaison war kurz, es gab weder Bergbahnen noch Hütten und der Kampf um die Alpinisten war hart. Im Winter mußte Ulrich sein Heimatdorf verlassen und beim Bau von Festungsanlagen im Rhônetal oder beim Stollenbau der Gotthardbahn Geld hinzuverdienen.

Erst als dem Strom der Bergsteiger Anfang der 30er Jahre jener der Skifahrer folgte, konnte Inderbinen sein Einkommen als Skiführer verbessern. Der Tisch, um den sich nach seiner Heirat auch Frau und zwei Kinder scharten, konnte endlich reichlicher gedeckt werden.

Im Himalaya ist er nie gewesen, und die Berge Nord- und Südamerikas kennt er nur aus Schilderungen. Am liebsten sei er in der Heimat. „Ich war immer nur ein gewöhnlicher Walliser Bergführer," sagt er.

ZU GUTER LETZT

„Bete und arbeite – diesen Wahlspruch des Benediktiner-Ordens hatte ein Schreinergeselle offenbar gründlich mißverstanden. Er besuchte die Kirche nämlich nicht nur zum stillen Gebet, sondern auch zur Schwarzarbeit", teilte die Handwerkskammer Trier mit.